

König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1795 – 1861) ***Der Romantiker auf dem Thron***

Themen:

Eine beschwerte Kindheit:
Liebling der Mutter
(Fast-)Untergang Preußens
Flucht und Vertreibung
Verlust der Mutter 1810
Ein unzulänglicher Vater
Freiheitskriege

Erziehung zum
Kronprinzen:
Lehrer und Eindrücke
Künstlerische Ambitionen

Heiratspläne
1823 Heirat mit Elisabeth
1828 Erste Italienreise
Kronprinz im Wartestand

König 1840
Korrekturen am Vater
Kölner Bischofsstreit
Pour le mérite
Vereinigter Landtag
Bauprojekte Kirchen

Die Revolution 1848
Preußische Verfassung
Ablehnung des Antrags der
Paulskirche 1849
Dreiklassenwahlrecht und
oktroyierte Verfassung
Olmütz

Resignation
Bauprojekte, Museumsinsel
Krankheit und Tod



Friedrich Wilhelm 1840

Literatur:

Franz Herre: Friedrich Wilhelm IV. Der andere Preußenkönig. Katz Gernsbach 2007
(Ausstellungskatalog) Ludwig Persius – Architekt des Königs. Baukunst unter Friedrich Wilhelm IV. Potsdam 2003.
Heinz Ohff: Preußens Könige. Piper München 1999/2001.
Peter Krüger/Julius H. Schoeps (Hrsg): Der verkannte Monarch. Friedrich Wilhelm IV. in seiner Zeit. Potsdam 1997
David Barclay: Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie. Siedler Verlag Berlin 1995
(Ausstellungskatalog) Friedrich Wilhelm IV. Künstler und König. Zum 200. Geburtstag. Ausstellung in Sanssouci. Preußische Schlösser und Gärten. Frankfurt 1995.
Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk, Berlin 1915

Zeittafel zu Friedrich Wilhelm IV. (nach Franz Herre)

- 1795 15. Oktober: Friedrich Wilhelm wird in Berlin als Sohn des späteren Königs Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise geboren.
- 1801 Ludwig Delbrück wird Erzieher des Kronprinzen.
- 1806 Nach der Niederlage bei Jena und Auerstädt flieht die Königsfamilie nach Ostpreußen.
- 1807 Friede von Tilsit: Preußen wird halbiert.
- 1810 Zurück in Berlin. Ancillon neuer Erzieher des Kronprinzen. Tod der Königin Luise.
- 1813 Friedrich Wilhelm zieht nach der Konfirmation in den Befreiungskrieg gegen Napoleon
Völkerschlacht bei Leipzig.
- 1814 Der Kronprinz beim Feldzug in Frankreich, in Paris und bei der Siegesfeier in London.
- 1815 Europäische Friedensordnung, Heilige Allianz und Deutscher Bund.
Friedrich Wilhelm zum zweiten Mal in Paris und am Rhein.
- 1816 Karl Ludwig von Haller: „Restauration der Staatswissenschaft“.
- 1820 Friedrich Wilhelm auf der von Metternich geleiteten Konferenz der Mächte in Troppau.
- 1823 Der Kronprinz von Preußen heiratet die bayerische Prinzessin Elisabeth.
- 1823/24 Provinzialstände in Preußen.
- 1828 Friedrich Wilhelm in Italien..
- 1830 Julirevolution in Frankreich und Auswirkungen auf Europa.
- 1835 Friedrich Wilhelm und Elisabeth in Oberitalien.
- 1840 Nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. wird Friedrich Wilhelm IV. König von Preußen.
Huldigungen in Königsberg und Berlin.
- 1841 Bei Borsig in Berlin wird die erste Lokomotive gebaut.
- 1842 Beendigung des Kölner Kirchenstreites. Grundsteinlegung zum Weiterbau des Kölner
Doms.
Stiftung der Friedensklasse des Pour le mérite.
- 1843 Erneuerung des Schwanenordens. Bettina von Arnim: „Dies Buch gehört dem König“.
- 1844 Die Fundamente zu dem vom König projektierten evangelischen Dom in Berlin werden
gelegt. Der Weiterbau unterbleibt.
Allgemeine Deutsche Gewerbe-Ausstellung in Berlin. Weberunruhen in Schlesien.
- 1845 Friedenskirche in Potsdam nach Vorgaben Friedrich Wilhelms im Stil altchristlicher
Basiliken.
- 1847 Vereinigter Landtag in Berlin.
- 1848 Februarrevolution in Paris. Märzrevolution in Berlin. Deutsche Nationalversammlung in
Frankfurt. Preußische Nationalversammlung in Berlin. Diese löst der König am 5. Dez. auf
und oktroyiert eine Verfassung.
- 1849 Friedrich Wilhelm IV. lehnt die ihm vom Frankfurter Reichsparlament angetragene Erb-
kaiserwürde ab. Ende des Frankfurter Reichsgründungs-Versuches. Einführung des
Dreiklassenwahlrechtes in Preußen. Thronfolger Wilhelm schlägt mit preußischen
Truppen die Aufstände in der Rheinpfalz und in Baden nieder.
- 1850 Friedrich Wilhelm IV. legt den Eid auf die revidierte Verfassung ab. Plan einer
kleindeutschen Fürstenunion unter Führung Preußens. In der „Olmützer Punktation“
verzichtet Preußen auf den Unionsplan und stimmt der Wiederherstellung des
Bundes zu.
- 1851 Beginn des Baus der Orangerie in Potsdam (vollendet 1860).
- 1854/56 Krimkrieg - Frankreich und England an der Seite der Türkei gegen Russland.
Friedrich Wilhelm IV. bleibt neutral. Auseinandersetzung mit dem Thronfolger Wilhelm.
- 1857 Der König von Preußen muss auf sein in der Schweiz gelegenes Fürstentum
Neuenburg verzichten. Schlaganfall Friedrich Wilhelms. Thronfolger Wilhelm wird
Stellvertreter.
- 1858 Wilhelm wird Prinz-Regent und verkündet die „Neue Ära“. Friedrich Wilhelm ein letztes
Mal in Italien. Weitere Schlaganfälle.
- 1859 Krieg Frankreichs und Sardinien-Piemonts gegen Österreich. Preußen greift nicht ein.
- 1861 2. Januar: Friedrich Wilhelm stirbt in Sanssouci. Bestattet in der Friedenskirche zu
Potsdam. Neben ihm ruht seit ihrem Tod 1873 seine Gemahlin Elisabeth.

Eine beschwerte Jugend

Friedrich Wilhelm wurde 1795 als erster Sohn des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und seiner Frau Luise von Mecklenburg-Strelitz geboren. Es folgten Wilhelm 1797, Charlotte 1798, Karl 1801, Alexandrine 1803, Luise 1808 und Albrecht 1809, dazu zwei früh gestorbene Kinder 1799 und 1804. 1797 wurde der Vater als Friedrich Wilhelm III. König. Die Mutter war lebhaft, spontan und temperamentvoll auch im Umgang mit den Kindern, der Vater kurz, lieblos, trocken. 1801 wurde der Pädagoge Friedrich Delbrück zum Prinzenenerzieher bestellt. Er hatte als Ziel die Heranbildung eines Menschenfreundes, die Erziehung zu Christentum, Humanismus und Klassizismus, aber mit Offenheit zum eigenen Wachstum. Das Kind war schwierig, sprunghaft, nach dem Urteil einer Hofdame *hatte (er) stets etwas so Exzessives in seiner Lustigkeit, seiner Heftigkeit wie in der Abspannung, mit der er fallenließ, was ihn kurz zuvor maßlos bewegt hatte.* (von Rochow, bei Herre, S. 12)

Delbrück erkannte die künstlerische Begabung des Jungen, und er ließ ihn 1803 mit Zeichnen beginnen. Seine Erziehung war bürgerlich-unmilitärisch, aber der Vater, der selber nur Uniform trug, ließ den Kronprinzen und den Prinzen Wilhelm schon 1803 in Kadettenuniformen stecken und bestellte Unteroffiziere zu ihrer militärischen Grundausbildung.

1806 wurde das preußische Heer in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt von Napoleon vernichtend geschlagen, und die Franzosen waren auf dem Weg zur Besetzung Berlins. Die Königin und die Kinder mussten nach Königsberg in Ostpreußen fliehen. Für die kleinen Geschwister war es ein Abenteuer, aber Friedrich Wilhelm war 11 und verstand die Katastrophe. Im Frieden von Tilsit blieb Preußen vor allem auf Wunsch des Zaren erhalten, aber stark verkleinert, von französischen Truppen besetzt und vom Willen Napoleons abhängig. Die Königin hatte sich vergeblich vor Napoleon gedemütigt. Ende 1809 kehrte die Familie zurück. Gleichzeitig wurde entschieden, Delbrück zu entlassen und einen neuen Prinzenenerzieher einzusetzen. Der Kronprinz war tief getroffen und wurde sogar krank. Zum 1. Januar 1810 schrieb er an Delbrück: *Ich kann es unmöglich unterlassen, die ersten Zeilen, die ich in diesem neuen Jahr schreibe, an Sie, als meinen teuersten Freund zu richten. Sie kennen mich besser als ich selbst. Ich brauche nicht zu schreiben, was ich Ihnen, und was ich mir wünsche, bester Delbrück.* (Herre, S. 19)

Der neue Prinzenenerzieher Jean Pierre Ancillon, früherer Pastor der Französischen Gemeinde und Staatsrat, war ein Vertreter des alten Europa und bildete seinen Zögling für Preußen und nicht für das romantische und moderne Deutschland. Er wollte ihn aufklärerisch-rational erziehen und störte sich an seiner Ablenkbarkeit und seinen künstlerischen Neigungen. Trotzdem blieb ihm der Kronprinz später dankbar und eng verbunden. Militärisch versuchte ihn Clausewitz zu bilden, aber er mochte die Reformer nicht, mit denen sich sein Vater umgab. Der schwerste Verlust, der ihn traf, war der Tod seiner Mutter am 19. Juli 1810. Sein Vater und die preußische Legende verklärten sie zum Mythos, zur preußischen Madonna, zur Ikone der Freiheitskriege, aber er verlor die lebend-liebende Mutter, und der Vater konnte nichts davon auffangen.

1813 wurde das ganze Jahr hindurch in Sachsen gegen Napoleon gekämpft, bis in den Juli von Russen und Preußen, nach einem Waffenstillstand seit September von den Alliierten (Russland, Preußen, Schweden und Österreich), und Friedrich Wilhelm nahm nach seiner Konfirmation am Krieg teil, auch an der Völkerschlacht von Leipzig. 1814 war er beim Einzug in Paris dabei.

Friedrich Wilhelm 1814 in Uniform



Die Königin von Borneo

1816 hat der Kronprinz einen Briefroman verfasst, der Fragment geblieben ist und erst 1997 veröffentlicht wurde. Der preußische Thronfolger ist 1814 in Paris und schreibt in Briefen an seine Schwester Charlotte über seine Abenteuer. Er trifft Gesandte des Königs von Borneo, der einen Paten sucht, weil er zum Christentum übertreten will. Er reist dorthin und verliebt sich in die schöne Tochter des Neubekehrten. Er hilft ihm im Kampf gegen die Gegner des Übertritts und kann auch sie durch seine Großherzigkeit vom Christentum überzeugen. Das Romanfragment sagt viel über die romantisch-christliche Gedankenwelt des Kronprinzen.

Das politische Denken Friedrich Wilhelms nach 1815

Friedrich Wilhelm war 1815 und 1817 zweimal im neuen preußischen Rheinland und wünschte sich, dort als Vizekönig in einer verhältnismäßig unabhängigen Stellung wirken zu können (ohne es aber seinem Vater vorzuschlagen). Sein eindrücklichstes Erlebnis war der Kölner Dom:

Im Kölner Dom fand er das „schönste Schauspiel von der Welt. Ein großer illuminiertes Stern war das einzige Licht und schwebte hoch im Chore. Das ungeheure Gewölbe schimmerte nur im Nebel oben. Es waren unaussprechliche Augenblicke.“ (Herre, S. 33)

Das passte zu seinem romantischen Christentum, zu seiner Sehnsucht nach Erweckung und Erfüllung, der Abkehr von der rationalen Theologie der Aufklärung, so wie sie Friedrich Schleiermacher an der Berliner Universität lehrte. Dieses gefühlsbetonte Christentum verband er mit den Staatslehren von Adam Müller (1779 – 1829), der seit 1809 in Berlin die Opposition gegen die preußischen Reformer anführte, und vor allem dem Berner Carl Ludwig von Haller (1768 – 1854), der in seiner „Restauration der Staatswissenschaften“ 1816 die Grundlage für die restaurative Politik legte: *Fürchtet das Wort Konstitution; es ist Gift in Monarchien, darum, weil es demokratische Grundlagen voraussetzt, den inneren Krieg organisiert und zwei auf Leben und Tod gegeneinander kämpfende Elemente schafft.* (Herre, S. 37). Dazu kam bei Friedrich Wilhelm eine ungesunde Vorliebe für das „teutsche“ Mittelalter mit seinen Burgen, seinen gotischen Domen und seiner angeblich so fest gefügten ständischen Gesellschaft, wo jeder seinen Platz hatte und kannte und wo Kirche und Staat vertrauensvoll zusammenarbeiteten, jeder an seinem Platz. Die Präambel zur „Heiligen Allianz“, in der der orthodoxe Zar von Russland, der katholische Kaiser von Österreich und der reformierte König von Preußen die gemeinsamen christlichen Wurzeln und Werte und das gemeinsame Gottesgnadentum beschworen, war für den Kronprinzen persönliche und politische Wirklichkeit.

Der Vertraute des Königs war der preußische Staatskanzler Karl August von Hardenberg, der Preußen mit einem gemäßigten Reformkurs in eine konstitutionelle Zukunft führen wollte. Die Reformer um Hardenberg hatten viele Gegner in der preußischen Oberschicht, Adam Müller war ihr Theoretiker, und der Kronprinz galt als Parteigänger und Vormann, obwohl er sich nie gegen seinen Vater stellte. Der König hielt im Prinzip an Hardenberg fest, aber er fürchtete Demagogen und Umsturz, und er konnte sich nur schwer zu Änderungen durchringen, vor allem seit 1822, nach dem Tod Hardenbergs. Der Kronprinz war mit der Ausrichtung der Regierung seines Vaters nicht einverstanden, insbesondere nicht mit der zunehmenden Konfrontation mit der katholischen Kirche im Rheinland, deren Auslöser die staatliche Festlegung war, dass in Simultaneen die Kinder die Konfession des Vaters bekommen sollten. Wenn sich die Geistlichen nicht daran hielten, drohte ihnen Verhaftung und Strafe. Doch der Kronprinz scheute den Konflikt mit dem Vater, war aber vermutlich froh darüber, dass der mit zunehmendem Alter immer unfähiger zu großen Entscheidungen wurde, vor allem den angekündigten Weg zu einer konstitutionellen Repräsentation immer weiter aufschob und sich mit der Politik Metternichs zur Überwachung und Demagogenverfolgung identifizierte. Beim Kongress von Troppau vertrat der Kronprinz seinen Vater.

Die Heirat des Kronprinzen

Der Kronprinz reiste 1819 an deutsche Höfe, um eine passende Frau zu finden, und er fand sie ausgerechnet in Elisabeth Ludovika von Bayern. Sie wollte allerdings ihre katholische Religion nicht aufgeben, und der König wollte keine katholische Schwiegertochter. Friedrich Wilhelm setzte sich nach langen Bemühungen schließlich einmal gegen seinen Vater durch, und Elisabeth stimmte schließlich einem späteren Religionswechsel zu (und wurde 1830 protestantisch). So stand der Eheschließung am 29. November 1823 nichts mehr im Weg. Die Ehe war allem Anschein nach glücklich, die Interessen der beiden waren in der Kunst wie in der Religion ähnlich, aber die Ehe blieb kinderlos und wurde vielleicht nie vollzogen.



Friedrich Wilhelm wollte gern eine Kunstreise nach Italien machen, aber sein Vater verweigerte ihm die Zustimmung, weil er Italien für unzuverlässig und gefährlich hielt, vielleicht auch, weil er seinen Sohn durch die Anziehungskraft des Katholizismus für gefährdet ansah. 1822 reiste der König mit seinen jüngeren Söhnen zum Kongress nach Verona und dann weiter nach Rom, wo er sich vom preußischen Gesandten Niebuhr die Altertümer und Sehenswürdigkeiten zeigen ließ. Aber der Kronprinz musste als „Stallwache“ in Berlin bleiben. Endlich erlaubte der König für 1828 eine Italienreise von zehn Wochen. Elisabeth konnte wegen schwacher Gesundheit nicht mit, aber Ancillon begleitete den Kronprinzen. In Florenz lernte er den Botschaftssekretär Josias von Bunsen kennen, der ihn nach und in Rom führte und später zu einem seiner Vertrauten wurde. Die Verbindung von Antike und Mittelalter, die christliche Basilika, faszinierte ihn besonders. Eine zweite Reise 1835 führte das Kronprinzenpaar nach Oberitalien und nach Venedig. Zur Ausbildung hörte er 1822 Vorträge des großen Rechtsgelehrten Carl Friedrich von Savigny, der auch das Recht nicht als rationales Produkt ansah, sondern als etwas Organisches, Gewachsenes, und dieses Wissen baute er in sein romantisch-mittelalterliches Weltbild und sein Gottesgnadentum ein. Er wurde immer mehr ein Gegner der Vernunftphilosophie, und er hielt den „preußischen Staatsphilosophen“ Hegel in Berlin und seinen Einfluss auf die Jugend und das Denken für gefährlich.

Gottesgnadentum

(Hans-Joachim Schoeps in *Der verkannte Monarch*, Potsdam 1997, S. 74)

Wie dachte Friedrich Wilhelm IV. über sein königliches Amt? Er hat es in einem tiefen und sehr reinen Sinne als Gottesgnadentum aufgefasst. Das Wort „König von Gottes Gnaden“ ist ja später in Verruf und Lächerlichkeit gekommen; aber es muss hier, wo es als politischer Glaubenssatz in der neuen Geschichte wieder auftritt, in der vom König gemeinten rechten Weise verstanden werden. Dieser Erweckungschrist auf dem preußischen Thron hat das Königsamt lutherisch verstanden aus der Verantwortung der Obrigkeit vor Gott. Dass der Monarch der erste Diener des Staates sei, wie Friedrich der Große das gelehrt hatte, war das genaue Gegenteil seiner Anschauung. In seinen Augen war der König wirklich „von Gottes Gnaden“, was er dahin verstand, „dass Gott den König mit überirdischen Kräften ausstattet, die ihm wie durch ein Wunder geistig und seelisch weit über jeden anderen, auch den Höchstgestellten und den Vertrautesten, erhoben“. - „Es gibt Dinge, die man nur als König weiß, die ich selbst als Kronprinz nicht gewusst und erst als König erfahren habe“, äußerte er einmal zu seinem Freund und Vertrauten Carl Josias von Bunsen, dem preußischen Gesandten in London. Und sein Adjutant Leopold von Gerlach erklärte seufzend in einer die Art des Königs recht bezeichnenden Aufzeichnung: „Der König hält seine Minister und auch mich für Rindvieh, schon darum weil jene mit ihm kurrente und praktische Geschäfte abmachen, welche nie seinen Ideen entsprechen.“ In der Tat erklärt sich ein guter Teil der Missverständnisse aus der Unfähigkeit der meisten Menschen, sich in seine erhabenen Gedankengänge hineinzufinden.

Dieser Glaube an göttliche Begnadigung war gewiss die Kraftquelle, aus der der König lebte. Sie hatte aber auch ihre weniger erfreuliche Kehrseite: nämlich Quietismus in entscheidenden Situationen, weil Gottes Wille ja doch alles zum rechten Ende bringen werde. Von hier aus erklärt sich auch seine völlige Passivität im Jahre 1848. Die Revolution nahm er nämlich als eine göttliche Bestrafung für Sünden hin, für die er Buße zu leisten habe.

Bei dieser Denkweise lässt sich vorstellen, welche Schwierigkeit ihm die Forderung des Volkes nach einer konstitutionellen Verfassung machen musste ... Nun stand es so: Die Konstitution war von seinem Vater nach den Befreiungskriegen aus Dankbarkeit für die Waffentaten des preußischen Volkes versprochen worden. Das Versprechen war aber immer noch seit mehr als 30 Jahren uneingelöst geblieben. Erst die königliche Verordnung vom 3. Februar 1847 sollte das konstitutionelle Leben in Preußen eröffnen, und das Revolutionsjahr hat dann schließlich auch eine Verfassung erbracht - gegen den Willen seines Urhebers respektive nur mit seinem halben Willen. Er wollte nämlich nicht - wie er bei der Eröffnung des Vereinigten Landtages sagte -, dass sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land, dass sich zwischen ihn, den König von Gottes Gnaden, und sein Volk „ein Blatt Papier gleichsam als eine zweite Vorsehung dazwischenschiebt, um uns mit ihren Paragraphen zu regieren“. Er argwöhnte in einer Konstitution oder einem Staatsgrundgesetz - Konstitution war damals ein magisches Wort, eine schöpferische Parole - ein Erzeugnis der tief von ihm verabscheuten Französischen Revolution und hielt sie daher für eine Ungehorsamkeitsforderung des ihm so fragwürdigen liberalen Zeitgeistes. Andererseits war er klug genug, einzusehen, dass der Standpunkt seines schwer beweglichen Vaters in der Verfassungsfrage nicht länger aufrechtzuerhalten war. Aus seiner Scheu, den geraden Weg zu gehen, versuchte er - beraten durch seine Minister Bodelschwingh, Canitz und Thile - es zunächst mit der Proklamierung einer ständischen Repräsentation. Die parlamentarische Vertretung sollte nicht aus der Gesamtheit des Volkes hervorgehen, sondern aus den einzelnen Ständen: Ritterschaft, Bauernschaft, Bürgertum, in die sich das Volk „organisch“ gliederte. Tatsächlich war aber die angestrebte ständische Volksrepräsentation mit lediglich konsultativen Aufgaben als Mittelding zwischen dem absolutistischen Obrigkeitsstaat und dem von den Liberalen erstrebten parlamentarischen Verfassungsstaat soziologisch in Wirklichkeit schon überholt und konnte daher nur als aussichtslos bezeichnet werden.

Endlich König 1840

König Friedrich Wilhelm III. starb am 7. Juni 1840, und Friedrich Wilhelm IV. konnte endlich, mit 45 Jahren, die ihm von Gott zugedachte Rolle übernehmen und die Fehler des Vaters korrigieren, und damit war er die ersten Jahre beschäftigt. So berief er den alten Friedrich Wilhelm Josef Schelling 1841 als Nachfolger Hegels auf den Lehrstuhl für Philosophie nach Berlin, weil er von ihm eine Wiederbelebung der christlichen Philosophie und Mythologie erhoffte. An sich war nach den langen dünnen Jahren des alten Königs ein jüngerer, lebendigerer und präsenterer Monarch durchaus willkommen, und Friedrich Wilhelm IV. wurde freundlich empfangen.

Den lange schwelenden Streit zwischen dem protestantischen Preußen und dem rheinischen Katholizismus, zwischen dem neuen Sendungsbewusstsein der selbstbewusster werdenden katholischen Kirche und dem rationalen Ordnungsdenken der preußischen Verwaltung, der sich an der Frage der Kinder aus Simultaneen hochgeschaukelt hatte, führte zur direkten Konfrontation, als der 1835 neugewählte und von der Regierung bestätigte Kölner Erzbischof von Droste-Vischering seinen Priesterstudenten die Vorlesungen der Bonner Universität verbot und vor der Eheschließung bei Simultaneen das Versprechen der Eltern einforderte, die Kinder katholisch zu erziehen. Daraufhin wurde er von der Regierung abgesetzt und auf die Festung nach Minden verbracht. Die Kurie protestierte, das katholische Establishment im Rheinland geriet in Aufregung, und der Erzbischof Dunin von Posen schloss sich 1838 in einem Hirtenbrief der Meinung an, dass Kinder aus Simultaneen katholisch erzogen werden müssten und wurde ebenfalls sistiert.

Friedrich Wilhelm ließ nach der Krönung die beiden Erzbischöfe ohne Auflagen frei und in ihre Ämter zurückkehren. Er billigte damit faktisch ihre Vorgehensweise und verzichtete auf die bisherige staatliche Aufsicht über die Bischöfe. Zur Beendigung des Kirchenstreits gehörte auch das Projekt der Fertigstellung des Kölner Doms. 1842 wurde vom König der Grundstein eingemauert (*Hier, wo der Grundstein liegt, dort mit jenen Türmen zugleich, sollen sich die schönsten Tore der ganzen Welt erheben*), der Berliner Baumeister Karl Friedrich Schinkel wurde zur Planung mit zugezogen, der preußische Staat stellte Geld zur Verfügung, und 1863 konnte die Trennwand zwischen Chor und Langhaus endlich geöffnet werden. Der Kölner Dom verband in fast idealer Weise die Sehnsucht nach Mittelalter, christliche Frömmigkeit und monumentale Architektur.

Die schlimmsten Auswüchse der Demagogenverfolgung wurden korrigiert, die Gefangenen wie Fritz Reuter aus der Haft entlassen und wichtige Identifikationsfiguren wie Ernst Moritz Arndt und der Turnvater Jahn von der Polizeiaufsicht befreit. Von den Göttinger Sieben erhielt der Historiker Dahlmann einen Lehrstuhl in Bonn, und die Brüder Grimm wurden in die preußische Akademie aufgenommen. Der neue Kultusminister Eichhorn stand allerdings den Pietisten nahe und machte ihren Gegnern etwa an der Universität Halle das Leben schwer. Neuer Justizminister wurde 1842 der große Rechtsgelehrte Carl Friedrich von Savigny. Der neue König wollte selbst regieren und entscheiden, und er liebte es, bei öffentlichen Zeremonien wie der Huldigung zu seinem Volk zu sprechen. Der Stil der Regierung hatte sich merklich geändert, aber auch die Richtung.

Das war auch zu bemerken in einer anderen Offenheit den Nicht-Preußen gegenüber, vor allem den rheinischen Katholiken und den Polen. Friedrich Wilhelm IV. machte Schluss mit der Germanisierungspolitik in den vorwiegend polnischen Provinzen, er ließ das Polnische als Schulsprache und vor den Zivilgerichten zu, und Erlasse mussten auf Deutsch und Polnisch veröffentlicht werden. Der Erzbischof von Gnesen wurde mehr und mehr zum Mittelpunkt der nationalpolnischen Bewegung, die vom Klerus und vom Bürgertum ausging und sich immer mehr unter der Landbevölkerung verbreitete. Die adligen deutschen Großgrundbesitzer trugen zu dieser Entwicklung bei, weil sie lieber mit polnischen Landarbeitern ihr Land bestellten. Friedrich Wilhelm wurde für seine Polenpolitik vom deutschen Standpunkt aus sehr getadelt, aber von heute gesehen war sein Ansatz durchaus zukunftsweisend.

Die Verfassungsfrage: Der Vereinigte Landtag

Friedrich Wilhelm hielt eine Konstitution für die halbe Revolution und die Entwicklung dahin für gefährlich. Auf der anderen Seite sah er sich im Wort, weil sein Vater einst eine landständische Verfassung angekündigt hatte. 1823 waren in Preußen unter Mitwirkung des Kronprinzen für die einzelnen Provinzen Provinzialstände eingeführt worden, die ein Beratungsrecht hatten. Die Hälfte der Sitze war dem Adel vorbehalten, ein Drittel den städtischen Grundbesitzern und ein Sechstel den Großbauern. Die Provinzialstände waren konservativ und lokalpatriotisch. Die Weiterentwicklung dieser Provinzialstände zu einem gesamtpreussischen Gremium schien dem König ein gangbarer Weg zu sein, ein Mitsprachegremium mit nur beratender Funktion und ohne demokratische Legitimierung, das aber bei neuen Staatsschulden oder Anleihen (wegen des Eisenbahnbaus) gehört werden sollte. Deshalb berief er 1847 Vertreter der Provinzialstände zu einem Vereinigten Landtag nach Berlin und erweckte damit die Hoffnung auf einen Weg vom Fürstenstaat zur konstitutionellen Monarchie, der vielen Liberalen als der einzig gangbare Weg in die Zukunft erschien. Die Ankündigung des Vereinigten Landtags wirkte also ganz anders, als sie von Friedrich Wilhelm IV. gedacht war: *Diese Regierung der Missverständnisse blieb ihrem Charakter treu: der König wähnte mit dem Patente für lange Zeit sein letztes Wort gesprochen zu haben, die öffentliche Meinung sah darin nur den ersten Anfang eines freieren politischen Lebens.*

(Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 5, S. 601)

In seiner Thronrede vom 11. April 1847 vor dem Vereinigten Landtag machte der König das Gelöbnis, *„dass es keiner Macht der Erde je gelingen soll mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles konstitutionelles Verhältnis zu wandeln, und dass ich es nie und nimmermehr zugeben werde, dass sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die Alte Treue zu ersetzen.“*

Der Vereinigte Landtag würde zur Bewilligung neuer Steuern und Anleihen und wegen anderer Fragen einberufen werden, *„wenn ich es für gut und nützlich halte, und ich werde es gern und öfter tun, wenn dieser Landtag mir den Beweis gibt, dass ich es könne ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen.“* Die Vertreter der Provinzialstände waren über diese Thronrede verblüfft und konsterniert und brachten in ihrer ersten Sitzung rechtliche Bedenken vor, vor allem die Abschwächung der Rechte gegenüber früheren Ankündigungen. Sie verlangten die Zusage regelmäßiger Einberufung. Der König war enttäuscht, die Atmosphäre gespannt und vieles in der Schwebe, als der Vereinigte Landtag im Juni zu Ende ging.

Die Revolution von 1848 und die oktroyierte Verfassung

Der Revolution voraus gingen zwei schlechte Jahre 1846 und 1847 mit Missernten, die zu Nahrungsknappheiten führten. Auch soziale Unruhen wie der Weberaufstand in Schlesien 1844, politische wie der polnische Aufstand in Krakau 1846 oder der Schweizer Sonderbundskrieg 1847 trugen zum angespannten Klima bei. Aber wesentlich war doch, dass die Bürger zwar über lange Jahre weg geduckt und gedemütigt worden waren, aber ihre liberalen Ziele nicht vergessen hatten und sich durch Experimente wie den Vereinigten Landtag bestärkt fühlten. Als im Februar 1848 die französische Julimonarchie schwankte und am 24. Februar stürzte und durch eine Republik ersetzt wurde (die aber schon 1851/52 Napoleon III. durch das Volkskaisertum ersetzte), da reagierten die deutschen Bundesstaaten schnell und einheitlich durch die Entlassung der bisherigen konservativen Regierungen und die Bildung liberaler Ministerien, der sogenannten Märzministerien. Am 9. März sagte der König dem Ministerium Bodelschwingh eine Verfassung zu, und am 17. März unterschrieb er ein Patent mit der Ankündigung einer Verfassung für Preußen. Am 18. März kam es bei einer großen Demonstration im Schlossgarten, ausgelöst durch zwei bis heute nicht aufgeklärte Schüsse, zu einer Konfrontation mit dem Militär, bei der über 300 Menschen zu Tode kamen. Der

erschütterte König ordnete den Rückzug des Militärs an und verbeugte sich am 19. März vor den im Schlosshof aufgebahrten „Märzgefallenen“. Am 21. ritt er mit einer schwarz-rot-goldenen Schärpe durch Berlin und erklärte, Preußen solle fortan in Deutschland aufgehen. Aber zugleich schrieb er seinem Bruder, dem Thronfolger Wilhelm: *die Reichsfarben musste ich gestern freiwillig aufstecken, um Alles zu retten. Ist der Wurf gelungen..., so lege ich sie wieder ab.* Das neue liberale Ministerium Camphausen berief erneut den Vereinigten Landtag, um dort über die zukünftige Verfassung zu beraten, und der entschied sich für die Wahl einer preußischen Nationalversammlung in Berlin parallel zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. Im Lauf des Sommers radikalisierte sich die demokratische Bewegung, und gleichzeitig sammelten sich die konservativen Kräfte, die adligen Gutsbesitzer, die Monarchieanhänger und das Militär. Am 12. Oktober wurde der Verfassungsentwurf im Plenum der Nationalversammlung vorgelegt. Die Eingangsformel lautete: *Wir Friedrich Wilhelm verkünden hiermit die von den Vertretern des Volkes durch Vereinbarung mit uns festgesetzte Verfassung.* König und von Gottes Gnaden waren gestrichen. Die Debatten gingen weiter, am 31. Oktober wurde die Abschaffung des Adels beantragt. Inzwischen war in Wien Fürst Windischgrätz dabei, die Revolution militärisch niederzuschlagen. Neuer Ministerpräsident in Berlin wurde Graf Brandenburg, ein Sohn Friedrich Wilhelms II. aus einer seiner morganatischen Ehen und ein Militär, die Bürgerwehr wurde aufgelöst, das Heer war in ganz Berlin präsent und verhängte den Belagerungszustand, die Nationalversammlung wurde nach Brandenburg verlegt und am 5. Dezember wegen Beschlussunfähigkeit aufgelöst. Gleichzeitig wurde von der Regierung eine Verfassung aus königlicher Machtvollkommenheit verliehen. Diese „oktroyierte“ Verfassung vom 5. Dezember 1848 folgte dem Vorbild der belgischen Verfassung von 1831 mit einem starken Exekutivprivileg und einem Zweikammersystem. Die Verfügung über die Armee verblieb beim König. Solange die Kammern nicht tagten, hatte die Regierung ein Gesetzgebungsrecht. Die erste Kammer sollte nach dem Entwurf eine Vertretung der kommunalen Körperschaften sein, wurde dann aber zur Adelsvertretung, zum Herrenhaus. Die zweite Kammer, das Abgeordnetenhaus, sollte in einer allgemeinen und geheimen aber indirekten Wahl bestimmt werden. Für diese Wahl wurde 1849 das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, ein Zensuswahlrecht, das die großen Steuerzahler massiv begünstigte und ihnen auf Dauer die Mehrheit sicherte. Friedrich Wilhelm akzeptierte die Verfassung und bestimmte, dass sie jedem seiner Nachfolger zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. Gleichzeitig hinterließ er ein Schriftstück, in dem er seine Nachfolger dazu aufforderte, die Unterschrift unter die Verfassung zu verweigern. In Preußen hatte die Reaktion gesiegt, aber die von so vielen erhoffte Verfassung war doch ein gewisser Fortschritt in Richtung der liberalen Forderungen.

Die Paulskirche und das Kaiserangebot 1849

In der Frankfurter Paulskirche tagte die deutsche Nationalversammlung und diskutierte die deutsche Zukunft. Gegen zähen Widerstand wurde schließlich die „kleindeutsche“ Lösung beschlossen, ohne Österreich, wo inzwischen die Revolution blutig niedergeschlagen worden war und eine Militärdiktatur herrschte. Das neue Deutschland sollte eine föderale und konstitutionelle Monarchie sein, und an ihrer Spitze ein deutscher Fürst, und dafür kam nach dem Ausscheiden Österreichs nur noch der preußische König in Betracht, der schon angekündigt hatte, Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen, inzwischen jedoch in Berlin die Revolution ausgebremsst hatte. Am 28. März 1849 wurde die Reichsverfassung im Reichsgesetzblatt verkündet, und am 3. April bot eine Delegation unter Führung des Präsidenten Eduard von Simson Friedrich Wilhelm die Kaiserkrone an.

Er erklärte auf seinem früheren Standpunkt verharren zu müssen, dass die Annahme der Verfassung und der Kaiserkrone von der freien Zustimmung der sämtlichen deutschen Regierungen abhängig sei. Die Deputation war bestürzt, sie fasste diese Antwort des Königs als eine Ablehnung nicht nur der Krone, sondern des ganzen Verfassungswerks .. sie reiste

am 5. April zurück. Die königliche Regierung aber erklärte durch eine Zirkularnote an die sämtlichen deutschen Höfe ..

Der König sei bereit, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten zu bilden wäre, die freiwillig beitreten würden, seine Form und Verfassung wurde späterer Regelung überlassen.

(Hintze, die Hohenzollern und ihr Werk, 1915, S. 545)

Friedrich Wilhelm IV. über die Kaiserkrone (Brief an Josias von Bunsen vom 2. April)

Nächst der Zerstörung des frommen Baues deutscher Sitten, Gliederungen und Rechte hat das vor allem mein Herz zerrissen, dass die heilige Losung „Teutschland“ vielleicht für immer der Verachtung, der Verleugnung, der Entrüstung aller edlen Menschen der künftigen Tage Preis gegeben worden ist, dass das Wort, welches mein Gemüt seit 50 Jahren mit dem Schauer der Begeisterung durchbohrte, das Stich-Wort, ja der Vorwand aller Treulosigkeit, jeglichen Eidbruchs, jeder Infamie geworden ist. – Und dem Namen Teutschland klebt nicht die Heiligkeit vom Namen des HErrn an, der auch durch die Gräuel der Jesuiten nicht ange-tastet werden konnte. Und doch lieb‘ ich Teutschland, seine Ehre und Ruhm und Geltung mit der Liebe, mit der man am Namen einer unvergleichlichen Mutter hängt (und ich weiß was das sagen will) ... Wäre es der Paulskirchlichen Majorität wirklich um die Sache zu tun gewesen, so gebot der gesunde Menschen-Verstand so gut als ein Quäntchen Rechtsgefühl und ein Lötchen Glauben an die Ehrlichkeit meiner offiziellen Äußerungen diesen Patrioten, zuvor die Zustimmung der rechtmäßigen Obrigkeiten einzuholen. Ich frage warum nicht? Haben sie sich denn das nicht gefragt? Alles Ding hat eine Ursach. Also auch dies Ding. – Warum nicht? Die Antwort ist mir (und gottlob allen Gesunden) nicht zweifelhaft. – Weil diese Patrioten (!) die Revolution, die Souverainetät deutscher Nation unwiderruflich dadurch be-festigen wollten, dass sie dem Narren, dem Preußenkönig ein Hundehalsband anschnallten, das ihn unauflöslich an die Volkssouverainetät fesselte, der Revolution von 48 leibeigen machte.

Das, teuerster Freund, ist des Pudels Kern; dieses schnöden Pudels einzige Entschuldigung.

...

Ich und mein Ministerium brauchten so groben Machinationen gegenüber keinen Aufwand von Geist zu machen, um ihren Kern zu entdecken. Daher rührt mein Bescheid an die, geradezu unqualifiable Deputation der Paulskirche. Des Bescheides Sinn ist: „Ich kann Euch weder ja noch nein antworten. Man nimmt nur an und schlägt aus eine Sache, die geboten werden kann, - und Ihr da, habt gar nichts zu bieten: Das mach‘ ich mit meinesgleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten; Adieu!“

Ich hoffe, dass dieser durch meine Ehre und meinen Namen, meine Stellung als „Fürst von Gottes Gnaden“ notwendig gebotene Bescheid das erforderliche Hof-Kleid angezogen hat. Was hinter Rock und Hemd steckt, wissen Sie so gut wie ich. Das konnt‘ und durft‘ ich nicht ändern. Und nun gehe die Sache unter Gottes Führung! Amen.

(1848 Der Vorkampf, Langewiesche 1914, S. 414)

Das Ende der Revolution und das Ende der Unionspläne

Nach der Absage des preußischen Königs war die Revolution am Ende. Die Paulskirche lief auseinander, der Rest rettete sich als „Rumpfparlament“ nach Stuttgart und ließ sich dort von der Polizei auseinanderjagen. Die an der Reichsverfassung festhaltende Bewegung in der bayrischen Pfalz und in Baden wurde durch preußisches Militär unter dem Kommando des Prinzen Wilhelm (der schon in Berlin den Beinamen „Kartätschenprinz“ erhalten hatte) niedergeschlagen und bis Jahresmitte die alte Ordnung wiederhergestellt. Die oktroyierte preußische Verfassung wurde beibehalten, aber noch weiter monarchisch korrigiert und durch das Dreiklassenwahlrecht ergänzt.

Friedrich Wilhelm hielt an seinen unklaren Plänen zu einem engeren Bundesstaat unter preußischer Führung im Rahmen des erneuerten Deutschen Bundes unter österreichischer Führung fest und begann durch seinen Vertrauten Radowitz mit Verhandlungen bei verschiedenen deutschen Fürsten. Einem von Radowitz initiierten Unionsparlament in Erfurt im März 1850 blieben die größeren Staaten fern. Österreich plädierte heftig gegen die Pläne, der Zar von Russland stellte sich hinter Österreich, und im Vertrag von Olmütz vom 29. November musste Preußen auf seine Unionspläne verzichten, und es wurde die Wiederherstellung des alten Deutschen Bundes beschlossen.

Friedrich Wilhelm hatte aus Angst vor einem Krieg einen Rückzieher gemacht, der von konservativer wie von liberaler Seite als demütigend empfunden wurde. Die Revolution war gescheitert, aber ebenso König Friedrich Wilhelm IV., dessen Schwäche und Unzuverlässigkeit offenkundig geworden war. Er ging als gebrochener, regierungsmüder und kranker Mann in das neue Jahrzehnt. Er stritt sich noch mit seinem Bruder Wilhelm über die Teilnahme am Krimkrieg 1854, doch er wollte keinen Krieg mehr führen. Insgesamt zog er sich mehr und mehr aus der Regierung zurück.

Der König als Bauherr

Friedrich Wilhelm war ein begabter Zeichner und skizzierte gerne Bauprojekte, die er dann seinen Baumeistern Karl Friedrich Schinkel und dessen Schülern Ludwig Persius und Friedrich August Stüler, der auch an der Berliner Bauakademie lehrte, zeigte und sie mit ihnen diskutierte. Viele Pläne wurden verwirklicht, Friedrich Wilhelm war der sachkundigste, aber auch der bauwütigste der preußischen Könige. Der Stil war im Prinzip klassizistisch-romantisch, aber durch Anregungen aus der italienischen Renaissance erweitert, doch auch natürliche Gartenanlagen gehörten dazu. Im Kirchenbau suchte er nach einer Weiterführung der spätantiken christlichen Basilika und ließ viele einfache und schöne Kirchen in diesem Stil in der Umgebung von Berlin und Potsdam errichten, so die Heilandskirche in Sacrow 1843.



Neben Kirchen gehörten Berlin, Potsdam und Sanssouci zu den großen Bauprojekten mit Schlössern, Umbauten, Ensembles, Anlagen und Gärten, so der Lustgarten, der Park von Sanssouci, der Baubeginn eines Doms für Berlin (der nicht fertiggestellt wurde).

Der Kölner Dom gehört zu den großen Bauleistungen, dazu zwei in der Mittelaltervorstellung neu gebaute historische Burgen, die Burg Stolzenfels am Rhein gegenüber von Koblenz seit 1830, die Friedrich Wilhelm zur eigenen Nutzung erstellen ließ und 1842 mit einem kostümierten Mittelalterfest in Besitz nahm. Das andere ist die Stammburg Hohenzollern. Friedrich Wilhelm sah die Ruine zum ersten Mal 1819. 1844 schrieb er: *Nun ist es ein Jugendtraum-Wunsch, den Hohenzollern wieder bewohnt zu sehen*. Wie Stolzenfels wurde die Burg von Stüler im neugotischen Stil wieder aufgebaut. Die Grundsteinlegung war 1850, fertig und eingeweiht wurde sie erst 1867 von König Wilhelm, dem Bruder und Nachfolger. Beide Bauten sind frei nachempfundenes Mittelalter und haben mit dem Vorgängerbau nichts zu tun. Auf dem Hohenzollern wurde die Burgkapelle aus der Vorgängerburg übernommen und mit Fenstern aus dem nahe gelegenen Kloster Stetten, das einmal hohenzollerische Grablege war, „vermittelalterlicht“.

Die Museumsinsel

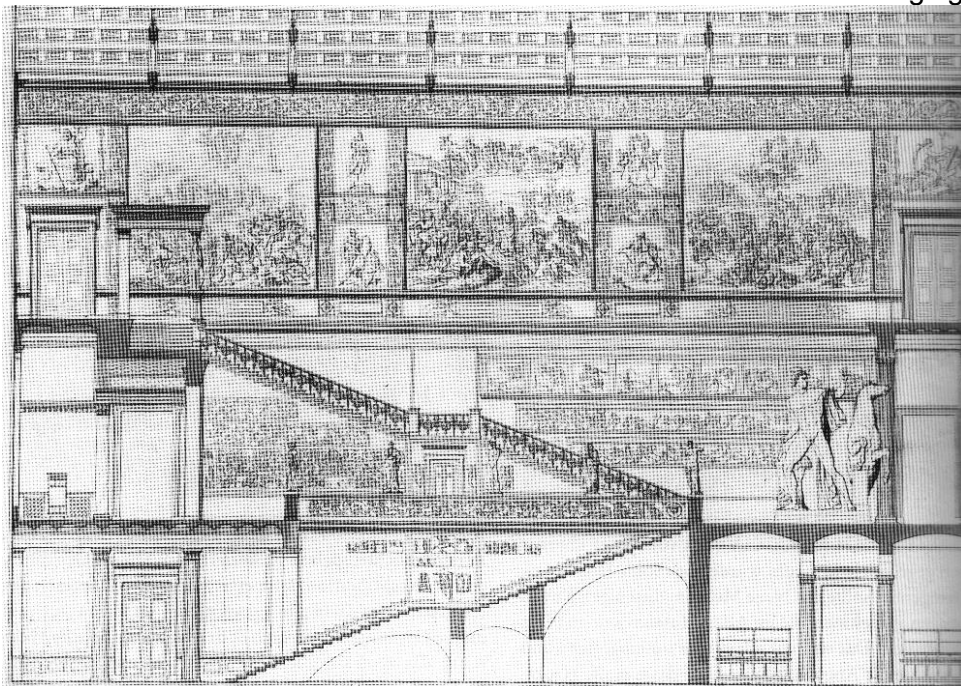
(Katalog Friedrich Wilhelm IV., Künstler und König, S. 78 - 84

Angelika Wesenberg: Freistätte für Kunst und Wissenschaft – Die Berliner Museumsinsel)

Bei dieser Konstellation wundert es nicht, dass auch die Gestalt der späteren Museumsinsel in Berlin Mitte von den architektonischen und geistigen Ideen Friedrich Wilhelms geprägt ist. Vermutlich gab er als Kronprinz den entscheidenden Anstoß zum Bau des (Alten) Museums, und wahrscheinlich stammt von ihm auch die prägende Gestaltungsidee. Bis Ende 1822 bereitete Schinkel den Umbau des Akademiegebäudes Unter den Linden zu Museumszwecken vor. Das Brennen der benötigten Ziegel war bereits eingeleitet. Am 18. Dezember jedoch verfügte der Kronprinz, während der König anlässlich des Monarchenkongresses von Verona in Italien weilte, eine Bauunterbrechung bis zu dessen Rückkehr. Am 29. Dezember berichtete Schinkel an Sulpiz Boisserée nach Köln, er habe soeben das Projekt für den Neubau eines Museums vollendet, das nun seinem Schicksale entgegengehe. Am 4. Januar kehrte der König zurück, am 8. Januar wurden ihm die Pläne zu dem großen Bau am Lustgarten mit der von Schinkel verfassten Denkschrift überreicht. Sie fanden auch bei der Museumskommission Zustimmung, und so stellte der König im April das ursprünglich für den Umbau des Akademiegebäudes geplante Budget von 700.000 Talern für den Neubau bereit. Somit hätte der Kronprinz, während er erstmals als Stellvertreter fungierte, nicht nur in die Gestaltung der Friedrich-Werderschen Kirche eingegriffen, sondern auch das erste Lustgartenprojekt mit Museum entwickelt. Mit dem Ausbau des Lustgartens zu einem neuen Forum, durch Schlosserweiterung, Brücken- und Dombau, hatten sich der Kronprinz und mit ihm auch Schinkel bereits seit einiger Zeit beschäftigt.

Es ist vermutet worden, der König habe das Projekt des Sohnes widerstandslos genehmigt, um ihn über die Schwierigkeiten hinwegzuträsten, die seiner Ehe mit einer katholischen Prinzessin entgegenstanden. Allerdings überließ er ihm ohnehin zunehmend die Bereiche Kunst und Architektur, und vielleicht überzeugten ja auch die Argumente der Denkschrift. Bald nach seiner Thronbesteigung 1840 stellte Friedrich Wilhelm IV. die Museen unter seine unmittelbare Leitung. Er brachte ab Januar 1841 die Vollendung des (Alten) Museums mit bauplastischem Schmuck und Wandmalerei auf den Weg, und er bestimmte per Kabinettsorder vom 8. März 1841, in Verfolgung älterer Pläne, "die ganze Spreeinsel hinter dem Museum zu einer Freistätte für Kunst und Wissenschaft umzuschaffen". Bereits am 25. Juni folgte die Genehmigung zum Bau eines weiteren Museums.

1843 bis 1855 wurde von Stüler das Neue Museum nach einer Skizze des Königs gebaut.



Skizze von Stüler zum Treppenhaus im Neuen Museum
(im Krieg sehr zerstört, 1993 – 2009 wiederaufgebaut von David Chipperfield)

Die Friedensklasse des Ordens „Pour le Mérite“

Friedrich Wilhelm IV. stiftete auf Anregung Alexander von Humboldts am 31. Mai 1842 die Friedensklasse des bisher nur militärischen „Pour le mérite“ für verdiente Wissenschaftler und Künstler. Zu den von ihm Dekorierten gehören Alexander von Humboldt, Friedrich Wilhelm Schelling, der Astronom Friedrich Wilhelm Bessel, die Bildhauer Christian Daniel Rauch und Johann Gottfried Schadow, die Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy und Giacomo Meyerbeer, der Architekt Karl Friedrich Schinkel, der Germanist Jakob Grimm von den Göttinger Sieben, der Sprachwissenschaftler August Boeckh und Friedrich Karl von Savigny. Die Friedensklasse des „Pour le Mérite“ besteht bis heute und umfasst 40 deutsche Mitglieder, die sich jeweils durch Zuwahl ergänzen.

Eisenbahn und Industrialisierung

Obwohl der König mittelalterfixiert war, interessierte er sich für den technischen Fortschritt, vor allem den Eisenbahnbau, seine ästhetische Gestaltung bei der Linienführung und beim Bahnhofsbau, konkret vor allem in Potsdam oder die Rheinbrücke am Kölner Dom. Die durchgehende Verbindung Berlin-Königsberg war eines seiner Lieblingsprojekte und wurde 1857 eingeweiht. Friedrich Wilhelm entwarf und zeichnete sogar das Interieur von Salonwagen.

Auch die Industrialisierung machte in Preußen in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. große Fortschritte. Im Ruhrgebiet entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über 300 Zechen, der Bergbau zog Arbeitskräfte an, und die Eisenbahn brauchte Stahl. Johann Friedrich Borsig baute in Berlin seit 1837 Dampfmaschinen und seit 1841 Dampf-lokomotiven, zwischen 1845 und 1847 170 Stück, 1854 wurde die 500ste Lokomotive ausgeliefert.

Politisches Gesamtbild

Friedrich Wilhelm IV. war in vieler Hinsicht ein untypischer preußischer König. Er interessierte sich nicht fürs Militär und fürs Militärische, er führte keinen Krieg (allerdings schickte er seine Soldaten zur Unterdrückung der Revolution nach Berlin und dann in die Pfalz und nach Baden). Er akzeptierte das österreichisch-russische Diktat von Olmütz, und er weigerte sich, sich im Krimkrieg 1854 zu engagieren. Er machte keine Eroberungen, allerdings musste Preußen nach 1815 eine ganze Reihe von Eroberungen verkraften. Er hatte viel Verständnis für die Neu- und Muss-Preußen, die Katholiken und die Polen, und er versuchte, ihre Integration durch mehr Selbstständigkeit zu erleichtern. Dafür wurden er in Preußen und in seiner Zeit getadelt, von heute aus gesehen hat er verständig und vernünftig gehandelt.

Friedrich Wilhelm IV. verlor das Fürstentum Neuchâtel, das nach 1850 als Kanton in den neuen Schweizer Bundesstaat eingegliedert wurde. Dafür fielen die hohenzollerischen Besitzungen an und auf der Alb an Preußen, weil die dortige Linie nach 1848 auf die Regierung verzichtete. Bis 1945 wurde Hohenzollern von Berlin aus regiert.

Friedrich der Große hat Flöte gespielt und komponiert, aber er war kein Künstler, sondern Vernunftmensch, geprägt von der Aufklärung und ihrer kritischen Haltung zur Religion, zum Christentum. Friedrich Wilhelm IV. war ein gläubiger Christ, der das Vertrauen auf die Vernunft als Irrweg ansah und die „Vernünftelei“ bekämpfte, und damit auch die Revolution und den Konstitutionalismus. Er war aber auch ein Künstler, dem das Bauen und Gestalten wichtiger war als das klassische Regieren. Seine Spuren in Preußen und Berlin zeigen ihn trotz aller politischen und kaum verständlichen Kapriolen als bedeutenden Regenten.

Gedicht von Heinrich Heine

(über die Erziehung Friedrich Wilhelms durch Ancillon)

Ich habe ein Faible für diesen König
Ich glaube, wir sind uns ähnlich ein wenig.
Ein vornehmer Geist, hat viel Talent.
Auch ich, ich wäre ein schlechter Regent.

Ich ward ein Zwitter, ein Mittelding,
Das weder Fleisch noch Fisch ist,
Das von den Extremen unserer Zeit
Ein närrisches Gemisch ist.

König Wilhelm I. von Preußen (1797/1861 – 1888) **Deutscher Kaiser seit 1871**

Jugend und militärische Karriere:

Wilhelm wurde am 22. März 1797 als zweiter Sohn des (damals noch) Kronprinzen Friedrich Wilhelm III. und seiner Gattin Luise von Mecklenburg-Strelitz geboren. Zu seinen Kindheitserfahrungen gehört die preußische Niederlage von 1806 und die Demütigung Preußens durch Napoleon, der Bittgang seiner Mutter bei Napoleon und schließlich der Tod der warmherzigen Mutter 1810. Der nüchterne Vater konnte den Verlust nicht ausgleichen.

Als jüngerer Sohn wurde Prinz Wilhelm für eine militärische Karriere vorgesehen und ausgebildet. Schon 1807 wurde der Zehnjährige zum Leutnant ernannt, und 1814 begleitete er seinen Vater als Hauptmann bei den Feldzügen in Frankreich und erhielt nach dem ersten Kampfeinsatz in Bar-sur-Aube das Eiserne Kreuz. Er zog am 31. März mit seinem Vater in Paris ein, ging dann mit ihm nach England und führte 1815 als Major ein Bataillon gegen Napoleons Hundert Tage, aber er kam zu spät für Waterloo. 1818 wurde er Generalmajor und 1825 mit 28 Generalleutnant und Oberbefehlshaber des Gardekorps. Sein Dienstsitz war Berlin, und er wurde vom Vater immer wieder zu besonderen Diensten herangezogen. So begleitete er Friedrich Wilhelm III. 1822 zum Kongress der Heiligen Allianz nach Verona und anschließend nach Rom, wo sie sich vom preußischen Gesandten Niebuhr herumführen und die Sehenswürdigkeiten und Altertümer zeigen ließen. Auch war er mehrmals im väterlichen Auftrag in St. Petersburg.

Wilhelm kannte die Fürstin Elisa Radziwill, die zum Hof und zur Familie gehörte (ihre Mutter war eine Prinzessin von Preußen). Seit 1820 liebte er das junge Mädchen und wollte sie heiraten, aber sein Vater verweigerte die Zustimmung, weil sie nicht ebenbürtig war. 1826 verzichtete er schließlich auf die Hochzeitspläne und verlobte sich mit der von Wilhelms Vater ausgesuchten Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach. Die 1829 geschlossene Ehe war nicht glücklich, aber eher gleichgültig als unglücklich. Sie war ihm an geistigen Interessen und Bildung weit überlegen. Das Paar hatte zwei Kinder, den 1831 geborenen Friedrich und die 1838 geborene Luise, seit 1856 Frau des badischen Großherzogs Friedrich. Bismarck fürchtete den liberalen Einfluss der späteren Kaiserin auf Wilhelm. Augusta, 1811 geboren, überlebte ihren Mann und ihren Sohn und starb im Januar 1890.



Augusta, 1811 geboren, überlebte ihren Mann und ihren Sohn und starb im Januar 1890.

*Prinz Wilhelm von Preußen und
seine Gemahlin Augusta
Gemälde 1829
Unbekannter Maler*

Prinz von Preußen 1840 – 1850

Friedrich Wilhelm III. starb 1840 mit 70 Jahren nach einer langen und in ihrer zweiten Hälfte immer quälenderen Regierungszeit. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. war bei der Thronbesteigung 45 Jahre alt und seit 17 Jahren kinderlos verheiratet. Wilhelm rückte damit als jüngerer Bruder in die Position des Thronfolgers, des Prinzen von Preußen. Das Verhältnis der Brüder scheint nicht angespannt und von Rivalität bestimmt gewesen zu sein, und Wilhelm konzentrierte sich weiterhin eher einseitig auf seine militärischen Aufgaben. Als im März 1848 in Berlin die Revolutionäre einen politischen Neuaufbau forderten und es am 18. März zu Demonstrationen und Barrikadenkämpfen kam, da riet Prinz Wilhelm zum Rückzug der Truppen aus Berlin und zur Beschießung mit Kartätschen. Das wurde bekannt, und Wilhelm wurde zum verhassten „Kartätschenprinz“ und musste fliehen. Er ging anonym nach London und konnte dort in Gesprächen mit Prinz Albert, Robert Peel und Lord Palmerston seine politischen Vorstellungen so weit klären, dass er den Konstitutionalismus akzeptierte und die Notwendigkeit einer Verfassung einsah. Am 30. Mai bekannte er sich vor seiner Rückkehr von Brüssel aus zum Konstitutionalismus und reagierte so auf eine Großdemonstration von zehntausend Berlinern gegen seine Rückkehr. Im September beriet er seinen Bruder bei der Bildung einer neuen gegenrevolutionären Regierung.

Am 8. Juni 1849 übertrug ihm der Reichsverweser Johann von Österreich den Oberbefehl über die zwei preußischen Korps, die den „Aufstand“ in der Pfalz und in Baden niederschlagen sollten. Das größte Gefecht war das bei Waghäusel am 21. Juni, in dem die badischen Truppen unter dem polnischen Revolutionär Mieroslawski geschlagen und zum Rückzug gezwungen wurden.

Der Verlust der Truppen an diesem Tag war nicht unbedeutend ... Der Verlust der Insurgenten wurde nicht veröffentlicht, aber es wurden allein in Neu-Lußheim 43 derselben beerdigt. Und lange Wagenzüge mit Todten und Verwundeten passirten den Ort; auch sollen nach Versicherung der Landbevölkerung jener Gegend mehrere Hundert Leichen in den Rhein geworfen worden sein. (Bericht des preußischen Stabsoffiziers Staroste).

Badisches Wiegenlied

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Deinen Vater hat er umgebracht,
Deine Mutter hat er arm gemacht,
Und wer nicht schläft in stiller Ruh,
Dem drückt der Preuß die Augen zu.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Der Preuß hat eine blut'ge Hand,
Die streckt er übers badische Land,
Wir alle müssen stille sein,
Als wie dein Vater unterm Stein.
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!

Schlaf, mein Kind, schlaf leis,
Dort draußen geht der Preuß!
Gott aber weiß, wie lang er geht,
Bis daß die Freiheit aufersteht,
Und wo dein Vater liegt, mein Schatz,
Da hat noch mancher Preuße Platz!
Schrei, mein Kindlein, schrei's,
Dort draußen liegt der Preuß!

In der folgenden Nacht übernachtete Prinz Wilhelm im Adler in Graben (Gedenktafel). Die Reste der badischen Armee wurden in Rastatt eingeschlossen und kapitulierte am 23. Juli 1849. Am 19. August wurde in Karlsruhe die Rückkehr des badischen Großherzogs Leopold gefeiert.

Das schlimmste waren die folgenden Aufräumarbeiten. Der badische Aufstand wurde als Aufruhr gewertet, die preußischen Besatzer waren die Freunde, die die Ordnung wieder herstellten. Überall fanden Untersuchungen und Strafgerichte statt, Menschen wurden ins Zuchthaus gesteckt, viele verließen die Heimat und gingen nach Amerika. In der Armee wurden viele Todesurteile gefällt und vollstreckt, alle Offiziere wurden abgesetzt, und die badische Armee wurde unter preußische Aufsicht gestellt und erhielt erst nach vielen Jahren einen Teil ihrer Autonomie zurück. Noch 1870 wurden die badischen Truppen von dem preußischen General von Werder kommandiert.

Der Ruf des Prinzen Wilhelm war danach bei den Liberalen in Deutschland nicht der beste.

Badisches Wiegenlied (Ludwig Pfau 1849)

In größerer Verantwortung 1850 – 1862

Am 12. Oktober zog Prinz Wilhelm an der Spitze seiner „siegreichen“ Truppen in Berlin ein und wurde von seinem Bruder zum Generalgouverneur der Rheinprovinz ernannt. Anfang 1850 bezog die Familie in Koblenz Quartier, und Augusta konnte nun endlich fern vom Berliner Hof ihren eigenen Hofstaat im Kurfürstlichen Schloss organisieren. Wilhelm wurde 1854 militärisch befördert zum Generaloberst, Feldmarschall und Gouverneur der Festung Mainz. Die gut katholischen rheinischen Provinzen fühlten sich im protestantischen Preußen nicht richtig wohl, aber dem neuen Generalgouverneur gelang es, durch unvoreingenommene Toleranz den Konflikt zu entschärfen. Seine Gattin trug wesentlich dazu bei. Am Hof verkehrten Katholiken, Liberale, Gelehrte und Künstler. Ihr Sohn Friedrich begann in Bonn als erster preußischer Prinz ein Studium der Rechtswissenschaften. Die lockere und entspannte Atmosphäre in Koblenz wurde in Berlin nicht immer gern gesehen, und Wilhelm wurde sogar von seinem Bruder ermahnt. Aber der sehr beschädigte Ruf des Prinzen von Preußen verbesserte sich bei der liberalen Mehrheit in Deutschland, die auch nach der Niederlage in der Revolution auf eine Erneuerung hofften.

Im Dezember 1848 hatte Friedrich Wilhelm IV. in Preußen eine Verfassung mit sehr deutlichen fürstlichen Privilegien erlassen, „oktroiert“, und im Mai 1849 durch das Dreiklassenwahlrecht ergänzt. Er hielt auch nach dem Ende der Revolution an der Verfassung fest. Preußen war also eine „Verfassungsmonarchie“. Doch der König hatte nach 1850 nicht mehr viel Interesse an Politik. 1854 plädierte Prinz Wilhelm für eine Beteiligung am Krimkrieg, aber der König wollte nicht. Er führte lieber seine Bauprojekte fort, vor allem den Hohenzollern. Am 14. Juli 1857 erlitt der König einen Schlaganfall, und als der Zustand sich nicht besserte, wurde der sechzigjährige Prinz Wilhelm mit der Stellvertretung und nach weiteren Schlaganfällen am 7. Oktober 1858 mit der offiziellen Regentschaft betraut.

Am 5. November berief Wilhelm ein neues Ministerium unter dem konservativ-liberalen Fürsten Karl-Anton von Hohenzollern, der als umgänglich galt und eine *Neue Ära* für Preußen einleiten sollte. Die Stimmung war für Veränderungen, und selbst im preußischen Abgeordnetenhaus war trotz Dreiklassenwahlrecht die Mehrheit liberal. Zunächst war die Zusammenarbeit gut und vertrauensvoll. Außenpolitisch war es nicht so einfach, denn 1859 kam es zu einer neuen Krise, zum österreichisch-französischen Krieg (Solferino) und zur Grundlegung der italienischen Einheit. Damit war auch die deutsche Einheit wieder ein Thema. Innenpolitisch gab es einige Reformen.

Am 2. Januar 1861 starb Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm wurde mit 64 Jahren preußischer König. Am 18. Oktober wurde er in Königsberg feierlich gekrönt. Dabei sagte er als Bekenntnis zum Königtum und zur Verfassung:

Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone. Nachdem durch zeitgemäße Einrichtungen der Thron umgeben ist, besteige ich als erster König denselben. Aber eingedenk, dass die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, dass ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe.

Aber der Geist der *Neuen Ära* war durch einen Konflikt bedroht. Der König war Fachmann fürs Militär, und er war sicher, dass Preußen militärisch besser werden müsse, wenn es in der Politik eine bedeutende Rolle spielen wollte. Er trat deshalb für eine Heeresreform ein, die ein volles Ausschöpfen der Wehrpflicht und eine Verlängerung der Dienstpflicht auf drei Jahre beinhaltete. Die liberale Mehrheit war aber grundsätzlich gegen ein größeres Heer und für eine Aufwertung der Landwehr, des allgemeinen Volksaufgebots. Damit war das Zusammengehen der liberalen Mehrheit mit dem Ministerium gefährdet. Man behalf sich zunächst mit faulen Kompromissen. Die Heeresreform wurde im Sinne des Königs begonnen, aber nicht von der Mehrheit im Abgeordnetenhaus beschlossen und finanziell abgesichert, sondern nur durch Ermächtigung auf Zeit genehmigt. Im Dezember 1861 wurde ein neuer Landtag gewählt, und die große Gewinnerin war die Deutsche Fortschrittspartei mit ihren liberalen Ansichten und Zielen. Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium wurde schwieriger, und am 17. März trat das Ministerium Hohenzollern zurück. Hauptstreitpunkt mit der neuen Mehrheit war die angefangene Heeresreform, bei der der König zu keinen Zugeständnissen bereit war. Lieber wollte er zurücktreten.

Otto von Bismarck

Otto von Bismarck, 1815 in Schönhausen (an der Elbe bei Stendal) geboren, 1816 nach Hinterpommern umgezogen, stammt aus einer alten kleinadligen kurmärkischen Junkerfamilie. Auf Drängen der Mutter, die aus einer Beamten- und Gelehrtenfamilie stammte, kam der Junge mit 6 Jahren nach Berlin auf ein strenges Internat. 1832 schloss er sein Abitur am Humanistischen Gymnasium statt. Bismarck war von der Mutterseite her sehr sprachbegabt und konnte fließend französisch, englisch und russisch. 1832 bis 1835 studierte er in Göttingen und Berlin Jura und begann anschließend mit der Referendarausbildung. Aber Bismarck war dafür nicht geeignet, er war antiautoritär, nachlässig, unzuverlässig, unpünktlich, er hatte Frauengeschichten und tauchte wochenlang nicht auf. So schied er aus dem Dienst und übernahm als Landwirt und Junker das Gut Kniephof. Aber das füllte ihn nicht aus. 1844 machte er eine über einjährige Reise nach Frankreich und England. Auch war er ein gern gesehener Gast bei Jagdgesellschaften und Saufgelagen und genoss den Ruf des „tollen Bismarck“.

1844 kam Bismarck über einen Freund in Kontakt mit der pietistischen Familie von Thadden-Trieglaff, und bei der Heirat der Tochter lernte er 1846 Johanna von Puttkamer kennen, die er 1847 heiratete, nachdem er die Eltern überzeugen konnte. Gleichzeitig verstärkte er seine Kontakte zu den konservativ-christlichen Junkerfamilien und kam 1846 als Deichgraf von Jerichow in sein erstes öffentliches Amt. Für die kleinen Adligen nahm er 1847 am „Vereinigten Landtag“ Friedrich Wilhelms IV. teil, und bei Beginn der Revolution im März 1848 wollte er seine Bauern bewaffnen und den König befreien. Während Prinz Wilhelm im Exil in London war, versuchte er, Prinzessin Augusta von der Notwendigkeit einer militärischen Gegenrevolution zu überzeugen, und ihre spätere gegenseitige Abneigung geht wohl darauf zurück.

Bismarck arbeitete 1848/9 an der Sammlung der konservativen Kräfte, der Junkerpartei um die Neue Preußische Zeitung, wegen der Aufmachung „Kreuzzeitung“, in der er Artikel publizierte und für die Erhaltung der Privilegien der Junker eintrat. 1849 wurde Bismarck ins Abgeordnetenhaus gewählt. Er verteidigte im Landtag die Ablehnung des Kaisertitels und die Olmützer Abmachung, weil er fürchtete, dass Preußen sich in Deutschland verlieren könnte. Er galt damals auch bei den Konservativen als radikal und extrem, und König Friedrich Wilhelm vermerkte bei ihm: *nur zu gebrauchen, wenn das Bajonnet schrankenlos waltet*. Für die Liberalen war Bismarck ein konservatives Schreckensbild, die negative Folie für eine mögliche politische Entwicklung. 1851 wurde Bismarck auf Betreiben seiner politischen Freunde zum preußischen Vertreter am Bundestag in Frankfurt ernannt. Seine Ernennung wurde überall als Sieg der Reaktion bewertet. Er begann dort als Anhänger der Restauration und als Freund Österreichs, aber in den Jahren bis 1859 wurde er zum Gegenspieler der österreichischen Politik. Er verhinderte, dass der Deutsche Bund von Österreich in den Krimkrieg mit Russland hineingezogen wurde, und er erkannte, dass eine sinnvolle Bewegung in der deutschen Frage ein Ausscheiden Österreichs voraussetzte. Die Jahre in Frankfurt brachten für Bismarck neue Perspektiven und führten ihn gründlich in das diplomatische und außenpolitische Handwerk ein. 1859 wurde er abberufen und war bis 1862 als Gesandter in St. Petersburg, wo er wichtige Kontakte knüpfte (und wegen seiner Alkoholverträglichkeit berühmt war). Im Frühjahr 1862 wurde er nach Paris versetzt.

Als König Wilhelm im Konflikt mit der liberalen Landtagsmehrheit lieber zurücktreten als nachgeben wollte, da schlug ihm sein alter Weggefährte und Berater Albrecht von Roon, der nach einer Militärkarriere bis zum Generalmajor 1858 für Wilhelm die Heeresreform entworfen hatte und seit 1859 als Kriegsminister ihre Umsetzung förderte und leitete, Bismarck als neuen Ministerpräsidenten vor, einen rücksichtslosen und tatkräftigen Konservativen, der nicht als Kompromisskandidat gedacht war, sondern als eine Kampfansage an die Landtagsmehrheit. Der König hielt eigentlich nicht viel von diesem Vorschlag, aber Roon „fasste ihn am Portepée“, erinnerte ihn an sein Pflichtgefühl und dass er alles tun müsse, um die Heeresreform zu retten. Roon, der wohl immer in Kontakt mit Bismarck stand, sandte ihm das denkwürdige Telegramm *Periculum in mora. Dépêchez-vous!* Bismarck verabschiedete sich in Paris, um rechtzeitig vor Ort zu sein. In einer Aussprache mit dem König in Babelsberg wurden die Positionen geklärt, und am 23. September 1862 wurde Bismarck von König Wilhelm zum Minister und Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt.

Der Verfassungskonflikt und Preußen bis 1867

Bismarck konstruierte eine Verfassungslücke, wenn König und Herrenhaus auf einer Seite stehen, das Abgeordnetenhaus auf der anderen. Deshalb erließ er den Haushalt mit den Ausgaben für die Heeresreform als Regierungserlass. Die Mehrheit schäumte und tobte, aber die Steuern wurden weiter gezahlt, die Staatsverwaltung funktionierte und es kam zu keiner Revolution, wie der König befürchtet hatte. Der Staat und der König hatten sich durchgesetzt. Bismarck wusste, dass er mit einem Verfassungsbruch regierte, er sicherte sich später durch die Indemnitätsvorlage ab.

Schleswig-Holstein gehörte seit langem zum dänischen Königreich, war aber ein eigener Staat und ein Teil des Deutschen Bundes. Dänemark unternahm verschiedene Anläufe, um das Land völlig einzugliedern, zuletzt mit einer einheitlichen Verfassung 1863. Bismarck alarmierte die Öffentlichkeit und den Deutschen Bund und erreichte 1864 eine „Bundesexekution“ mit preußischen und österreichischen Truppen. Dänemark wurde geschlagen und musste die Elbherzogtümer abtreten. Preußen erhielt Schleswig zur Verwaltung, Österreich Holstein. Preußen hatte sich als Wächter und Garant für deutsche Interessen profiliert.

1865 verweigerte Bismarck sich einer von Österreich ausgehenden Reform des Deutschen Bundes, und 1866 kam es wegen Holstein zu einem Krieg des Deutschen Bundes gegen Preußen. Der Krieg war gut vorbereitet, Italien kämpfte mit, um Venetien zu erhalten, Russland war gegen Österreich eingebunden, und England und Frankreich blieben neutral. Österreich wurde am 3. Juli bei Königgrätz geschlagen und stimmte in einem schnellen Frieden der Abtretung von Venetien und dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bund zu. Auch die übrigen Bundesmitglieder wurden geschlagen. Der deutsche Bund wurde aufgelöst, und Preußen annektierte die Gebiete einiger Bundesmitglieder in Norddeutschland: Hannover, Hessen-Kassel, Frankfurt, dazu die beiden Elbherzogtümer (König Wilhelm wollte jeden kriegführenden Staat bestrafen). Deutschland wurde bis zur Mainlinie in einem Norddeutschen Bund zusammengefasst, der sehr föderal war, aber vor allem aus Preußen bestand. König Wilhelm war Präsident, Bismarck Kanzler. Neu war ein direkt und nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählter Reichstag. Der gehasste Bismarck hatte wenigstens für Norddeutschland eine neue Ordnung erreicht. Die süddeutschen Staaten wurden durch geheime Militärabkommen für eine zukünftige Eingliederung vorbereitet. Aus Rücksicht auf Frankreich und auf die souveränen Fürsten war mehr nicht möglich.



Der deutsch-französische Konflikt 1867 – 1871

Frankreich war unter Napoleon III. (Präsident 1848, Kaiser 1852) wieder zur europäischen Führungsmacht aufgestiegen: Krimkrieg 1853 und Frieden von Paris 1856, österreichisch-italienischer Krieg 1859 und italienische Einigung 1860, Umbau von Paris (Hausmann), wirtschaftlicher und technischer Fortschritt, Suezkanal 1858 – 1869 usw. Aber der Aufstieg Preußens und die Vorstellung einer deutschen Einheit wurden in Frankreich mit Sorge gesehen. Der preußisch-österreichische Krieg war für Frankreich eine Chance, eine Selbstzerfleischung, an deren Ende Frankreich als Vermittler auftreten könnte. Als der Krieg aber mit der Niederlage von Königgrätz (französisch Sadowa) und dem schnellen Frieden von Nikolsburg endete, identifizierte man sich plötzlich mit dem alten Dauergegner Österreich und forderte „Rache für Sadowa“. Bismarck war Napoleon an Intrigen überlegen. Er versprach ihm Luxemburg, schwärzte ihn aber deshalb bei den anderen Regierungen an. Er versicherte sich der österreichischen Neutralität, und die Süddeutschen würden mitkämpfen, während man in Frankreich mit einer süddeutschen Neutralität und einem österreichischen Mitkämpfen rechnete.

Der Anlass für den Krieg war die mögliche Kandidatur eines katholischen Hohenzollern für Spanien. In Frankreich erinnerte man sich an Karl V., und der französische Gesandte forderte von König Wilhelm eine formelle Distanzierung. Der schickte die „Emser Depesche“ an Bismarck, um ihn zu informieren. Dieser kürzte das Telegramm so weit, dass es wie eine Brückierung des französischen Gesandten aussah, und die französische Öffentlichkeit forderte prompt die Kriegserklärung. Die preußische Armee war durch die Heeresreform und neue Gewehre modernisiert und hatte in Moltke einen schnellen und entschlossenen Führer („getrennt marschieren – vereint schlagen“). Die französische Armee war schlechter ausgerüstet, langsamer und schlechter geführt. Die blutigsten Kämpfe, vor allem für Baden und Württemberg waren die um die Vogesen, aber die Entscheidung fiel mit den Kapitulationen von Metz (Bazaine) und Sedan (MacMahon und Napoleon). Das Kaiserreich wurde gestürzt, die neue Republik kämpfte weiter und wollte eine *Levée en masse*. Paris wurde eingeschlossen und beschossen. Das preußische Hauptquartier mit König Wilhelm war im Schloss von Versailles untergebracht. Nachdem Bismarck durch Bestechung den bayrischen König Ludwig II. zur Zustimmung gebracht hatte, konnte der Norddeutsche Bund zum Deutschen Reich erweitert werden. Nach Abschluss der Verhandlungen wurde die Kaiserproklamation auf den 18. Januar 1871 angesetzt.

Relief vom Kaiserdenkmal am Mühlburger Tor



Bismarck beschreibt die Kaiserproklamation

in seinen Gedanken und Erinnerungen (Bd.2, Kap.23)

In der Schlußberathung am 17. Januar 1871 lehnte er die Bezeichnung Deutscher Kaiser ab und erklärte, er wolle Kaiser von Deutschland oder garnicht Kaiser sein. Ich hob hervor, wie die adjektivische Form Deutscher Kaiser und die genitivische Form von Deutschland sprachlich und zeitlich verschieden seien. Man hätte Römischer Kaiser, nicht Kaiser von Rom gesagt, der Zar nenne sich nicht Kaiser von Rußland, sondern Russischer, auch gesamtrussischer Kaiser. Das Letztre bestritt der König mit Schärfe, sich darauf berufend, dass die Rapporte seines russischen Regiments „Kaluga“ stets „pruskomu“ adressiert seien, was er irrthümlich übersetzte. Meiner Versicherung, dass die Form der Dativ des Adjectivums sei, schenkte er keinen Glauben und hat sich erst nachher von seiner gewohnten Autorität für russische Sprache, dem Hofrath Schneider, überzeugen lassen. Ich machte ferner geltend, daß unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. auf den Thalern Borussiae, nicht Borussiae rex erscheine, daß der Titel Kaiser von Deutschland einen landesherrlichen Anspruch auf die nichtpreußischen Gebiete involvire, den die Fürsten zu bewilligen nicht gemeint wären; daß in dem Schreiben des Königs von Baiern in Anregung gebracht sei, daß „die Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde“; endlich daß derselbe Titel auf Vorschlag des Bundesraths in die neue Fassung des Artikels 11 der Verfassung aufgenommen sei. ...

Die Erörterung der Titelfrage kam zu keinem klaren Abschluß; indessen konnte man sich doch für berechtigt halten, die Ceremonie der Kaiserproklamation anzuberaumen, aber der König hatte befohlen, daß nicht von dem deutschen Kaiser, sondern von dem Kaiser von Deutschland dabei die Rede sei.

Diese Sachlage veranlaßte mich, am folgenden Morgen, vor der Feierlichkeit im Spiegelsaale, den Großherzog von Baden aufzusuchen, als den ersten der anwesenden Fürsten, der voraussichtlich nach Verlesung der Proclamation das Wort nehmen würde, und ihn zu fragen, wie er den neuen Kaiser zu bezeichnen denke. Der Großherzog erwiderte: „Als Kaiser von Deutschland, nach Befehl Sr. Majestät.“ Unter den Argumenten, die ich dem Großherzog dafür geltend machte, daß das abschließende Hoch auf den Kaiser nicht in dieser Form ausgebracht werden könne, war das durchschlagendste meine Berufung auf die Thatsache, daß der künftige Text der Reichsverfassung bereits durch einen Beschluß des Reichstags in Berlin präjudicirt sei. Die in seinen constitutionellen Gedankenkreis fallende Hinweisung auf den Reichstagsbeschluß bewog ihn, den König noch einmal aufzusuchen. Die Unterredung der beiden Herren blieb mir unbekannt, und ich war bei Verlesung der Proclamation in Spannung. Der Großherzog wich dadurch aus, daß er ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser, noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf den Kaiser Wilhelm ausbrachte.

Seine Majestät hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten von dem erhöhten Stande der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platze davor stand, ignorirte, an mir vorbeiging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten, und in dieser Haltung mehrere Tage verharrte, bis allmählig die gegenseitigen Beziehungen wieder in das alte Geleise kamen.

Die Beziehung zwischen Wilhelm und Bismarck war nicht einfach und nicht freundschaftlich. Bismarck weist in seinen Erinnerungen immer wieder auf die einfache und schlichte Denkweise des Monarchen und auf seine enge Bindung an alles Militärische hin. Als 1878 ein Attentat auf den Kaiser verübt wurde, fragte er nicht zuerst nach dessen Zustand, sondern kündigte eine Reichstagswahl an. Bismarck war sehr eifersüchtig und kontrollierte den Zugang zum Kaiser, er fürchtete den Einfluss der Kaiserin und des Kronprinzen auf den „Alten Herrn“. Umgekehrt war das Verhältnis des Kaisers zu ihm kein persönliches. Er ließ sich von Bismarck führen, antreiben und erpressen, er ließ ihm alle politische Freiheit und anerkannte seine politische Genialität, aber es verband sie keine „Männerfreundschaft“. Wilhelm blieb der Höhergestellte und Gottgesandte, aber auch der Schlichtere und Einfältigere, und Bismarck war der treue Diener seines Herrn, aber auch der geniale Gestalter der erfolgreichen preußisch-deutschen Politik, der dessen Rolle nie in Frage stellte, sich und seine Bedeutung für den Weg zum Kaiserreich aber weit höher einschätzte. Das wird in seinen nach dem Rücktritt veröffentlichten und äußerst subjektiven Erinnerungen deutlich.

Das neue Kaiserreich

Es kam aber sehr stark darauf an, wie sie politisch verwirklicht wurde. Schon 1848 stand die Alternative vor dem deutschen Volk: >Einheit durch Freiheit< oder >Einheit vor Freiheit<. Die Niederlage der Demokratie in der Revolution hat diese Frage im Sinne der zweiten Formel beantwortet, und zwar so, dass die Verwirklichung der Freiheit immer wieder auf Sankt Nimmerleinstag verschoben wurde. Eine derartige Wendung der deutschen Geschichte hat bereits der junge Marx vorausgesehen. Er schrieb über eine ihrer möglichen Perspektiven: »Deutschland wird sich daher eines Morgens auf dem Niveau des europäischen Verfalls befinden, bevor es jemals auf dem Niveau der europäischen Emanzipation gestanden hat.« Genau das hat Bismarck am Abschluss des großen Krieges verwirklicht: ein ökonomisch-politisch vereintes Deutschland, das deshalb sehr rasch den Weg des kapitalistischen Aufschwungs zum Imperialismus einschlagen konnte; ein Deutschland, das zwar — gut bonapartistisch — das allgemeine Wahlrecht einführte, dessen Parlament jedoch keinerlei reale Macht besitzen durfte, dessen Politik weiter von den Hohenzollern und den zu Zivil- und Militärbürokraten gewordenen Junkern geleitet wurde. Auch in dieser Frage gab es nach 1848 noch eine Alternative: Aufgehen von Preußen in Deutschland oder Verpreußung Deutschlands. Es ist klar, welche Antwort auch diese Alternative in der deutschen Geschichte erhielt. (Georg Lukács: Von Nietzsche zu Hitler. fischer tb 1966, S. 13)

Das neue Kaiserreich war ein föderaler Bundesstaat mit großen Eigenrechten der Mitglieder. Diese waren als Bundesrat in der Führung des Bundes vertreten, mit einem besonderen Mitspracherecht in der Außenpolitik. Der Bundesrat hatte 58 Stimmen, davon Preußen 17, Bayern 6, Baden 3 und die 17 ganz kleinen je 1. Im Bundesrat waren die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten, und die Stimmen eines Landes konnten nicht gesplittet werden. Der Reichstag wurde nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für drei Jahre gewählt. Er stellte mit dem Bundesrat zusammen die Legislative, aber er konnte dem Reichskanzler das Vertrauen nicht aussprechen oder entziehen, die Regierung nicht kontrollieren.

Preußen hatte für einen Bundesstaat ein erdrückendes Übergewicht, weil zwei Drittel des Staatsgebiets und der Bevölkerung preußisch waren. Die Hauptstadt war Berlin, der König von Preußen war Deutscher Kaiser, und er ernannte ohne Konsultationen einen Vertrauten, meistens den preußischen Ministerpräsidenten, zum Kanzler. Es gab keine verantwortlichen Minister, sondern nur Reichsämtler und Staatssekretäre, die der Kanzler aussuchte. Den Oberbefehl über das Heer und damit über den Generalstab und die Planungen hatte der König von Preußen, das Heer war reine Ländersache und außerhalb der Kontrolle des Reiches und der preußischen Verfassung. Der Einfluss der staatstragenden Schicht war in Preußen durch das Dreiklassenwahlrecht geschützt.

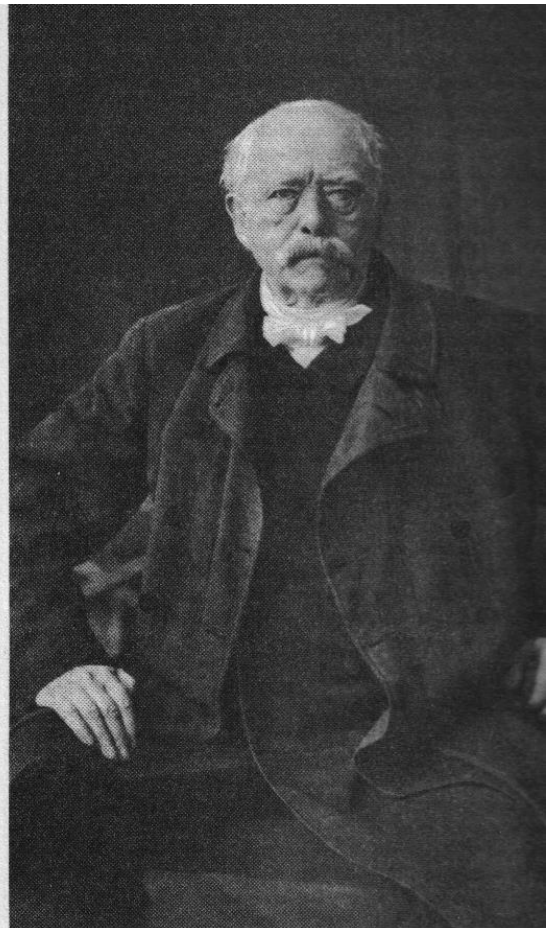
Die Reichsverfassung von 1871 war in unserem Sinn keine Verfassung, sondern ein Fürstenbund, ein Vertrag zwischen Souveränen, die einen Teil ihrer Souveränitätsrechte auf den Bund übertrugen. Dazu war sie ein kompliziertes Gebilde, das Bismarck zwischen dem Kaiser-König, dem preußischen Staat und dem Bundesrat als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident eine Schlüsselstellung zuwies und ihm viel politische Gestaltungsmöglichkeit gab. Aber die Reichsverfassung bot trotz Reichstag wenig Möglichkeiten zur demokratisch-konstitutionellen Entwicklung.

Ein besonderes Problem war Elsass-Lothringen. Bismarck hatte mit der Belagerung von Paris die Abtretung – ohne Volksbefragung und gegen den Willen der Bevölkerung – erzwungen, wie es von den Militärs und von den Deutschnationalen gefordert worden war. Aber die Militärs wollten die weitgehende Kontrolle, die neuen Provinzen hatten keinen Monarchen und waren kein vollgültiger Bundesstaat. So wurden sie zum Reichsland erklärt, und sie waren damit in einem föderalen Staat nicht gleichwertig, Bürger und Deutsche zweiter Klasse. Die preußische Armee war sehr präsent und entschied im Konfliktfall wie eine Besatzungsarmee, der Statthalter und die höhere Verwaltung wurden in Berlin ernannt, die Elsässer wurden als „Wackes“ misstrauisch angesehen und diskriminiert. Die Konstruktion des Reichslandes war ein Fehler, der auch in Frankreich die Erinnerung an diese „Schande“ wachhielt. So konnte Poincaré 1919 vom Kaiserreich sagen:

Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung und durch den Fehler seiner Gründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren hat es in Schmach geendet.



Kaiser Wilhelm I.
Aufnahme aus dem Jahr 1886



Otto von Bismarck
Aufnahme aus dem Jahr 1894

Die wirtschaftliche Entwicklung Preußens und Deutschlands

Die wirtschaftliche Grundlage war der Zollverein von 1834, der einen einheitlichen Wirtschafts- und Verkehrsraum begründete und gestaltete. So wurden die Hauptstrecken im Eisenbahnbau in den Jahren nach 1850 gestaltet, ebenso die Stahlproduktion an der Ruhr. Durch den politischen Zusammenschluss beschleunigte sich das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung, aber in den ersten Jahrzehnten vor allem in Preußen. Preußen-Deutschland wurde in kürzester Zeit zur führenden Industriemacht. Bei der Weltausstellung in Philadelphia 1876 hatte ein Preisrichter noch festgestellt: *Deutsche Waren sind billig und schlecht*. 1887 führte das englische Parlament die Kennzeichnungspflicht für fremde Waren ein, um ihre Qualitätsprodukte zu schützen. *Made in Germany* war eine Qualitätswarnung, aber das änderte sich bis 1900, weil Quantität und Qualität der deutschen Produktion erheblich gesteigert wurden. Vereinheitlichungen und Normen trugen dazu bei. Schon 1871 löste die Mark (zu hundert Pfennig) das bisherige Währungsdurcheinander von Talern und Gulden, Kreuzern und Hellern ab, eine grundlegende Maßnahme für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Nach 1875 wurde das internationale metrische System eingeführt mit Längenmaßen, Flächenmaßen und Hohlmaßen und ersetzte die bisherigen von Land zu Land verschiedenen Maßeinheiten. Ebenso wurde das Rechtssystem vereinheitlicht mit einem neuen Handelsrecht und Strafrecht und zum 1. Januar 1900 dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Deutschland wuchs also wirtschaftlich zusammen und wuchs schnell, und Preußen war die Lokomotive. Für die ersten Jahre des Kaiserreichs spricht man direkt von der „Gründerzeit“, einer Bau- und Börsenkonjunktur, die allerdings 1873 einen ersten Einbruch erlebte. In den folgenden Jahren verlangsamte sich das Tempo, die Regierungen gingen zu Schutzzöllen über, und das entsprach Bismarcks Herkunft und seinem früheren politischen Bemühen um die Rechte und Privilegien der Junker, die in Preußen immer mehr Einfluss auf die Politik und das Militär bekamen.

Theodor Fontane

(1819- 1898)

Fontane wurde in Neuruppin als Sohn eines Apothekers hugenottischer Abstammung geboren, wurde selber Apotheker und verbrachte sein ganzes Leben im Umkreis von Brandenburg und Berlin. 1849 entschloss er sich, den Beruf ganz aufzugeben und freier Schriftsteller zu werden. Von 1851 bis 1870 arbeitete er für die von Bismarck favorisierte Kreuzzeitung, die preußisch, königsautoritär und antidemokratisch war und Bismarcks Weg zur Reichseinigung kritisch verfolgte, weil sie den Verlust des besonderen Preußischen fürchtete.

Literarische Bedeutung:

Fontane gilt als der herausragende Vertreter des poetischen Realismus in Deutschland. In seinen Romanen charakterisiert er die Figuren, indem er ihre Erscheinung, ihre Umgebung und vor allem ihre Redeweise genau beschreibt. Typisch für ihn ist die gepflegte Konversation in einem abgeschlossenen Zirkel (auch als Causerie bezeichnet), etwa einem Festessen, bei dem die Personen gesellschaftlichen Konventionen folgen und doch ihre wahren Interessen enthüllen – häufig gegen ihren eigenen Willen. Dabei kommt Fontane von einer Kritik an Einzelpersonen oft zu einer impliziten Gesellschaftskritik. (Wikipedia)



Fontane war aber auch der Schriftsteller des alten Preußen, der (zum Untergang verurteilten) Wirklichkeit Brandenburgs, des märkischen Adels, der gesellschaftlichen Zwänge und damit der Chronist der Bismarckzeit und ihrer Veränderungen. Das zeigen schon die Titel seiner Werke:

Wanderungen durch die Mark Brandenburg, 1862

Der Schleswig-Holsteinische Krieg 1864, 1866

Der Krieg gegen Frankreich, 2 Bände, 1873

Grete Minde. Nach einer altmärkischen Chronik. 1880

L'Adultera. Roman aus der Berliner Gesellschaft. 1882

Schach von Wuthenow. Erzählung aus der Zeit des Regiments Gensdarmes. 1883

Irrungen, Wirrungen. Berliner Roman. 1888

Fünf Schlösser. Altes und Neues aus der Mark Brandenburg. 1889

Stine. Berliner Sittenroman. 1890. Meine Kinderjahre. Autobiographischer Roman. 1894

Effi Briest. Roman. 1896. Der Stechlin. Roman. 1899

Sein berühmtestes Gedicht ist Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland (1889):

*So klagten die Kinder. Das war nicht recht,
Ach, sie kannten den alten Ribbeck schlecht,*

*Der n e u e freilich, der knausert und spart,
Hält Park und Birnbaum strenge verwahrt,*

*Aber der a l t e , vorahnend schon
Als um eine Birn' in's Grab er bat,*

*Und voll Mißtraun gegen den eigenen Sohn,
Der wußte genau, was damals er that,*

*Und im dritten Jahr, aus dem stillen Haus
Ein Birnbaumsprößling sproßt heraus.*

Der Kulturkampf

Preußische und deutsche Politik vermischten sich trotz der föderalen Staatsordnung, weil die Reichsregierung in Berlin war, weil die Institutionen halb identisch waren und weil Preußen die anderen Staaten mitzog. Das gilt vor allem für den Kulturkampf gegen den Katholizismus, der ein preußisches (und badisches) Problem war, aber auf das ganze Reich ausstrahlte. Die Staatsräson in Preußen war immer protestantisch-preußisch gewesen, aber seit 1815 gehörte mit dem Rheinland ein traditionell katholisches Gebiet zu Preußen. In der evangelischen Kirche war der Landsherr auch der oberste Herr der Kirche, die Kirche war ein integrativer Teil des Staates. Aber die katholische Kirche hatte einen anderen obersten Kirchenherrn, den Papst, und deshalb wurden die rheinischen Katholiken und Muss-Preußen von Berlin aus misstrauisch beobachtet. Schon unter Friedrich Wilhelm III. war es zu Spannungen gekommen, und Friedrich Wilhelm IV. hatte sie nach 1840 durch ein gewisses Entgegenkommen gelöst.

Aber die Lage verschärfte sich wieder, weil Papst Pius IX. die Superiorität des Papstes vertrat und sie 1870 durch ein Vatikanisches Konzil bestätigen lassen wollte. Im Vorfeld gab es unter den deutschen Bischöfen heftige Diskussionen darüber, aber die italienische Mehrheit stimmte der Unfehlbarkeitserklärung zu, und bevor über eine Kirchenreform debattiert werden konnte, lief das Konzil auseinander, weil der Deutsch-Französische Krieg ausbrach und Frankreich die Schutztruppen für den Papst aus Rom abzog. Preußen-Deutschland war siegreich, aber es war auch schuld daran, dass der Papst Rom an die italienische Monarchie verlor. So war das Verhältnis belastet, und Preußen unterstützte massiv eine Los-von-Rom-Bewegung, die schließlich zur in Preußen (und Baden) geförderten Altkatholischen Kirche führte. Gleichzeitig wollte man in Preußen die Loyalität der katholischen Kirche zum Staat gesetzlich erzwingen und damit den „Ultramontanismus“, die Steuerung der Katholiken durch Rom, eindämmen. 1871 wurde der „Kanzleiparagraph“ ins Strafgesetzbuch eingeführt, der den Geistlichen eine politische Stellungnahme von der Kanzel aus verbot und sie mit Strafe bedrohte. Mit dem Jesuitengesetz von 1872 wurde der Orden im Kaiserreich verboten. Die ganzen Maßnahmen wurden von den Liberalen mitgetragen, die beim Anwachsen des politischen Katholizismus um ihre Mehrheiten fürchteten und deshalb für den Kulturkampf und für das Zensuswahlrecht eintraten. Nur für Preußen galt das Schulaufsichtsgesetz des preußischen Kultusministers Falk von 1872, mit dem die Kirche aus der staatlichen Schulaufsicht ausgeschlossen wurde. In den Maigesetzen von 1873 wurde für Preußen die Ausbildung zum Pfarrer staatlich geregelt und an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Auch die kirchliche Disziplinargewalt wurde unter staatliche Aufsicht gestellt. Im Mai 1875 wurden in Preußen alle kirchlichen Orden verboten und im „Brotkorbgesetz“ die staatlichen Zuwendungen für die Kirche eingeschränkt.

Für Preußen wurde 1874 die Zivilehe eingeführt. Die Eheschließung hatte vor dem Standesamt stattzufinden, und die kirchliche Trauung war nur die Zugabe, nicht konstitutiv für die Ehe. Es war den Geistlichen verboten, ohne vorausgehende Zivilehe eine Trauung durchzuführen. Diese Regelung wurde im folgenden Jahr 1875 für das Reich übernommen. Alle diese Maßnahmen wurden in Preußen streng durchgeführt und die Verstöße dagegen wurden kriminalisiert und brutal verfolgt. Damit wurde es für Geistliche und Bischöfe leicht, sich als Bekenner zu offenbaren und gegebenenfalls Märtyrer zu werden. (Wikipedia):

Bei Beendigung des Konflikts waren 1800 katholische Pfarrer ins Gefängnis gebracht und Kircheneigentum im Wert von 16 Millionen Goldmark (entspricht dem Gegenwert von 106 Millionen Euro) beschlagnahmt worden. Zu den auf Grund dieser Gesetze Verurteilten zählte unter anderem der Erzbischof von Posen Mieczysław Halka Ledóchowski und der Trierer Bischof Matthias Eberhard. Mieczyslaw Halka Ledóchowski wurde zur Höchststrafe von zwei Jahren verurteilt. Bischof Matthias Eberhard, der als zweiter preußischer Bischof am 6. März 1874 verhaftet wurde, wurde zu einer Geldstrafe von 130.000 Goldmark und neun Monaten Haft verurteilt. Matthias Eberhard starb sechs Monate nach seiner Haftentlassung auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes. Zum Zeitpunkt seines Todes waren 250 Priester vor Gericht gestellt worden, und 230 von 731 Pfarreien seiner Diözese waren vakant.

Bismarck brach den Kulturkampf ab, als er das neue katholische Zentrum 1878 im Reichstag zur Mehrheitsbildung für die Sozialistengesetze brauchte.

Sozialistengesetze und Sozialgesetzgebung

Inzwischen hatte Bismarck die soziale Frage als neue Gefahr entdeckt. Den Aufstieg der organisierten Arbeiterschaft im Reich (in Preußen hatten sie durch das Dreiklassenwahlrecht keine Chance) wollte er durch das Sozialistengesetz (1878 und dann alle 3 Jahre verlängert bis 1890) behindern. Die sozialdemokratische Partei wurde zwar nicht verboten, aber die Betätigung dafür, das Abhalten von Versammlungen, das Anmieten von Räumen, die Agitation. Eine Folge davon war das Entstehen von Tarnorganisationen, insbesondere Gesangsvereinen. Fast jeder sozialdemokratische Politiker der ersten Generation hat mit Polizei und Zuchthaus Bekanntschaft gemacht.

Aber die Sozialisten wurden nicht nur verfolgt, Bismarck versuchte auch, ihnen durch eine soziale Besserstellung der Arbeiter den Boden zu entziehen. Das war die Begründung für die folgenreiche und weitblickende Sozialgesetzgebung. 1883 wurde die Krankenversicherung eingeführt, 1885 die Arbeitslosenversicherung und 1891 die Rentenversicherung. Die Arbeiter waren zwangsversichert und mussten die Hälfte der Beiträge selbst aufbringen, die andere Hälfte mussten die sie beschäftigenden Unternehmer bezahlen. Bei den Arbeitern waren die Einrichtungen und die Zwangsbeiträge zunächst nicht beliebt, erst langsam wurde die größere soziale Sicherheit als positiv angenommen. Die Sozialgesetzgebung konnte den Aufstieg der SPD zur größten Partei (bis 1912) nicht verhindern, aber sie ist die Grundlage für unser heutiges Sozialversicherungssystem.

Hauptstadt Berlin

Wilhelm I. war kein großer Bauherr. Zu Beginn seiner Regierungszeit schloss er die monumentalen Bauwerke seines Bruders ab, so erst 1880 den Kölner Dom. Als öffentlicher Bauherr ließ er vor allem für das durch die Heeresreform vergrößerte Heer Kasernen und Unterkünfte bauen, auch in Elsass-Lothringen.

Berlin wuchs als Hauptstadt und als Zentrum der Industrie, es wurden neue Straßen und Wohngebiete angelegt, für Reichere und Ärmere, aber wenig Repräsentatives und Vorausweisendes. Vom Berliner Magistrat wurde der Königsplatz angelegt, heute der Platz der Republik vor dem Reichstag (der zwischen 1884 und 1891 gebaut wurde), und nach den drei erfolgreichen Kriegen wurde dort 1873 zur Erinnerung die Siegessäule aufgestellt. Aber die lange und politisch so erfolgreiche Regierungszeit Wilhelms I. hat in Berlin und Preußen wenig prägende bauliche Spuren hinterlassen. Das Kunstgewerbemuseum wurde 1881 eröffnet, das Museum für Völkerkunde (für die Funde Heinrich Schliemanns) 1886. Die Technische Hochschule wurde 1886 in ihrem neuen Gebäude in

Charlottenburg eröffnet. Einer der letzten Auftritte des alten Kaisers war im Juni 1887 die Grundsteinlegung des Nord-Ostsee-Kanals, eines Zweckbaus mit militärischem Nutzen.

Tod und Nachfolge.

Der Kaiser starb am 9. März 1888, 91jährig und stark vereinsamt. Sein Sohn Friedrich III., die liberale Hoffnung, litt an Kehlkopfkrebs und starb schon nach 99 Tagen. am 15. Juni.



Wilhelm II. (1859/1888 – 1918/1941) ***König von Preußen und Deutscher Kaiser***

Wichtige Lebensdaten

- 1859 27. Januar: Friedrich Wilhelm wird als erstes Kind des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, später Kaiser Friedrich III., und seiner Frau Viktoria, Princess Royal of England, im Kronprinzenpalais in Berlin geboren.
Die Erziehung Wilhelms wird dem Calvinisten Georg Hinzpeter übergeben.
- 1874-1877 Besuch des Gymnasiums in Kassel-Wilhelmshöhe.
- 1877 Aufnahme des Studiums der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn.
- 1881 Heirat mit Prinzessin Auguste-Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Der Ehe entstammen sieben Kinder, 6 Söhne und eine Tochter.
- 1888 9. März: Tod des Großvaters Kaiser Wilhelms I.
15. Juni: Durch den Tod des Vaters, Kaiser Friedrichs III., wird der Kronprinz als Wilhelm II. Deutscher Kaiser und König von Preußen.
- 1890 18. März: Aufgrund von innenpolitischen Differenzen und eigenen machtpolitischen Ambitionen verlangt Wilhelm II. den Rücktritt des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck, den dieser am folgenden Tag einreicht.
- 1896 3. Januar: Wilhelm II. gratuliert dem Präsidenten der Burenrepublik Paulus Krüger zum erfolgreichen Widerstand gegen englische Angriffe ("Krügerdepesche").
In England provoziert dieser Vorfall breite öffentliche Kritik am deutschen Kaiser.
- 1898 Beginn des Schlachtflottenbaus unter dem Staatssekretär im Reichsmarineamt Alfred von Tirpitz. Die Flottenausrüstung, als Instrument deutscher Kolonialpolitik konzipiert, wird von Wilhelm II. gefördert. Sie belastet das Verhältnis zu Großbritannien.
- 1900 Zur Niederschlagung des Boxeraufstands in China hält Wilhelm II. die „Hunnenrede“, in welcher er die deutschen Truppen zu massiven Vergeltungsmaßnahmen auffordert.
- 1905/06 Erste Marokkokreise: Wilhelm II. protestiert gegen die französische Interessenpolitik in Marokko. Auf der internationalen Schiedskonferenz von Algeciras (1906) findet die deutsche Politik keine Verbündeten.
- 1907 Eine Artikelserie Maximilian Hardens diskreditiert das persönliche Umfeld des Kaisers, vor allem seinen Berater Philipp Fürst zu Eulenburg als homosexuell.
- 1908 Daily-Telegraph-Affäre: Ein in der englischen Zeitung "Daily Telegraph" veröffentlichtes Interview mit Wilhelm II. über die Ziele deutscher Außenpolitik erregt im In- und Ausland Kritik. Die deutsche Öffentlichkeit fordert eine präzise verfassungsrechtliche Einschränkung der monarchischen Kompetenzen.
- 1911 Zweite Marokkokrise: Als Reaktion auf die französische Besetzung der Städte Rabat und Fez schickt Wilhelm II. ein Kanonenboot nach Marokko, um Deutschlands weltpolitische Geltung gegenüber konkurrierenden Kolonialmächten notfalls militärisch zu demonstrieren.
- 1914 6./7. Juli: Wilhelm II. versichert Österreich-Ungarn nach der Ermordung des habsburgischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch serbische Nationalisten uneingeschränkte Bündnistreue für den Fall kriegiger Auseinandersetzung.
4. August: Nach Ausbruch des Krieges ruft Wilhelm II. im Reichstag zu nationaler Solidarität und Geschlossenheit auf.
- 1916 Infolge der Berufung des Duos Hindenburg/Ludendorff in die Oberste Heeresleitung verliert der Kaiser zunehmend Einfluss auf die militärische Kriegführung.
- 1918 9. November: Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündet eigenmächtig die Abdankung des Kaisers.
10. November: Wilhelm II. flieht aus dem Hauptquartier in Spa in die Niederlande. Die niederländische Regierung gestattet ihm den Aufenthalt unter der Bedingung, dass er auf politische Betätigung verzichtet. Er bleibt allerdings mit zahlreichen politischen und militärischen Persönlichkeiten in Kontakt.
- 1919 Kauf von Haus Doorn in der Provinz Utrecht. 1941 4. Juni Tod des Kaisers.

Kindheit, Jugend, Thronfolge

Die Geburt des Prinzen im Januar 1859 war eine sehr schwierige. Das Kind lag verkehrt und musste gedreht werden und kam so mit einem verkrüppelten linken Arm zur Welt. Die Mutter verzieh es sich nicht, dass sie keinen gesunden Thronfolger zur Welt gebracht hatte, und es wurden alle möglichen Versuche unternommen, die Behinderung nachträglich zu korrigieren. Wilhelm erlebte in seinen ersten 12 Jahren die Kriege auf dem Weg zur Reichsgründung 1871. Er wurde privat erzogen und dann von 1874 bis 1877 in ein öffentliches Gymnasium geschickt. Nach dem Abitur bezog er die Bonner Friedrich-Wilhelms-Universität, um Jura zu studieren. Parallel dazu machte er eine militärische Karriere durch und wurde 1880 zum Hauptmann befördert. Aber weder in der zivilen noch in der militärischen Karriere musste er sich anstrengen und beweisen, er sammelte Eindrücke, ließ sich für seine Einfälle bewundern und sah sich selber als Auserwählter, und natürlich wurde er von seiner Umgebung darin noch bestärkt.

1881 heiratete er die Prinzessin Auguste von Sonderburg-Augustenburg, aus der Familie, die Bismarck um die Nachfolge in Schleswig-Holstein gebracht hatte, ein Akt der Wiedergutmachung, aber auch eine offenbar glückliche Ehe, wenn auch die Frau als Kaiserin wenig in Erscheinung trat. Die Familie lebte in Berlin, Wilhelm war in militärischen Funktionen eingebunden, aber meistens beurlaubt, denn er sollte die Verwaltung kennenlernen und wurde immer wieder Ämtern und Ministerien zugeordnet. Denn seit Mitte der Achtzigerjahre zeichnete sich immer mehr ab, dass sein Vater schwer krank war (Kehlkopfkrebs) und den alten Großvater nicht lang überleben würde. So war Wilhelm der kommende Mann, er schaute überall herein, sammelte Eindrücke, ließ sich für seine spontanen Einfälle bewundern, war von Schmeichlern umgeben, aber hatte nie irgendwo wirklich gearbeitet oder dicke Bretter gebohrt. Seiner Militärkarriere verdankte er wohl die Liebe zur Uniform, er trat kaum einmal in Zivil auf.

1888 war das Dreikaiserjahr, in dem Wilhelm I. und nach 99 Tagen Friedrich III. starben und Wilhelm II. mit 29 Jahren König von Preußen und Deutscher Kaiser wurde. Da die Eltern des neuen Kaisers als liberal galten und Friedrich die große Hoffnung auf eine liberale Erneuerung war, galt Wilhelm als eher konservativ-nationalliberal. Für die Öffentlichkeit war Garant für die Stabilität der Fürst Bismarck, preußischer Ministerpräsident, Reichsgründer und seit 1871 Reichskanzler, der die politische Ausrichtung des Reiches fest im Griff hielt. Der neue Kaiser schien sich zunächst der Einsicht und der Führung des alten Kanzlers anzuvertrauen, aber das Verhältnis verschlechterte sich, weil Bismarck Lenker und nicht Schmeichler sein wollte, und der neue Kaiser sich nicht belehren und lenken lassen wollte. Es gab aber auch sachliche Gründe. Bismarck sah schwarz für die Zukunft des Reiches, und zwar wegen des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstag, der die Sozialistengesetze nicht verlängern wollte. Er wollte die Reichsverfassung (einen Vertrag der Fürsten) kündigen und dann ohne Reichstag wieder neu gründen. Der Kaiser sah keine Notwendigkeit für dieses staatsstreichähnliche Vorgehen, er wollte damals ein Volkskaiser sein. Ein anderer Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler waren Weltpolitik und Kolonien, denn für Bismarck war Politik vor allem Europapolitik. Da Bismarck nicht sah, dass seine Zeit abgelaufen war und nicht von sich aus zurücktreten wollte, verlangte der Kaiser schließlich sein Rücktrittsgesuch und entließ ihn am 20. März 1890. Bismarck verkraftete diese Entlassung nie, er zwang die neue Führung zu unpopulären Maßnahmen und machte ihr mit seinen publizistischen Hilfstruppen und gezielten Indiskretionen das Leben schwer. *Der Lotse geht von Bord (Punch)*

Der Kaiser formulierte:

Der Kurs bleibt der alte, und nun Volldampf voraus!



Die Regierungen Wilhelms II.

Reichskanzler General Leo von Caprivi 1890 - 1894

Preußischer Ministerpräsident bis 1892 (danach Botho von Eulenburg bis 1894)

Reichskanzler Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst 1894 - 1900

gleichzeitig preußischer Ministerpräsident

Reichskanzler Bernhard Graf (später Fürst) von Bülow 1900 – 1909

gleichzeitig preußischer Ministerpräsident

Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg 1909 – 1917

gleichzeitig preußischer Ministerpräsident

Reichskanzler Georg Michaelis 1917

gleichzeitig preußischer Ministerpräsident

Reichskanzler Georg Friedrich Graf Hertling 1917 – 1918

gleichzeitig preußischer Ministerpräsident

Reichskanzler Prinz Max von Baden 1918

gleichzeitig preußischer Ministerpräsident

Die wichtigsten politischen Weichenstellungen

Der Rückversicherungsvertrag mit Russland

Das Deutsche Reich war im Zweibund mit Österreich-Ungarn verbündet (1879). Aber Bismarck schloss 1887 mit Russland einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der im Fall eines österreichisch-russischen Krieges die deutsche Bündnispflicht relativierte. Dieser Vertrag stand zur Erneuerung an, als Bismarck gestürzt wurde, und sein Nachfolger von Caprivi wollte ihn aus Anstand nicht verlängern. Das führte in Russland zu einer Annäherung an Frankreich. 1892 besuchte eine französische Flottendelegation Kronstadt, und 1894 kam es zu einem französisch-russischen Bündnis, für Frankreich im Fall eines Krieges mit Deutschland eine wichtige Entlastung durch eine zweite Front.

Der Helgoland-Sansibar-Vertrag

Ein Vertrag vom Juli 1890, mit dem Caprivi einen Ausgleich mit Großbritannien suchte. Deutschland erhielt Helgoland, das bisher im britischen Besitz war. Dafür stimmte es in gewissen kolonialen Positionen für Großbritannien, so etwa beim Erwerb Sansibars (das keine deutsche Kolonie war), und in Ostafrika und Südwestafrika wurden Grenzen abgesprochen. Bismarck ließ über seine publizistischen Kanäle gegen den Vertrag hetzen, aber sowohl der Gewinn Helgolands wie die koloniale Absprache mit Großbritannien waren sinnvoll.

Geheimer Legationsrat von Holstein

Die Außenpolitik wurde in diesen Jahren von einem eher untergeordneten Beamten des Auswärtigen Amtes bestimmt, dem geheimen Legationsrat Friedrich von Holstein, der die Personalpolitik bestimmte und die Richtungsentscheidungen traf. Als 1898 die Engländer und die Franzosen in Faschoda am oberen Nil zusammenstießen, die Engländer nilaufwärts, die Franzosen von der Sahara her, und Großbritannien die Annäherung an Deutschland suchte, lehnte Holstein ab. Stattdessen sollte Großbritannien durch ein Flottenbauprogramm stärker unter Druck gesetzt werden.

Flottenbauprogramm

Der Antreiber für das Flottenbauprogramm war der Admiral Alfred von Tirpitz, und der Kaiser war der Meinung, eine Weltmacht brauche eine Flotte. Holstein hielt das Programm für ein gutes Druckmittel gegen Großbritannien. Tatsächlich hielten die Briten es für eine Bedrohung und fingen an, ihr Verhältnis mit Frankreich zu entkrampfen, bis zur Entente cordiale von 1904. Die militärische Führung bezog die Flotte nie in ihre Pläne ein.

Erste Marokkokrise 1905.

Marokko sollte allen Mächten offenbleiben, aber Frankreich arbeitete daran, es zu seinem Schutzgebiet zu machen. Deshalb reist der Kaiser offiziell nach Tanger und macht dem Sultan einen Höflichkeitsbesuch. Auf der Konferenz von Algeciras 1906 über diese Frage wurde die Isolierung Deutschlands deutlich.

Türkeibesuch und Bagdadbahn

Einen ersten Besuch in der Türkei machte der Kaiser schon 1889, seine große Orientreise 1898 (mit der Kaiserin, Bernhard von Bülow und Georg von Siemens): Besuch bei Abdül Hamid in Istanbul, zu Schiff nach Palästina, Einzug in Jerusalem in Kreuzfahrerrüstung, Weiterfahrt nach Damaskus, Rede: *Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.*

Dafür erhielt Deutschland 1899 die Konzession für den Bau der Bagdadbahn, zunächst bis Konya, später bis Bagdad. Deutschland investierte viel Kapital in den Bau der Bahn, im Hintergrund stand schon damals der Zugang zum irakischen Öl. Für die Engländer war die Bagdadbahn eine Bedrohung ihrer ägyptischen Position.

Daily-Telegraph-Affäre

Das den Deutschen gegenüber unheimlich indiskrete und dümmliche Interview führte in Deutschland zur großen Verärgerung, zum Sturz des „persönlichsten“ Kanzlers Bernhard von Bülow 1909 und zur Kanzlerschaft Theobalds von Bethmann-Hollweg. Der Kaiser wurde gezwungen, auf spontane Reden und Äußerungen zu verzichten, er musste alle Reden und Äußerungen dem Kanzler vorlegen, und damit endete sein „persönliches Regiment“.

Preußen und Deutschland

Wilhelm war König von Preußen und Kaiser von Deutschland, und er fühlte sich als Kaiser, als über den anderen Fürsten stehend und als Deutscher. Preußen, das waren zwei Drittel des Reichsgebiets und der Bevölkerung in einer sehr föderalen Reichsordnung, das war die Führung des Generalstabs, die Hauptstadt und die Verbindung von preußischer Regierung und Reichsregierung. Es gab aber einen großen Unterschied. Das Reich hatte mit dem Reichstag ein echt demokratisches Element; der Reichstag, seine Wahl, seine Debatten und Entscheidungen trugen wesentlich zur Entstehung eines einheitlichen Reichsgefühls bei, auch wenn er keinen direkten Einfluss auf die Reichsregierung hatte. Aber der Reichstag war ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie. Anders in Preußen. Denn in Preußen galt das Dreiklassenwahlrecht für die Wahl zum Abgeordnetenhaus, Zentrum, Sozialdemokratie und Minderheiten wie die Polen hatten keine Chance zu einer parlamentarischen Vertretung, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus waren eine sichere Bastion für konservative Politik. Demokratische Opposition gab es nicht in Preußen, sondern nur bei den preußischen Reichstagsabgeordneten. Es war aber auf die Dauer nicht zu halten, dass Preußen im Reich völlig anders repräsentiert war und mit anderer Stimme sprach als im preußischen Landtag.

Wilhelm II. war König von Preußen, aber er sah das Problem nicht, denn die Kamarilla, die ihn umgab und auf ihn Einfluss hatte, gehörte genau zu dieser preußischen Oberschicht, die durch das Dreiklassenwahlrecht geschützt war und über den Kaiser auch die Reichspolitik bestimmte. Der Reichskanzler von Caprivi spürte diesen Konflikt und gab deshalb das Amt des preußischen Ministerpräsidenten an Botho von Eulenburg ab, einen Vertreter der Hofkamarilla, und er scheiterte daran, dass Preußen fortan gegen ihn arbeitete. Einen neuen Anlauf zur Reform des Dreiklassenwahlrechts unternahm 1910 der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg. Obwohl selber ein Konservativer und aus der preußischen Innenverwaltung aufgestiegen, suchte er ein erträgliches Verhältnis mit den Reichstagsparteien und wurde von Zentrum und SPD mit der Forderung nach einer Demokratisierung in Preußen konfrontiert. Seine sehr gemäßigten Vorstellungen wurden im preußischen Abgeordnetenhaus so abgeschwächt, dass ein Fortschritt nicht mehr zu erkennen war, und dann vom Herrenhaus überhaupt abgelehnt. Der König-Kaiser Wilhelm, der mit einer klaren Stellungnahme die Stimmung vielleicht hätte beeinflussen können, hielt sich zurück, weil er die Notwendigkeit immer noch nicht einsah.

Der Weltkrieg änderte die Verhältnisse, die Gleichheit der Soldaten im Kampf forderte auch ihre Gleichberechtigung. Deshalb kündete der König-Kaiser mit der Osterbotschaft vom 7. April 1917 die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts an:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt wie in diesem Kriege. Das Bewusstsein, dass sich das Vaterland in bitterer Notwehr befand, übte eine wunderbar versöhnende Kraft aus, und trotz aller Opfer an Blut draußen im Feld und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns

ausdauernde Stärke. Jeder empfand: was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut worden war, das war doch der Verteidigung wert. Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor Meiner Seele. Die Erlebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und Ersten Minister meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie, freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Die Grundsätze, die Sie dabei entwickelten, haben, wie Sie wissen, Meine Billigung. Ich bin Mir bewusst, dabei in den Bahnen Meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der Militärorganisation und als Deutscher Kaiser mit der Sozialreform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, dass das deutsche Volk in einmütigem, ingrimmigem Ausharren diese blutige Zeit überstehen wird. ... Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde, noch muss der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitraten und -taten können. Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das, wie ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist, das Nötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche Ich, dass die Vorbereitungen unverweilt abgeschlossen werden. Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Änderung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhaus sind auf Meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Ich beauftrage Sie nunmehr, Mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach Meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt. Ich handle nach den Überlieferungen großer Vorfahren, wenn Ich bei der Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügtten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volk das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Aber Bethmann-Hollweg wurde am 13. Juli 1917 von Ludendorff gestürzt, und sein Nachfolger Georg Michaelis aus dem preußischen Innenministerium war gegen die Wahlrechtsreform und ließ alles liegen, und auch Graf Hertling unternahm nichts. Unter Prinz Max wurde die Reichsverfassung umgebaut und die Reichsregierung parlamentarisiert, aber das Dreiklassenwahlrecht fiel erst mit der Revolution im November 1918.

Die preußische Wahlrechtsreform ist eine der verpassten Gelegenheiten Wilhelms II., wo er sich bei einer klareren eigenen Einstellung zu einem wirklichen Reformier hätte entwickeln können, aber er war zu befangen in seinen Vorstellungen von Gottesgnadentum und Auserwähltheit und zu abhängig von einer durch das Dreiklassenwahlrecht geschützten und korrumpierten preußischen Oberschicht, die sich von den alten preußischen Werten sehr weit entfernt hatte. So schrieb Phi-lipp von Eulenburg 1899 an Bernhard von Bülow: *Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und füsiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen.*

Friedrich Naumann sah 1890 in dem jungen Kaiser eine demokratische Hoffnung, einen „Kaiser im Volksstaat“. Er wandte sich enttäuscht von ihm ab, als er sah, dass der Monarch sich zum Handlanger der konservativ-bürokratischen Herrschicht machen ließ und die Chance eines Volkskaisertums nicht einmal verstand.

Wilhelm II. und das Militär

Wilhelm hatte eine scheinbare militärische Karriere hinter sich und hielt sich für einen Fachmann für alles Militärische. Als Kaiser war er der alleinige Oberkommandierende, der deutsche Generalstab war aus dem preußischen entwickelt worden, und alles Militärische war der Kontrolle durch das Parlament und die Regierung entzogen. Wilhelm hatte kein Gefühl für die ungeheure Verantwortung, die auf ihm lastete, und für die Überforderung durch diese Verantwortung. Soweit er die Pläne des Generalstabs, so den Schlieffenplan, überhaupt in seiner Tragweite übersah, ließ er seine Weiterentwicklung ohne Nachfragen zu, ohne die Risiken und Gefahren anzusprechen.

Neujahrsansprache an das Offizierskorps (1. Januar 1900):

Der erste Tag des neuen Jahrhunderts sieht unsre Armee, d.h. unser Volk in Waffen um seine Feldzeichen geschart vor dem Herrn der Heeresscharen knieen, und wahrlich, wenn irgendwer besonderen Grund hat, sich heute vor Gott zu beugen, so ist es unser Heer. Ein Blick auf unsere Fahnen genügt als Erklärung, denn sie verkörpern unsere Geschichte. Wie fand das vergangene Jahrhundert bei seinem Anbruch unser Heer? Die glorreiche Armee Friedrichs des Großen war auf ihren Lorbeeren eingeschlafen, im kleinlichen Detail des Gamaschendienstes verknöchert, von altersschwachen, kriegsuntüchtigen Generalen geführt, ihr Offizierskorps fördernder Arbeit entwöhnt, in Luxus und Wohleben und törichter Selbstüberschätzung verkommen. Mit einem Wort, die Armee war ihrer Aufgabe nicht nur entwachsen, sie hatte sie vergessen. Schwer war die Strafe des Himmels, die sie ereilte, und die unser Volk traf. In den Staub ward sie geworfen, Friedrichs Ruhm verblich, ihre Feldzeichen waren zerbrochen. In den sieben langen Jahren schwerster Knechtschaft lehrte Gott unser Volk sich auf sich selbst besinnen, und unter dem Druck des Fußes eines übermütigen Eroberers gebar unser Volk aus sich heraus den hehrsten Gedanken, dass es die höchste Ehre sei, im Waffendienste seinem Vaterland Gut und Blut zu weihen: die allgemeine Dienstpflicht. Mein Urgroßvater gab ihr Form und Leben, ein neuer Lorbeer krönte die neu erstandene Armee und ihre jungen Fahnen. Ihre eigentliche Bedeutung jedoch gewann die allgemeine Dienstpflicht erst durch unseren großen, dahingegangenen Kaiser. In stiller Arbeit entwarf er seine Reorganisation, unsere Armee, trotz des Widerstandes, den Unverstand ihm setzte. Die siegreichen Feldzüge krönten jedoch sein Werk in nie geahnter Weise. Sein Geist erfüllte die Reihen seines Heeres ebenso, wie sein Gottvertrauen dasselbe zu unerhörten Siegen hinriss. Mit dieser seiner eigenen Schöpfung führte er die deutschen Stämme wieder zusammen und gab uns die langersehnte deutsche Einheit wieder. Ihm danken wir es, dass kraft dieser Armee das Deutsche Reich achtungsgebietend seine ihm bestimmte Stellung im Rate der Völker wieder einnimmt. An Ihnen ist es nun, Meine Herren, auch im neuen Jahrhundert die alten Eigenschaften zu bewahren und zu betätigen, durch welche unsere Vorfahren die Armee groß gemacht haben: Einfachheit und Anspruchslosigkeit im täglichen Leben, unbedingte Hingabe an den Königlichen Dienst, volles Einsetzen aller Kräfte Leibes und der Seele in rastloser Arbeit an der Ausbildung und Fortentwicklung unserer Truppen. Und wie Mein Großvater für sein Landheer, so werde auch Ich für Meine Marine unbeirrt in gleicher Weise das Werk der Reorganisation fort- und durchführen, damit auch sie gleichberechtigt an der Seite Meiner Streitkräfte zu Lande stehen möge und durch sie das Deutsche Reich auch im Auslande in der Lage sei, den noch nicht erreichten Platz zu erringen. Mit beiden vereint hoffe Ich in der Lage zu sein, mit festem Vertrauen auf Gottes Führung den Spruch Friedrich Wilhelms I. wahr zu machen: "Wenn man in der Welt etwas will decidiren, will es die Feder nicht machen, wenn sie nicht von der force des Schwertes souteniret wird."

Aus der Hunnenrede 1906 bei der Verabschiedung des Chinakorps:

Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen, Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht. Wer euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. Wahrt Manneszucht! Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!



Aus dem Buch
Kiautschou -
Deutschlands
Erwerbung in Ostasien
Alfred Schall Berlin

Wo ein deutscher Mann in treuer
Pflichterfüllung für sein Vaterland
fallend begraben liegt, und wo der
deutsche Aar seine Fänge in ein
Land geschlagen hat, das Land
ist deutsch und wird deutsch
bleiben!

Wilhelm

Imperator
Rex

Wo ein deutscher Mann in treuer
Pflichterfüllung für sein Vaterland
fallend begraben liegt, und wo der
deutsche Aar seine Fänge in ein
Land geschlagen hat, das Land
ist deutsch und wird deutsch
bleiben!

Wilhelm
F.R.

Die Daily-Telegraph-Affäre Oktober 1908

Der Kaiser hatte mit einem englischen Adligen vertrauliche Gespräche geführt, die dieser zu einem Interview zusammengefasst und dem Daily Telegraph angeboten hatte. Das Interview wurde zur Abnahme nach Berlin geschickt und von Reichskanzler Bülow freigegeben.

... Wie gesagt, S. M. beehrte mich mit einer langen Unterhaltung und sprach mit impulsivem und ungewöhnlichem Freimut. "Ihr Engländer", sagte er, "seid toll, toll, toll wie Märzhasen. Was ist eigentlich über euch gekommen, dass ihr euch einem Argwohn überlassen habt, der einer großen Nation nicht würdig ist? Was kann ich mehr tun, als ich schon getan habe? Ich habe mit allem Nachdruck in meiner Guildhall-Rede erklärt, dass mein Herz auf den Frieden gerichtet ist und dass es einer meiner heißesten Wünsche ist, in bestem Einvernehmen mit England zu leben. Habe ich je mein Wort gebrochen? Falschheit und Ränke sind meinem Wesen fremd. Meine Taten sollten für sich sprechen, aber Ihr hört nicht auf sie, sondern auf die, die sie missverstehen und verdrehen. Das ist eine persönliche Kränkung, die ich als solche empfinde und die mir nachgeht. Immer falsch beurteilt zu sein, zu sehen, wie meine wiederholten Freundschaftsangebote mit misstrauensvollen Augen nachgeprüft werden, stellt meine Geduld auf eine harte Probe. Ich habe immer wieder gesagt, dass ich ein Freund Englands bin, und Eure Presse, oder wenigstens ein beträchtlicher Teil von ihr, fordert das englische Volk auf, meine dargebotene Hand zurückzustoßen, und redet ihm ein, dass die andere einen Dolch halte. Wie kann ich ein Volk gegen seinen Willen überzeugen? Ich wiederhole, fuhr S. M. fort, dass ich ein Freund Englands bin, aber Ihr erschwert mir die Dinge. Meine Aufgabe ist keine von den leichtesten. Das überwiegende Gefühl in großen Teilen der mittleren und unteren Klassen meines eigenen Volkes ist England nicht freundlich. Ich befinde mich sozusagen in einer Minderheit in meinem eignen Land, aber es ist eine Minderheit der besten Kreise, gerade so wie in England gegenüber Deutschland. Und das ist ein weiterer Grund, dass mich Eure Weigerung kränkt, mein gegebenes Wort anzunehmen, dass ich ein Freund Englands bin. Ich strebe unablässig danach, die Beziehungen zu bessern, und Ihr antwortet, ich sei Euer Erzfeind. Ihr macht mir das wirklich schwer. Warum? ... Aber die Tatsachen sind so, wie ich sie festgestellt habe. In Deutschlands neuerlichem Vorgehen in Marokko ist nichts gewesen, was gegen die ausgesprochene Erklärung meiner Friedensliebe verstieße, wie ich sie ... in meiner letzten Rede in Straßburg gegeben habe. S. M. kam dann auf den Gegenstand zurück, der ihn am meisten beschäftigte, die Beweise seiner Freundschaft für England. Ich habe auf meine Reden verwiesen, sagte er, in welchen ich alles getan habe, was ein Fürst tun kann, um seinen guten Willen zu bekunden, aber da Handlungen lauter sprechen als Worte, so lassen Sie mich auf meine Taten hinweisen. Es wird gemeinhin in England geglaubt, dass Deutschland während des Südafrikanischen Krieges England feindlich gesinnt war. Deutschlands öffentliche Meinung war zweifellos feindlich, bitter feindlich. Die Presse war feindlich, die private Meinung war feindlich, aber Deutschland? wie ist es mit dem offiziellen Deutschland? Lassen Sie meine Kritiker sich fragen, was den plötzlichen Stillstand und vollständigen Zusammenbruch der Burendelegation in Europa brachte, welche kam, um eine Intervention Europas zu erreichen? Sie wurde in Holland gefeiert, Frankreich bereitete ihr ein begeistertes Willkommen. Sie wollte nach Berlin kommen, wo das deutsche Volk sie mit Blumen überschüttet haben würde. Sie bat mich, sie zu empfangen. Ich lehnte es ab. Die Agitation starb mit einemmale ab, die Gesandtschaft kehrte mit leeren Händen zurück. War dieses, frage ich, die Handlung eines heimlichen Feindes?

Und weiter: Als der Burenkrieg auf seiner Höhe war, wurde die deutsche Regierung von Russland und Frankreich eingeladen, sich mit ihnen zu verbinden und England aufzufordern, dem Krieg ein Ende zu machen. ... Was war meine Antwort? Ich sagte, dass Deutschland, weit entfernt, sich einem europäischen Vorgehen anzuschließen, um auf England einen Druck auszuüben und es zu erniedrigen, stets eine Politik vermeiden müsse, die es in Verwicklungen mit einer Seemacht wie England bringen könne ... Aber ich tat mehr. Ich ließ mir von einem meiner Offiziere einen möglichst genauen Bericht über die Zahl der Kämpfer auf beiden Seiten in Südafrika und über die gegenwärtige Stellung der einander gegenüber liegenden Streitkräfte geben. Mit den Zeichnungen vor mir, arbeitete ich den mir unter diesen Umständen am besten scheinenden Feldzugsplan aus ...

Ein Psychogramm Kaiser Wilhelms II.

(Christopher Clark: The sleepwalkers. How Europe Went to War 1914. Penguin books 2012)
Von den drei kaiserlichen Vettern war und bleibt Wilhelm II. der umstrittenste. Wie groß seine Macht innerhalb der deutschen Regierung war, wird noch heiß diskutiert. Als der Kaiser ins Amt kam, hatte er zweifellos die Absicht, der Lenker der deutschen Außenpolitik zu sein. ‚Das Auswärtige Amt? Warum, ich bin das Auswärtige Amt?‘ rief er einmal aus. ‚Ich bin allein der Herr der deutschen Politik‘ bemerkte er in einem Brief an den Prince of Wales, den späteren Eduard VII., ‚und mein Land muss mir folgen, wohin ich auch gehe‘. Wilhelm nahm persönlich Anteil an der Ernennung der Botschafter und setzte gelegentlich seine Günstlinge gegen das Auswärtige Amt durch. Mehr als seine kaiserlichen Vettern betrachtete er die Treffen und die Korrespondenz der regierenden Familien, die ein Teil des regelmäßigen Kontakts zwischen den Monarchien waren, als ein einzigartiges diplomatisches Hilfsmittel zum Nutzen seines Landes. Wie Nikolaus II. umging Wilhelm oft, vor allem in den Anfängen seiner Regierung, die verantwortlichen Minister und beriet sich mit Günstlingen, unterstützte Parteibildungen, um die Einheit der Regierung zu unterlaufen, und gab Erklärungen ab, die nicht mit den zuständigen Ministern abgesprochen waren oder der offiziellen Politik widersprachen... Wenn Wilhelm eine klare und kohärente politische Vision gehabt hätte, könnten wir einfach die Ziele an den Ergebnissen messen, aber seine Ziele waren immer zweideutig, und sein Interesse richtete sich immer wieder auf anderes. Ende der 1890er war der Kaiser begeistert von der Idee, in Brasilien ein ‚Neudeutschland‘ zu errichten und wollte die deutsche Auswanderung dorthin ermuntern und vergrößern – unnötig zu sagen, dass daraus nichts wurde. 1899 informierte er Cecil Rhodes, dass er Mesopotamien zu einer deutschen Kolonie machen wollte. 1900 nach dem Boxeraufstand in China schlug er die Entsendung einer Armee und die Aufteilung Chinas vor, und 1903 ließ er die Admiralität Invasionspläne für Kuba und für New York aufstellen, für die der Generalstab nie die notwendigen Truppen bereitgestellt hätte.

Der Kaiser griff Ideen auf, begeisterte sich für sie, dann langweilten sie ihn oder er war entmutigt und ließ sie wieder fallen. Eine Woche war er mit dem russischen Zaren beleidigt, doch in der folgenden Woche wieder ein Herz und eine Seele. Es gab endlose Bündnisprojekte, mit Russland und Frankreich gegen Japan und Großbritannien; mit Russland, Frankreich und Großbritannien gegen die USA; mit China und Amerika gegen Japan und die Triple Entente, usw. Im Herbst 1896, als die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland wegen Transvaal abgekühlt waren, schlug der Kaiser ein Kontinentalbündnis mit Frankreich und Russland zur Verteidigung der Kolonialinteressen vor. Praktisch gleichzeitig spielte er mit dem Gedanken eines kolonialen Ausgleichs mit Großbritannien, um alle Reibungsflächen aus dem Weg zu räumen. Im Frühjahr 1897 hatte Wilhelm diesen Gedanken fallen lassen und war für ein Bündnis mit Frankreich ...

Und wenn immer ein wirklicher Konflikt drohte, zog Wilhelm die Hörner ein und fand Gründe, warum Deutschland jetzt keinen Krieg brauchen konnte. Als die Spannungen mit Frankreich Ende 1905 einen Höhepunkt erreichten, bekam Wilhelm Angst und teilte dem Reichskanzler Bülow mit, dass die sozialistische Agitation im Land einen militärischen Angriff unmöglich mache; im folgenden Jahr warnte er, aufgescheucht durch die Meldung, dass Edward VII. dem gestürzten französischen Außenminister Delcassé einen vorher nicht geplanten Besuch abgestattet hatte, den Kanzler, dass die deutsche Artillerie und Marine für einen Krieg nicht bereit seien. Wilhelm konnte in Reden aggressiv sein, aber wenn Gefahr drohte, drehte er eher um und suchte Deckung. Ebenso handelte er in der Julikrise 1914. ‚Es ist ein seltsames Schauspiel‘, bemerkte der französische Botschafter Jules Cambon in einem Brief im Mai an das französische Außenministerium, ‚zu sehen, wie dieser Mann, so spontan, unkontrolliert und impulsiv in Worten, in seinen Handlungen vorsichtig und geduldig ist‘

Ob sie aggressiv in den politischen Prozess eingriffen oder nicht, die kontinentalen Monarchen blieben auf Grund ihrer Stellung ein wichtiger Faktor in den internationalen Beziehungen. Die Präsenz von Souveränen in nur teilweise demokratischen Systemen, die im Prinzip an der Spitze der Exekutive standen und Zugriff auf alle offiziellen Papieren und Personen und die letzte Verantwortung für alle exekutiven Entscheidungen hatten, das erzeugte Widersprüche. .. Ihr Dasein bedeutete eine ständige Unsicherheit darüber, wo der politische Entscheidungsprozess wirklich sein Zentrum hatte. ... (Clark, S. 180-184)

Bündnisse, Pläne und der Kriegsausbruch 1914

Es gab bei allen Mächten Befürworter und Gegner eines Krieges, „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Die führenden Militärs wussten nicht wirklich, wie der Krieg aussehen würde. Sie waren auf allen Seiten von der Offensive und von einer frühen Entscheidungsschlacht überzeugt.

Die Entente: Frankreich – Russland - Großbritannien

Frankreich und Russland waren seit 1894 verbündet und hatten die militärische Zusammenarbeit intensiviert. Für Frankreich war die schnelle Kriegsbereitschaft Russlands lebenswichtig, und Frankreich investierte nach 1905 viel in die russische Eisenbahn (Verdoppelung der Gleise nach Westen) und in die Rüstung. Frankreich und Russland verbesserten nach 1910 Ausbildung und Ausrüstung ihrer Truppen. Großbritannien hatte 1904 die Entente cordiale mit Frankreich geschlossen und 1907 den kolonialen Ausgleich mit Russland gemacht. Strategisch war abgesprochen, dass bei Kriegsausbruch britische Truppen die französischen in Nordwestfrankreich entlasten.

Der Plan des französischen Oberbefehlshabers Joffre sah vor, die deutschen Reihen bei Luxemburg (nördlich des stark befestigten Elsass-Lothringen) mit einer starken Truppenkonzentration zu durchbrechen und dem Main entlang nach Deutschland einzudringen.

Die Mittelmächte: Deutsches Reich – Österreich-Ungarn (und Italien)

Der österreichische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf war für einen präventiven Angriff gegen Serbien und Russland, weil er nur so die Stellung Österreichs auf dem Balkan glaubte sichern zu können. Auch die Deutschen hatten seit 1910 ihre Ausbildung und Ausrüstung verbessert (und z. B. 1913 die einheitliche feldgraue Uniform eingeführt). Der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke war Anhänger eines Präventivkrieges, weil seiner Ansicht nach die französische wie die russische Armee jedes Jahr besser und gefährlicher wurden, die deutsche Lage also immer schlechter würde.

Der deutsche Schlieffenplan (nach dem Generalstabschef von 1905 Alfred von Schlieffen benannt) rechnete mit der langsamen russischen Mobilmachung und wollte in den ersten vierzig Tagen Frankreich in einer großen Umfangsschlacht besiegen und sich erst danach gegen die Russen wenden. Schlieffens Plan sah vor, das neutrale Belgien zu überrennen und mit durch Reserven verstärkten Truppen die französischen Armeen in Nordfrankreich einzukesseln und zur Kapitulation zu zwingen.

Der Plan rechnete mit der russischen Langsamkeit, aber tatsächlich griffen die Russen schon im August mit zwei Armeen Ostpreußen an und bedrohten damit Berlin. Der andere Denkfehler war, dass bei einem Konflikt zwischen Österreich und Russland die Deutschen zur Hilfe verpflichtet waren, aber wegen ihrer Planungen zuerst gegen Frankreich kämpfen mussten. Das selbe Problem hatte Russland, das von den Franzosen gedrängt worden war, erst gegen Deutschland vorzugehen.

Der Kriegsausbruch 1914

Am 28. Juni (dem für serbische Nationalisten wichtigen St. Veitstag, dem Jahrestag der Schlacht im Kosovo gegen die Türken 1389) wurde der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Frau Sophie von serbischen Extremisten erschossen, die Beziehungen zu einer serbischen Terrororganisation hatten, der „Schwarzen Hand“, und ihre Waffen von Serbien bezogen hatten. Österreich untersuchte den Fall und forderte am 23. Juli ultimativ, die Angelegenheit mit eigenen Polizeikräften in Serbien zu verfolgen. Es ist strittig, ob das Ultimatum als Provokation gemeint war. Serbien fragte in Russland nach, wo vom 20. bis 23. Juli der französische Präsident Poincaré mit Ministerpräsident Viviani zu Gast gewesen war. Am 25. Juli beschloss der russische Kronrat, Serbien zu unterstützen. Deutschland schlug eine Botschafterkonferenz und direkte Verhandlungen zwischen Österreich und Russland vor, aber am 28. Juli erklärte Österreich Serbien den Krieg. Am 30. Juli erfolgte die Generalmobilmachung in Österreich und Russland, und Deutschland verkündete den ‚Zustand drohender Kriegsgefahr‘. Am 1. August machte Deutschland mobil und erklärte Russland den Krieg. Weil Frankreich sich nicht bindend für neutral erklären wollte, musste Deutschland Frankreich am 3. August den Krieg erklären und den Schlieffenplan auslösen. Es fehlte von irgend einer Seite der Wille zum Krisenmanagement, zum Aufhalten der vielen Automatismen.

Die Reihenfolge der Ereignisse und Kriegserklärungen 1914:

Juni 28. Ermordung Franz Ferdinands in Sarajewo durch serbische Nationalisten

Juli 20. Poincaré und Viviani in St. Petersburg

Juli 23. Österreichisches Ultimatum an Serbien

Juli 25. Serbische und österreichische Teilmobilmachung

Juli 25. Russland beschließt Hilfe für Serbien

Juli 28. Österreichische Kriegserklärung an Serbien

Juli 29. Russische Teilmobilmachung

Juli 30. Russische Generalmobilmachung

Juli 31. Österreichische Generalmobilmachung

Deutsches Ultimatum an Russland und Frankreich

August 1. Deutsche Generalmobilmachung

Kriegserklärung Deutschland – Russland

August 3. Kriegserklärung Deutschland – Frankreich

August 4. Kriegserklärung Englands an Deutschland wegen belgischer Neutralität

August 6. Kriegserklärung Serbien – Deutschland und Österreich – Russland

August 11. Kriegserklärung Frankreich – Österreich

August 12. Kriegserklärung England - Österreich

Thronrede Wilhelms vom 4. August vor dem Reichstag:

In schicksalsschwerer Stunde habe ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um mich versammelt. Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Wege des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegsgerisene Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drange und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen.

Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Josef, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reichs gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das Russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bundespflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen.

Mit schwerem Herzen habe ich meine Armee gegen einen Nachbarn mobilisieren müssen, mit dem sie auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten hat. Mit aufrichtigem Leid sah ich eine von Deutschland treu bewahrte Freundschaft zerbrechen. Die Kaiserlich Russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlasste. Dass auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen. Zu oft sind unsere Bemühungen, mit der Französischen Republik zu freundlichen Beziehungen zu gelangen, auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen ... Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches. Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den uns Gott gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter ...

Ich kenne keine Partei mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.

Der Kaiser im Krieg und die Revolution

Mit Kriegsbeginn war der Kaiser wie abgetaucht, er trat kaum noch in Erscheinung, traf allerdings immer noch wichtige Personalentscheidungen, so Falkenhayn für die zweite und Hindenburg und Ludendorff für die dritte OHL. Mit der dritten OHL verlor er weiter an Bedeutung, Hindenburg wurde zum Ersatzkaiser.

Als Wilhelm im Oktober 1918 nach langem Zögern den Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler ernannte (er wollte sich nicht von einem jüngeren Reichsfürsten lenken und führen lassen) und dessen schwierigste Aufgabe der Waffenstillstand und die Beendigung des Kriegs war, da ahnte er wohl, dass es in den kommenden Wochen auch um sein Amt gehen würde. Prinz Max nahm zügig die Demokratisierung der Reichsverfassung vor und machte dem Kaiser klar, dass die Monarchie nur zu retten sein würde, wenn er als gescheiterter Kriegsherr zurücktrat. Wilhelm scheute den Schritt, aber auch die Auseinandersetzung darüber. Er verschwand aus Berlin und fuhr mit dem Zug nach Spa, ins Große Hauptquartier, und dort ließ er sich bei allen drängenden Anrufen von Prinz Max verleugnen.

In Spa hatte der Kaiser die romantische Idee, an der Spitze einer Truppe in den Kampf zu ziehen und fechtend zu fallen, und da kam es zu der gespenstischen Szene, dass von den anwesenden Offizieren, die im Casino versammelt waren, keiner die Ehre zu schätzen wusste, zusammen mit dem Kaiser in den Tod zu gehen, weder an die Front noch gegen die Revolution. Der Kaiser und die Monarchie hatten abgewirtschaftet. Trotzdem blieb Wilhelm in Spa, weil er dort den wichtigen Entscheidungen ausweichen konnte.

Prinz Max versuchte in Berlin vergeblich, Kontakt zum Kaiser herzustellen und ihn von der Notwendigkeit des Rücktritts zu überzeugen. Friedrich Ebert, der Führer der Mehrheitssozialdemokraten, wollte an der Monarchie mit einem Kaiserenkel und einer Vormundschaft festhalten und bremste seine Parteifreunde, aber der Kaiser hielt Prinz Max hin. Schließlich war er bereit, als deutscher Kaiser zurückzutreten, aber nicht als König von Preußen, denn das war er in göttlichem Auftrag, und da konnte er nicht zurücktreten. Nachdem Karl Liebknecht, der Führer des Spartakus, am Morgen des 9. November von einem Balkon des Schlosses die Republik ausgerufen hatte, verkündete Prinz Max gegen Mittag von sich aus und ohne Zusage den Rücktritt Wilhelms als Kaiser und König. Aber es war zu spät; der Druck war zu stark, und der Mehrheitssozialdemokrat Philipp Scheidemann rief am Nachmittag auch die Republik aus. Prinz Max sah damit seine Aufgabe als Reichskanzler als erledigt an und rief Friedrich Ebert als Führer der Mehrheitssozialdemokraten ins Kanzleramt und übergab ihm die Geschäfte und das Telefon mit der direkten Verbindung nach Spa. Nach dem Sturz der preußischen Monarchie folgten die anderen deutschen Dynastien.

Am Abend des 9. November fühlte sich der Kaiser auch in Spa nicht mehr sicher und verkroch sich in seinen Hofzug, und am Morgen des 10. November fuhr er mit dem Zug nach Holland und fand bei einem Freund in Amerongen Aufnahme. Dort gab er am 28. November seine Abdankung bekannt:

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde Ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, dass sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

Die Niederlande ließen Wilhelm im Exil in dem kleinen von Wilhelm gekauften Schloss Doorn bei Utrecht. Er schrieb dort seine verlogenen Memoiren „Ereignisse und Gestalten“, die die Schuld nur bei anderen sahen, er hielt sich sonst zurück, äußerte 1938 seine Abscheu über das Judenprogramm und schickte Hitler nach dem Sieg über Frankreich ein Glückwunschtelegramm.

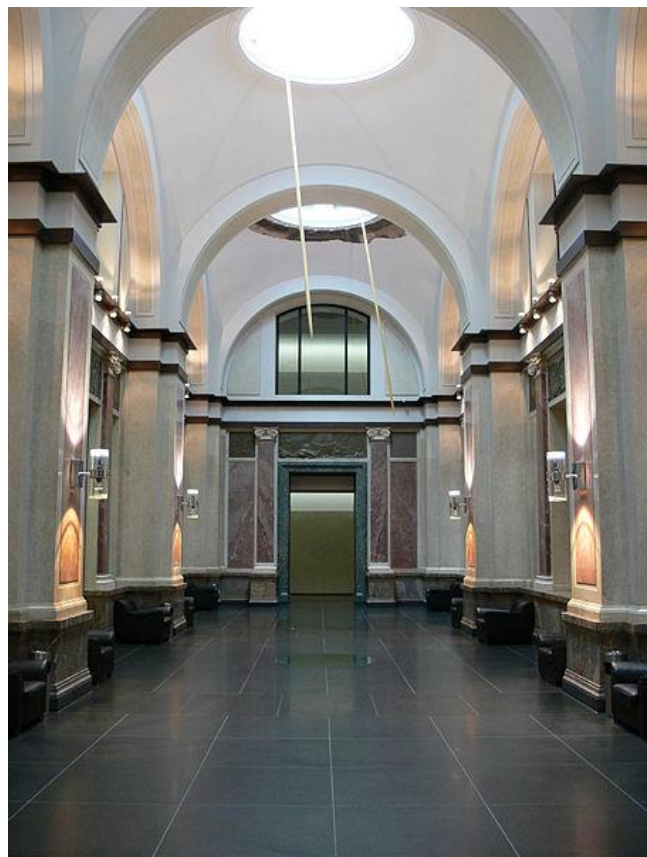
Er starb am 4. Juni 1941 und wurde auf Hitlers Anweisung in Doorn beerdigt.

Das wilhelminische Berlin

Wilhelm II. war an der baulichen Entwicklung Berlins nicht besonders interessiert, aber dennoch veränderte sich Berlin in seiner Regierungszeit fundamental. Als große Industriestadt zog es die Zuwanderer magisch an, die Bevölkerung stieg von 1,5 Millionen 1890 auf über 2 Millionen 1913. Die Industrie schuf nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Wohnraum (die bekannten Bauten mit mehreren Hinterhöfen und immer einfacheren Wohnungen) und neue Stadtviertel wie die 1913 fertiggestellte Siemensstadt. Baugenossenschaften und Gartenstädte wie Staaken oder Falkenberg entstanden. Infrastrukturmaßnahmen wie Wasserversorgung, Kanalisation und Elektrifizierung waren notwendig. Seit 1883 wurde zuerst entlang der alten Festungswälle die Stadtbahn gebaut, und 1896 wurde mit dem Bau der U-Bahn begonnen. In Johannisthal wurde 1909 der erste Motorflughafen in Deutschland errichtet, und im Tempelhofer Feld wurde Fußball gespielt. Eine wichtige Entscheidung für die großflächige Planung war 1911 die Schaffung des Zweckverbands Groß-Berlin, die Vorwagnahme von Großberlin 1920.

1894 wurde der neue Reichstag bezogen, 1896 wurde der Neubau für den preußischen Landtag fertig, heute das Abgeordnetenhaus von Berlin, und 1904 wurde das preußische Herrenhaus eröffnet. Heute ist es nach Wiederaufbau und Renovierung der Sitz des Bundesrats, der Ländervertretung der Bundesrepublik.

Stärkeren Anteil nahm Wilhelm II. am Neubau des Berliner Doms. Die Vorgängerkirche von Schinkel war für die repräsentativen Zwecke zu klein, und schon Friedrich Wilhelm IV. hatte Pläne für einen Neubau ausarbeiten lassen. Wilhelm II. veranlasste die Wiederaufnahme solcher Pläne, und 1894 wurde der Grundstein für einen Neubau gelegt, der auch eine hohenzollerische Grablege aufnehmen sollte. Der Bau wurde vom Dombaumeister Julius Raschdorff ausgeführt, aber der Kaiser griff oft in die Gestaltung ein und verzögerte so die Fertigstellung bis 1905. Für die Ausmalung wurde sein Lieblingsmaler Anton von Werner gewonnen. Der Bau, eine Mischung aus byzantinischen Elementen, der Hochrenaissance und dem Barock, wurde im Zweiten Weltkrieg sehr zerstört, danach notdürftig geflickt und erst nach 1990 grundlegend erneuert. Er dient heute auch als Gotteshaus für Staatsakte.



Wandelhalle im Herrenhaus

Ein sehr wichtiger Bau war das Kaiser-Friedrich-Museum an der Spitze der Spree-Insel, das die Museumsinsel abschloss. Es war von Kaiser Friedrich III. schon als Kronprinz geplant worden, aber verwirklicht wurde es erst um 1900 und 1904 am Geburtstag des alten Kaisers eingeweiht. Der eigentliche Gründer Wilhelm von Bode, dessen Namen das Museum seit DDR-Zeiten trägt, wollte hier ein repräsentatives Gebäude für eine preußische Gemälde- und Skulpturensammlung errichten und suchte auch in ganz Europa nach hochwertigen Kunstwerken, die dort Platz finden sollten. Das erste Pergamonmuseum zur Aufnahme des in der Türkei ausgegrabenen Pergamonaltars wurde 1901 eröffnet, aber schon 1910 wurde ein monumentaler Neubau begonnen, der allerdings erst 1930 fertig wurde und für den Pergamonaltar und andere Ausgrabungen wie das Ischtartor aus Babylon Platz bot. Wilhelm II. war selber kein Kulturmensch, aber durch seine Beziehungen zum türkischen Sultan konnte er hochwertige Ausgrabungen für Berlin sichern.

Preußen in der Weimarer Republik Otto Braun, der „rote Zar von Preußen“

Themen

Preußen in der Revolution

Vorläufige Grundordnung

Aufteilungspläne und preußische Frage in der Nationalversammlung

Föderalismus in der Nationalversammlung

Verfassungsgebende Versammlung und preußische Verfassung

Preußen und das Reich

Belastung Preußens durch den Friedensvertrag. Kampf gegen den Separatismus.

Otto Braun als preußischer Ministerpräsident

Demokratisierung der preußischen Verwaltung

Innenminister Carl Severing

Weimarer Koalition in Preußen und Rechtskoalitionen im Reich

Die Wahlen von 1928

Otto Brauns Pläne zur Integration von Preußen und dem Reich

Das Ende der Großen Koalition im Reich

Otto Braun und Reichskanzler Brüning

Die Wahlen von 1932 und der Preußenschlag Papens

Die Wahlen von 1933. Hermann Göring wird preußischer Ministerpräsident.

Gleichschaltung Preussens.

Besatzung, Aufteilung Preußens und Auflösung 1947

Preussische Landtagswahlergebnisse

Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung am 26. Januar 1919

(Wahl zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 in Klammern): USPD 7,4 (7,6)

MSPD 36,4 (37,9) DDP 16,2 (18,4) Zentrum 20,6 (19,7) DVP 5,7 (4,4) DNVP 11,2 (10,3)

Wahlen zum preussischen Landtag 20. Februar 1921

KPD 7,4 USPD 6,6 SPD 26,3 DDP 6,2 Zentrum 17,2 DVP 14,2 DNVP 17,9

Wahlen zum preussischen Landtag 19. November 1922

KPD 7,4 USPD 6,4 SPD 25,9 DDP 6,1 Zentrum 17,9 DVP 14,0 DNVP 17,7

Wahlen zum preussischen Landtag 7. Dezember 1924

(Wahlen zum Reichstag am gleichen Tag in Klammern): KPD 9,6 (9,0) SPD 24,9 (20,5)

DDP 5,9 (5,3) Zentrum 17,6 (17,4) DVP 9,8 (9,2) DNVP 23,7 (19,5) NSdAP 2,5 (3,0)

Wahlen zum preussischen Landtag 20. Mai 1928

(Wahlen zum Reichstag am gleichen Tag in Klammern): KPD 11,9 (10,6) SPD 29 (29,8)

DDP 4,4 (4,9) Zentrum 15,2 (15,2) DVP 8,5 (8,7) DNVP 17,4 (14,2) NSdAP 1,8 (2,6)

Wahlen zum preussischen Landtag 24. April 1932

KPD 12,8 SPD 21,7 DDP 1,5 Zentrum 15,3 DVP 1,5 DNVP 6,9 NSdAP 36,3

Wahlen zum preussischen Landtag am 5. März 1933

(Wahlen zum Reichstag am gleichen Tag in Klammern): KPD 13,2 (12,3) SPD 16,6 (18,3)

DDP 0,7 (0,9) Zentrum 145,8 (14) DVP 1,0 (1,1) DNVP 8,3 (8,0) NSdAP 43,2 (43,9)

Preußen nach der Novemberrevolution

Prinz Max von Baden war Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident und übergab am 9. November beide Ämter an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD, die zusammen mit der abgespaltenen USPD eine Notregierung bildete, den „Rat der Volksbeauftragten“. Eigentlich war die SPD für einen deutschen Einheitsstaat, aber das war gegen die süddeutschen Traditionen nicht durchzusetzen, denn dort fürchtete man, dass der Einheitsstaat zur „Verpreußung“ führen würde. Deshalb sollten die Einzelstaaten erhalten bleiben. Aber der Einfluss Preußens auf die Reichspolitik sollte reduziert oder gebrochen werden. Der Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß (1860 – 1925), der wertvolle Vorarbeit zur Weimarer Reichsverfassung leistete, schlug deshalb sogar die Aufteilung Preußens in drei oder vier kleinere Staaten vor, um zu einem ausgeglicheneren Föderalismus zu kommen.

Am 10. November wurde der Rat der Volksbeauftragten als neue deutsche Regierung gebildet, mit je drei Volksbeauftragten der SPD und der USPD. Aber eine deutsche Reichsregierung hatte keinen eigenen Verwaltungsapparat, sondern war auf die Länderregierungen angewiesen, und so wurde schon am 14. November eine preußische Landesregierung gebildet, die mit je einem Beauftragten der SPD und der USPD für die klassischen Ministerien besetzt war, darunter mit dem Ostpreußen Otto Braun für die Landwirtschaft, der damit für die Ernährung zuständig war. Im November und Dezember 1918 tobte in Berlin der Kampf um die zukünftige Staatsform. Der „Spartakus-bund“ unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kämpfte für eine Räterepublik, das Militär bildete mit rechter Unterstützung Freikorps zur „Befreiung“ Berlins, und Ebert versuchte, im Bündnis mit Hindenburg und Groener, dem Nachfolger Ludendorffs, Deutschland zusammenzuhalten, den verlorenen Krieg zu liquidieren und die harten Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen. Die USPD wurde zwischen Regierungsverantwortung und Spartakusbund zerrissen und zog am 29. Dezember ihre Vertreter aus der Regierung zurück, am 4. Januar 1919 auch aus der preußischen Regierung. Friedrich Ebert ernannte Gustav Noske zum Verantwortlichen für das Militär, und der schlug im Januar mit Hilfe der Freikorps einen Spartakusaufstand nieder (Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg). Ebert hielt die möglichst schnelle Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung für den einzig gangbaren Weg. Die Wahl fand am 19. Januar statt, für Preußen eine Woche später. Die SPD hatte mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei eine deutliche Mehrheit für eine bürgerliche demokratische Verfassung. Die „Weimarer Verfassung“ (die Nationalversammlung tagte in Weimar, um dem möglichen Druck demonstrierender Massen in Berlin auszuweichen) trat am 11. August 1919 in Kraft. Parallel zur Verfassungsdiskussion musste die Nationalversammlung den Friedensvertrag annehmen oder ablehnen, den die Siegermächte in Paris untereinander ausgehandelt hatten und am 16. Juni der deutschen Regierung als Ultimatum vorlegten. Am 23. Juni stimmte die Nationalversammlung mit 257 gegen 138 Stimmen für die Annahme des Versailler Vertrags, weil Ebert zu Recht einen französischen Einmarsch und die Aufspaltung Deutschlands entlang der Mainlinie fürchtete.

Friedrich Ebert wurde von der Nationalversammlung zum ersten Reichspräsidenten gewählt, aber der Präsident sollte im Prinzip durch eine Volkswahl bestimmt werden. Die Weimarer Verfassung blieb föderativ, doch Preußen sollte seine beherrschende Stellung verlieren. Es gab keine Parallelität mehr von Reichsämtern und Preußen, und der preußische Einfluss in der Länderkammer, dem „Reichsrat“, wurde auf zwei Arten beschränkt: Preußen hatte im Reichsrat nur zwei Fünftel der Stimmen (*kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein*), und *Die Länder werden im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten. Jedoch wird die Hälfte der preußischen Stimmen nach Maßgabe eines Landesgesetzes von den preußischen Provinzialverwaltungen bestellt* (Art. 63).

Im Kaiserreich hatte es kein Reichsheer und keinen Reichskriegsminister gegeben. Der preußische Kriegsminister war damit der höchste politische Verantwortliche, der Kaiser war als König von Preußen oberster Kriegsherr, und er bestimmte den preußischen Generalstab und später die Oberste Heeresleitung. Jetzt war die Wehrverfassung Reichsangelegenheit, und der Reichspräsident hatte den Oberbefehl. Außerdem hatten im Kaiserreich die Länder die Steuerhoheit und finanzierten das Reich durch „Matrikelbeiträge“. Jetzt hatte das Reich die Steuer- und Finanzhoheit und musste nur *auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht nehmen* (Art. 8).

Der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger setzte zwischen September 1919 und März 1920 als Reichsfinanzminister diese gigantische Reform in 16 großen Einzelgesetzen um. Die Bedingungen für eine preußische Verfassung und Regierung hatten sich also wesentlich geändert. Die am 26. Januar 1919 gewählte Verfassungsgebende Versammlung beschloss im März 1919 ein *Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen* als eine Art Übergangsverfassung, hielt sich aber in der Verfassungsdiskussion zurück, bis die Reichsverfassung beschlossen und grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Preußen und dem Reich geklärt waren.

Erklärung der verfassungsgebenden Versammlung (17. Dezember 1919)

Dennoch hat die verfassungsgebende preußische Landesversammlung am 17. Dezember 1919 einen Antrag der Regierungsparteien, der Sozialdemokratie, der Deutschen Demokratischen Partei und der Zentrumsparlei, mit 210 gegen 32 Stimmen angenommen, in dem es heißt:

„Durch die Reichsverfassung sind die Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat derart geschaffen worden, dass seine Errichtung nur eine Frage der Zeit, der langsameren oder schnelleren Entwicklung ist. Die ungeheuerliche Not, in der sich das deutsche Volk befindet, die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches wie der Länder und Gemeinden die ständig wachsenden Schwierigkeiten und Hemmnisse, die das Nebeneinander von Reichsregierung und zahlreichen Landesregierungen zur Folge hat, lassen den Versuch geboten erscheinen, die Zusammenfassung aller Volkskräfte in einen Einheitsstaat so bald als möglich herbeizuführen.“ Dann heißt es weiter: „Wiederholt hat Preußen durch seine Staatsregierung und Volksvertretung zum Ausdruck gebracht, dass es bereit sei, im deutschen Einheitsstaate aufzugehen, wenn dieselbe Bereitwilligkeit auch bei den anderen Ländern besteht. Preußen ist im Begriff, sich eine Verfassung zu geben. Als das größte der deutschen Länder erblickt Preußen seine Pflicht darin, zunächst den Versuch zu machen, ob sich nicht bereits jetzt die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates erreichen lässt. Aus diesen Erwägungen heraus ersucht die Landesversammlung die Staatsregierung, sofort, noch vor der Einbringung der endgültigen Verfassung, die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen einzutreten“.

(Georg Kotowski, in: Preußen – Epochen und Probleme seiner Geschichte, S. 150)

Ob dieser Antrag ganz ernst oder mehr deklamatorisch gemeint war, ist bis heute umstritten. Er erledigte sich, weil Bayern jede Verhandlung darüber ablehnte. Preußen war aber nicht nur durch die neue Verfassungsordnung geschädigt, sondern auch durch den Friedensvertrag. Denn die Landabtretungen trafen ausschließlich Preußen. Elsass-Lothringen war als Reichsland von Preußen aus verwaltet worden, das Saarland, Eupen und Malmédy und Nordschleswig waren preußisches Staatsgebiet, und das neue Polen war mit Westpreußen, Posen und dem oberschlesischen Industriegebiet um Kattowitz Preußen „aus dem Fleisch geschnitten worden“. Danzig war internationalisiert und Ostpreußen vom Staatsgebiet abgeschnitten. Zu den Lasten und Problemen mit dem verlorenen Krieg und der Nachkriegsordnung, die alle Deutschen betrafen, kamen für den preußischen Staat diese Verluste, Flüchtlinge aus den jetzt polnischen Gebieten, wirtschaftliche Einschränkungen durch den Verlust der Kohle von der Saar und aus Oberschlesien und Ernährungsprobleme durch den Verlust landwirtschaftlicher Gebiete.

Die preußische Verfassung vom 30. November 1920

Die Rechtsopposition in der verfassungsgebenden Versammlung, die DNvP, die in Ostpreußen eng mit der alten Oberschicht verbunden war, war für einen starken Staatspräsidenten, die regierende Weimarer Mehrheit für ein engeres Zusammengehen mit dem Reich. So kam es noch zu einer langen Diskussion, und die preußische Verfassung ist deutlich später als die der übrigen Länder. Die Vertretung des Volkes war der nach dem Verhältniswahlrecht gewählte preußische Landtag, der den Ministerpräsidenten wählte. Der bestimmte die Richtlinien der Politik und nahm gleichzeitig die Funktion eines Staatspräsidenten wahr, er hatte eine deutlich stärkere Stellung als der Reichskanzler. 1932 wurde sogar das konstruktive Misstrauensvotum eingeführt: die Regierung bleibt geschäftsführend im Amt, bis eine Nachfolgeregierung gewählt ist.

Ein Staatsrat aus Vertretern der Provinziallandtage musste vom Staatsministerium informiert werden und konnte über das Staatsministerium Gesetzesvorschläge einbringen. Er vertrat auch die Hälfte der Stimmen im Reichsrat. Seit 1920 war Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, Präsident des preußischen Staatsrats und damit ständiger Gegenspieler des Ministerpräsidenten Otto Braun.

Die preußischen Ministerien seit 1918 (Hans-Joachim Schoeps, Preussen, S. 403/404)
Abk.: Dem. Demokratische Partei (Staatspartei), DnAT. Vp. Deutschnationale Volkspartei, DVP Deutsche Volkspartei, Natsoz Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Soz. Sozialdemokratische Partei, Unabh. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Z. Zentrum.
Vorläufige Regierung (14. Nov. 1918 bis 20. März 1919)

Vorsitz: Hirsch (Soz.) und Stroebel (Unabh., bis 4. Jan. 1919); Inneres: Hirsch und Breitscheid (Unabh., bis 4. Jan. 1919); Finanzen: Südekum (Soz.) und Simon (Unabh., bis 4. Jan. 1919); Justiz: Heine (Soz., seit 27. Nov. 1918) und Rosenfeld (Unabh., bis 4. Jan. 1919); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Haenisch (Soz.) und Adolf Hoffmann (Unabh., bis 4. Jan. 1919); Landwirtschaft: Otto Braun (Soz.) und Hofer (Unabh., bis 4. Jan. 1919); Handel: Fischbeck (Dem.); öffentl. Arbeiten: Hoff (Fachminister); Krieg: bis 2. Jan. 1919 Scheuch (Fachminister), dann Reinhardt (Fachminister); ohne Geschäftsbereich: Eugen Ernst (Soz.).
Kabinett Hirsch (25. März 1919 bis 26. März 1920)

Ministerpräsident: Hirsch (Soz.); Inneres: Heine (Soz.); Finanzen: Südekum (Soz.); Justiz: Am Zehnhoff (Z.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Haenisch (Soz.); Landwirtschaft: Otto Braun (Soz.); Handel: Fischbeck (Dem.); Volkswohlfahrt: Stegerwald (Z.); öffentl. Arbeiten: Oeser (Dem.); Krieg: Reinhardt (Fachminister, bis 18. Sept. 1919).

Erstes Kabinett Braun (29. März 1920 bis 10. März 1921)

Ministerpräsident und Landwirtschaft: Otto Braun (Soz.); Inneres: Severing (Soz.); Finanzen: Lüdemann (Soz.); Justiz: Am Zehnhoff (Z.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Haenisch (Soz.); Handel: Fischbeck (Dem.); Volkswohlfahrt: Stegerwald (Z.); öffentl. Arbeiten: Oeser (Dem.).

Kabinett Stegerwald (21. April bis 1. Nov. 1921)

Ministerpräsident und Volkswohlfahrt: Stegerwald (Z.); Inneres: Dominicus (Dem.); Finanzen: Särnisch (Fachminister); Justiz: Am Zehnhoff (Z.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Carl Heinrich Becker (Dem., Fachminister); Landwirtschaft: Warmbold (Fachminister); Handel: Fischbeck (Dem.).

Zweites Kabinett Braun (7. Nov. 1921 bis 23. Jan. 1925)

Ministerpräsident: Otto Braun (Soz.); Inneres: Severing (Soz.); Finanzen: Ernst v. Richter (DVP) (bis 6. Januar 1925); Justiz: Am Zehnhoff (Z.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Boelitz (DVP) (bis 6. Jan. 1925); Landwirtschaft: Wendorff (Dem.); Handel: Siering (Soz.); Volkswohlfahrt: Hirtsiefer (Z.).

Kabinett Marx (18. bis 20. Febr. 1925)

Ministerpräsident: Marx (Z.); Inneres: Severing (Soz.); Finanzen: Höpker-Aschoff (Dem.); Justiz: Am Zehnhoff (Z.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Carl Heinrich Becker (Dem., Fachminister); Landwirtschaft: Steiger (Z.); Handel: Schreiber (Dem.); Volkswohlfahrt: Hirtsiefer (Z.).

Drittes Kabinett Braun (4. April 1925 bis 20. Juli 1932)

Ministerpräsident: Otto Braun (Soz.); Inneres: bis 6. Okt. 1926 Severing (Soz.), dann bis 28. Febr. 1930 Grzesinski (Soz.), dann bis 21. Okt. 1930 Waentig (Soz.), dann wieder Severing; Finanzen: bis 12. Okt. 1931 Höpker-Aschoff (Dem.), dann Klepper (Soz.); Justiz: bis 5. März 1927 Am Zehnhoff (Z.), dann Hermann Schmidt (Z.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: bis 30. Jan. 1930 Carl Heinrich Becker (Dem., Fachminister), dann Grimme (Soz., Fachminister); Landwirtschaft: Steiger (Z.); Handel: Schreiber (Dem.); Volkswohlfahrt: Hirtsiefer (Z.).

Kabinett Göring (seit 11. April 1933)

Ministerpräsident und Inneres: Göring (Natsoz.); Finanzen: Popitz (Fachminister); Justiz: Kerrl (Natsoz.); Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Rust (Natsoz.); Landwirtschaft (kommissarisch) und Wirtschaft (kommissarisch): Hugenberg (Dnat. Vp.).

Lebensdaten Otto Braun

(nach LeMo, Historisches Museum Bonn)

- 1872 28. Januar: Otto Braun wird in Königsberg als Sohn eines Eisenbahnangestellten geboren. Nach der Volksschule erlernt er das Steindruckerhandwerk
- 1888 Er tritt in die verbotene Sozialdemokratische Partei ein
- 1892 Braun wird zu zwei Monaten Gefängnis wegen „Majestätsbeleidigung“ verurteilt
- 1893 Herausgabe der "Volkstribüne" (später: "Königsberger Volkszeitung")
- 1894 Heirat mit Emilie Podzius (seit 1927 unheilbar krank, gestorben Februar 1934 im Exil)
- 1897 Vorsitzender des Arbeiter-Wahlvereins Königsberg.
- 1898 Vorsitzender der SPD des Bezirks Ostpreußen.
- 1902 Stadtverordneter in Königsberg und Mitbegründer des Deutschen Landarbeiterverbands, dessen Vorstand er von 1909 bis 1920 angehört
- 1905 Wahl in die Kontrollkommission der SPD
- 1911 Wahl in den Parteivorstand der SPD
- 1913 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses
- 1915 Soldatentod des einzigen Sohnes Erich
- 1918 In der Novemberrevolution Mitglied des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats
Er übernimmt er das Amt des preußischen Landwirtschaftsministers
- 1919 19. Januar: Er wird für die SPD in die Weimarer Nationalversammlung gewählt
- 1920-1932 preußischer Ministerpräsident in einer stabilen Koalition mit der Zentrumspar- tei und der Deutschen Demokratischen Partei. Durch die lange Regierungskontinuität gelingt es Braun, das Staats- und Schulwesen zu reformieren. In seiner Regierungs- zeit bildet Preussen eine der zuverlässigsten Stützen der Weimarer Republik („demokratisches Bollwerk“)
- 1925 Nach dem Tod Friedrich Eberts Otto Braun der SPD-Kandidat für das Amt des Reichs- präsidenten. Im zweiten Wahlgang zieht er jedoch seine Bewerbung zugunsten von Wilhelm Marx (Zentrum) zurück, der gegen Hindenburg verliert.
- 1932 Bei der preußischen Landtagswahl im April büßt Brauns Regierungskoalition ihre Mehrheit ein, bleibt aber geschäftsführend im Amt.
Am 20. Juli enthebt Reichskanzler von Papen mit einer Ermächtigung Hindenburgs die geschäftsführende Regierung Braun ihres Amtes („Preußenschlag“)
Obwohl der Staatsgerichtshof der bisherigen preußischen Regierung weiterhin die Wahrnehmung der Hoheitsrechte zuspricht, kann sie diese nicht mehr ausüben.
- 1933 6. Februar: Durch eine Verordnung des Reichskanzlers Hitler und des Reichspräsi- denten Hindenburg wird Braun endgültig seines Amtes enthoben.
4. März: Flucht vor den Nationalsozialisten nach Ascona (Schweiz).
Im Schweizer Exil enthält sich Braun zunächst jeglicher politischer Aktivität.
- 1940 Veröffentlichung seiner Memoiren „Von Weimar zu Hitler“.
- 1943 Braun legt eine Denkschrift über den Wieder- aufbau Deutschlands nach Kriegsende vor.
Juli: Als entschiedener Gegner des kommu- nistisch gesteuerten Bundes Freies Deutsch- land ist Braun Mitverfasser der "Richtlinien eines demokratischen Antinaziblocks".
Als Vorsitzender der Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter gründet er die Arbeitsgemeinschaft "Das Demokratische Deutschland".
- 1946 April: Rückzug aus der Arbeitsgemeinschaft wegen mangelnder Akzeptanz seiner politischen Nachkriegspläne.
- 1955 15. Dezember: Otto Braun stirbt in Locarno



Die Einrichtung von Groß-Berlin 1920

Am 25. April 1920 beschloss die Verfassungsgebende Versammlung das Gesetz zur Schaffung von Großberlin zum 1. Oktober durch die Eingemeindung der bisher selbstständigen Städte Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Willmersdorf, Charlottenburg, Neukölln und Spandau sowie Teilen der umliegenden Kreise, eine Verdopplung der Einwohnerzahl und eine flächenmäßige Vergrößerung von 66 auf 878 Quadratkilometer, im Wesentlichen das heutige Land Berlin. Das war eine Weiterführung des Zweckverbands Groß-Berlin von 1911. Für Großberlin wurden leistungsfähige Infrastrukturmaßnahmen wie Wasser- und Abwasserversorgung, Strom und Gas und vor allem der Nahverkehr mit S-Bahn und U-Bahn aufgebaut und ausgebaut. Für die Verwaltung wurde die neue Großstadt in 20 Bezirke eingeteilt. Das neue Berlin wurde in der Weimarer Zeit zu einem Zentrum für Kunst, Wissenschaft und Kultur, der Inbegriff für „die Goldenen Zwanziger“.

Es wurde sehr viel für den Aufbau einer modernen Großstadtstruktur geleistet und gebaut, Berlin wurde die Hauptstadt der deutschen Wirtschaft, aber die Weimarer Zeit war zu sehr mit der Bewältigung der Kriegsfolgen beschäftigt, die Erhaltung des baulichen Erbes der Hohenzollernzeit war eine große Herausforderung, und erst der Nationalsozialismus begann mit dem Bau von neuen Repräsentativbauten, die dem Geist des Dritten Reiches huldigen sollten: Olympiastadion, Reichskanzlei, Luftfahrtministerium ... Aber Hitler hatte kein affektives Verhältnis zu Berlin. Doch Goebbels berief sich immer wieder auf die preußische Tradition.

Carl Severing und die Demokratisierung von Verwaltung und Polizei

Die Erweiterung Berlins durch das Groß-Berlin-Gesetz von 1920

(besonders kleinflächige Gutsbezirke und Forstgebiete wurden nicht mit in die Darstellung aufgenommen)



Carl Severing, ein Sozialdemokrat aus Ostwestfalen, 1875 in Herford geboren, Schlosserlehre, seit 1894 in Bielefeld bei den Dürrkopp-Werken, 1894 – 1898 Metallarbeiter in Zürich, 1901 Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, 1905 Stadtverordneter in Bielefeld, 1907 Reichstagsabgeordneter der SPD. 1912 verlor er das Reichstagsmandat, 1914 war er für die Kriegskredite und die Burgfriedenspolitik. Er unterstützte den Kurs Eberts und war Mitglied der Nationalversammlung und der preußischen Verfassungsgebenden Versammlung. Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 kam es im Reich und in Preußen zu einer Regierungsumbildung, und am 29. März 1920 berief ihn Otto Braun als Innenminister in sein erstes Kabinett.

Die Beamten- und Richterschaft in Preußen stammte meistens noch aus der Kaiserzeit und war der neuen Republik gegenüber reserviert und ablehnend. Als neuer Innenminister ging Severing gegen alle die höheren „politischen“ Beamten vor, die mit dem Kapp-Putsch sympathisiert und kollaboriert hatten. Etwa hundert Landräte, Regierungs- und Oberpräsidenten mussten gehen und wurden durch überzeugte Republikaner ersetzt. Natürlich gab es dabei auch Fehlbesetzungen, und Severing wurde von rechts wegen seiner Personalpolitik stark angegriffen. Aber die preußische Staatsregierung unter ihm als Innenminister und seinem Nachfolger Grezinski hielt an dieser Ausrichtung fest. Da die preußische Polizei nach der Reichswehr die stärkste militärische Kraft war, bemühte sich die Rechte gegen Ende der Republik verstärkt darum, sie in ihre Hand zu bekommen. Severing war in der Großen Koalition von 1928 unter Hermann Müller Reichsinnenminister und kämpfte beim Volksbegehren gegen den Young-Plan 1929 erfolgreich gegen die deutschnationale Agitation unter Hugenberg. Im Oktober 1930 wurde er erneut preußischer Innenminister.

Die Regierung ging auch durch Verbote gegen antirepublikanische Organisationen vor, so 1929 den Stahlhelm und später die SA, und sie setzte sich dadurch in Gegensatz zur Reichsregierung und zum Reichspräsidenten:

Wenn er (Grezinski) nicht an die Gegenzeichnung der Reichsregierung gebunden gewesen wäre, dann hätte er, daran lassen Grezinskis Ausführungen während der Chefbesprechung in der Reichskanzlei am 30. Oktober 1929 keinen Zweifel, die gesamte Organisation des Stahlhelms in Preußen verbieten lassen, und die der NSDAP und der KPD dazu - dann freilich wäre Hindenburg vor dem Äußersten nicht zurückgeschreckt; gelegentlich eines der letzten gemeinsamen Jagdausflüge hatte er Braun mit dem Einsatz der Reichswehr gedroht, sollte preußische Polizei gegen Hitler einschreiten.

Manchem der Beteiligten blieb die Unnachgiebigkeit, mit der Braun sich dem Wunsch Hindenburgs nach der Aufhebung des Stahlhelmverbots widersetzte, unverständlich; »Wie konnte der preußische Ministerpräsident Otto Braun, ein sonst so klug und kühl abwägender Mann, es auf den Bruch mit Hindenburg ankommen lassen«, wunderte sich noch Jahre später Joseph Wirth, der seit März 1930 als Reichsinnenminister diese Angelegenheit aus nächster Nähe verfolgt, »wie konnte dieser grundgescheite Politiker die Stahlhelmsache im Rheinland so wichtig nehmen, um damit Hindenburg vor den Kopf zu stoßen? ... Wenn schon, dann durfte der Kampf gegen Hindenburg, und zwar rechtzeitig, nicht mit Nadelstichen und mit Lappalien geführt werden . . .«. Braun erwiderte darauf so scharf, als stehe er noch inmitten des Kampfs: »Mein Verhältnis zu Hindenburg und der Bruch mit ihm werden von Ihnen, wie übrigens allgemein, nicht richtig beurteilt. Ich habe den Bruch mit ihm nicht herbeigeführt, sondern... die im Reiche immer stärker werden reaktionären Kräfte haben letzten Endes den alten Herrn, der seiner Grundeinstellung nach diesen Einflüssen gegenüber sehr empfänglich war, mir mehr und mehr entfremdet. Wenn Sie aber schreiben, dass ich die Stahlhelmsache, die nach Ihrer Meinung eine Lappalie war, zu wichtig genommen hätte, so spricht daraus jene verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, die leider bis in meine Partei hinein viele republikanische Politiker zur falschen Beurteilung und Bewertung der immer stärker werdenden reaktionären Welle veranlasste«

Die politische Elastizität Brauns hatte dort ihr Ende, wo der Schutz der Republik begann. (Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, 1977, S. 618)

Schul- und Hochschulpolitik: Carl Heinrich Becker und Adolf Grimme

Nach der Weimarer Verfassung hatte das Reich die Kompetenz, im Wege der Gesetzgebung Grundsätze für das Schulwesen und das Hochschulwesen festzulegen. Im Reichsschulgesetz von 1920 hieß es: *Die Volksschule ist in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten.*

Damit sollte die Selbstrekrutierung der Gymnasien durch eigene Vorschulen beendet und das kirchliche Schulwesen eingeschränkt werden. Wegen der schwierigen Koalitionen im Reich kam es zu keiner weiteren einheitlichen Gesetzgebung. Aber Preußen nahm den Auftrag an und arbeitete an der Demokratisierung des Bildungswesens auf allen Ebenen: *Aus Untertanen müssen jetzt Bürger werden.*

Carl Heinrich Becker (1876 – 1933) war Orientalist an der Berliner Universität. 1916 wurde er als Referent für Hochschulfragen ins preußische Unterrichtsministerium berufen. 1919 wurde er Staatssekretär unter einem sozialdemokratischen Minister, und von 1925 bis 1930 war er als Demokrat preußischer Kultusminister im Kabinett Otto Braun. Becker war ein Anhänger der Reformpädagogik, die „Anlage und Neigung“ fördern wollte und mehr praktische Arbeit, Schülerbeteiligung und demokratische Erziehung förderte. Zur Lehrerbildung für die Volksschule gründete er pädagogische Akademien, die Vorläufer der Pädagogischen Hochschulen.

Becker arbeitete auch an der Demokratisierung der Hochschulen, der Einschränkung der Ordinariuniversität, mehr Rechten für Privatdozenten und der „verfassten Studentenschaft“. Er war auch Gründer der Deutschen Hochschule für Politik, an der später Theodor Heuss lehrte. Becker war enttäuscht, dass die Studentenschaft sich immer mehr nach rechts und zum Antisemitismus entwickelte, dass es Demonstrationen gegen ihn gab („Deutschland erwache, Becker verrecke“). So zog er sich 1930 resigniert zurück.



Der von ihm empfohlene Nachfolger war der Sozialdemokrat Adolf Grimme (1889 – 1963), aus kleinen Verhältnissen in Goslar, Studium, Schuldienst, 1922 SPD und Bund entschiedener Schulreformer, Christ und Sozialist (*Ein Sozialist kann Christ sein, ein Christ muss Sozialist sein*). 1928 wurde er persönlicher Referent bei Becker und 1930 dessen Nachfolger als Kultusminister. Er setzte in den schweren Jahren engagiert die Politik seines Vorgängers fort und wurde durch den Preußenschlag Papens 1932 abgesetzt. Den Krieg verbrachte er ohne Amt in bedrängten Verhältnissen.

Nach dem Krieg machten ihn die Engländer zum ersten Kultusminister in Niedersachsen und 1948 wurde er der erste Intendant des NWDR. Er war im Dienst bis zur Aufspaltung des Senders 1955. Er war Mitbegründer der Studienstiftung des Deutschen Volkes. 1964 verlieh der Deutsche Volkshochschulverband in Marl zum ersten Mal den nach ihm benannten Adolf-

Grimme-Preis, und 1973 wurde dort das Adolf-Grimme-Institut gegründet, ein Medieninstitut, das die Medienlandschaft beobachtet und seither auch die jährlichen Adolf-Grimme-Preise verleiht.

Preußen und die Kirchen

Als 1919 der Erzbischof von Köln starb, wurde deutlich, dass nach dem Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik das Verhältnis von Staat und Kirche neu geregelt werden musste, wegen Vermögensfragen, wegen der Abgrenzung der Bistümer, wegen der polnisch gewordenen Gebiete und wegen der Bischofswahlen. Schon 1920 begannen die Verhandlungen mit dem Nuntius Eugenio Pacelli. Mit Polen schloss der Nuntius schon 1925 ein Konkordat, dass die Zuordnung der abgetretenen Gebiete zu polnischen Bistümern regelte. Das Konkordat zwischen der Republik Preußen und dem Vatikan wurde am 14. Juni 1929 unterzeichnet. In diesem Konkordat wurden die Bistümer und ihre Abgrenzung neu geordnet. Aus Köln wurde Aachen ausgegliedert und als neues Bistum eingerichtet, ebenso Berlin, das bisher zu Breslau gehört hatte. Paderborn und Breslau wurden zu Erzbistümern erhoben. Geregelt wurde das bischöfliche Jurisdiktionsrecht über die katholisch-theologischen Fakultäten und die Wahl der Bischöfe. Das Domkapitel konnte aus einer vom Vatikan vorgelegten Dreierliste einen Kandidaten auswählen. Eine Zustimmung des Staates war nicht vorgesehen. Preußen hat auf einige gesetzliche Vorgaben aus der Zeit des Kulturkampfes verzichtet, aber nicht den vom Nuntius gewünschten Schutzbestimmungen für ein katholisches Schulwesen zugestimmt. Das Konkordat blieb weit hinter den Zugeständnissen des Bayrischen Konkordats von 1924 zurück, schuf aber doch Rechtssicherheit. Das Preußenkonkordat wurde nach 1945 in den aus Preußen hervorgegangenen Ländern als weitergeltend anerkannt, nicht aber auf dem Boden der DDR. Erst nach der Wiedervereinigung übernahmen es auch die neuen Bundesländer, soweit sie preußische Nachfolgestaaten waren.

Für die evangelische Kirche war eine Regelung genauso notwendig, aber wegen der Gliederung in verschiedene Landeskirchen schwieriger. Der preußische Kirchenvertrag vom 11. Mai 1931 regelte die Zusammenarbeit des Staates mit den Kirchen, die Vermögensverhältnisse, die staatliche Grundfinanzierung und das staatliche Aufsichtsrecht, den öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen, ein Anhörungsrecht bei der Besetzung der Professuren an den staatlichen theologischen Fakultäten, eine Anfrage beim Staat vor der Ernennung von kirchlichen Würdenträgern

Preußischer Kirchenvertrag 1931

(Pröpsten, Dekanen und Bischöfen), die Ausbildung der Pfarrer an den staatlichen Universitäten.

zeichnet worden.

Berlin, den 11. Mai 1931.

Der Kirchenrat der Evangelischen Kirche
der altpreußischen Union

D. Friedrich Windler, D. Dr. Hermann Kapler,
D. Georg Burghart.

Der Landesbischof, der Vorsitzende des Landes-
kirchenausschusses und der Präsident des Landes-
kirchenamts der Evangelisch-lutherischen Landes-
kirche Hannovers

D. August Marahrens, D. Georg Schaaf, Max Schramm.

Die Kirchenregierung der Evangelisch-lutherischen
Landeskirche Schleswig-Holsteins

D. Adolf Nordhoff, Bischof, D. Dr. Traugott Freiherr von Heine.

Die Kirchenregierung der Evangelischen Landes-
kirche in Hessen-Kassel

D. Heinrich Möller, Landesoberpfarrer, Dr. Karl Bähr, Präsident des
Landeskirchenamtes.

Die Landeskirchenregierung
der Evangelischen Landeskirche in Nassau

D. August Korthauer, Evangelischer Landesbischof, Dr. Hans Theinert,
Präsident des Evangelischen Landeskirchenamtes.

Der Landeskirchenrat der Evangelischen Landes-
kirche Frankfurt am Main

D. Richard Schullin, Präsident des Evangelischen Landeskirchenrats,
D. Johannes Kübel, Kirchenrat.

Der Landeskirchenvorstand der Evangelisch-
reformierten Landeskirche der Provinz Hannover

Otto Koopmann, Präsident des Landeskirchenrats.

Der Landeskirchenrat der Evangelischen Landes-
kirche von Waldeck und Pyrmont

Hermann Dähle, Präsident des Landeskirchenrats.

Das Preußische Staatsministerium

Dr. Otto Braun, Preußischer Ministerpräsident,
Dr. Hermann Höpfer, Bischof, Preußischer Finanzminister,
Adolf Grimme, Preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volks-
bildung.

Unterschriftenliste

Preußen und das Reich

Am 24. Februar 1927 - das Bürgerblockkabinett im Reich unter Einschluss der Deutsch-nationalen war knapp einen Monat alt – hielt Braun vor der sozialdemokratischen Studentenvereinigung im Auditorium Maximum der Berliner Universität einen Vortrag über die Frage: »Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem?« Eingangs zitierte er den Leitartikler des deutschnationalen »Tag«, der ihn einige Zeit zuvor als den »kleinlichsten Partikularisten, den es in Preußen gibt«, apostrophiert hatte, und fuhr fort: »So, nun wissen Sie, wer ich bin, und nun hören Sie, was ich über das Thema zu sagen habe.« Er versprach seinen Zuhörern ein Bild davon, »wie sich mir, als praktischem Politiker« — mit der Betonung auf »praktisch« - »nach jahrzehntelanger politischer Tätigkeit, und insbesondere nach den Erfahrungen, die ich in den letzten 8 Jahren als preußischer Minister sammeln konnte, das Problem darstellt.« ...

An eine endgültige und befriedigende Lösung des Finanzausgleichs sei aber solange nicht zu denken, als die unausgewogene föderale Struktur des Reichs dazu führe, dass einzelne Länder ständig auf Kosten anderer finanzielle Sonderwünsche erhöhen und durchsetzen — wobei es den Zuhörern überlassen blieb, hierbei an Bayern zu denken. Auch seien die gegenseitigen Reibungen durch das Nebeneinander von zahlreichen Verwaltungen politisch wie finanziell überaus kostspielig: »Kurz, der jetzige Zustand in dem deutschen Föderativstaat ist überaus unwirtschaftlich und teuer und in seinem Ergebnis auch so wenig befriedigend, dass er dringend Abänderung erheischt.«

An diesem Punkt angelangt, setzte Braun seine sozialdemokratischen Zuhörer in Erstaunen: Er sang das Loblied Bismarcks, dem man keinesfalls persönliches Machtstreben vorwerfen dürfe, weil er die Verfassung 1871 »so gestaltete, dass die Hegemonie Preußens im Reiche tatsächlich gesichert war. Ihn leitete vielmehr die Erkenntnis, dass ein reiner Föderativstaat, konsequent durchgeführt, bei der Ungleichheit der einzelnen Teile eine Unmöglichkeit wäre. Nur durch die Vorherrschaft Preußens, die wohl in der Verfassung nicht verbrieft, aber durch die Personalunion im Staatsoberhaupt und in dem leitenden Minister und weiter in dem Verzicht auf ein besonderes Reichskabinett zur praktischen Auswirkung kam, konnte das Reich Jahrzehnte hindurch als Bundesstaat aufrechterhalten werden«. Diese Funktion Preußens, fügte Braun, offensichtlich bedauernd, hinzu, gestattete die Weimarer Reichsverfassung nicht, doch sei das preußisch-deutsche Problem nicht einfach dadurch gelöst, dass Preußen in seine Provinzen aufgelöst und diese in neue Länder umgewandelt, oder dass Preußen zum Reichsland erklärt und, wie einst Elsaß-Lothringen, direkt der Reichsgewalt unterstellt werde, denn: » Preußen mit seinen gegen 40 Millionen Einwohnern muss unversehrte erhalten bleiben, denn es wird und muss schließlich doch den Kern des zu schaffenden Einheitsstaats bilden«. (Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, 1977, S. 584/5)

Otto Braun hielt also fest an der Zukunftsidee eines deutschen Einheitsstaates, der von Preußen ausgehen musste, wie es die verfassungsgebende preußische Landesversammlung gefordert hatte, und er war in der sich steigernden Dauerstaatskrise der Weimarer Republik zu Opfern und Zugeständnissen bereit. Eine erste Gelegenheit bot sich nach den Wahlen 1928, in denen die Weimarer Koalition in Preußen bestätigt wurde und im Reich nach den Gewinnen der SPD eine Große Koalition möglich wurde. Otto Braun war bereit, als preußischer Ministerpräsident auch Reichskanzler zu werden oder wenigstens als Vizekanzler in die Regierung einzutreten. Aber die Reichstagsfraktion der SPD wollte den konzilianteren Hermann Müller als Kanzler, und die DVP verlangte den Eintritt in die preußische Staatsregierung, doch das wollten die bisherigen Regierungspartner nicht. Auch mit Brüning's Notverordnungskabinett arbeitete Braun zusammen. Immer wieder wurde erwogen, ob Brüning auch preußischer Ministerpräsident werden oder Braun in das Kabinett Brüning eintreten sollte. Aber Brüning war bei seinem Regierungsstil vom Wohlwollen Hindenburgs abhängig, und der wollte keine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, und sein anfängliches gutes Verhältnis zu Braun war seit dem Stahlhelmverbot völlig zerrüttet.

Im Krisenjahr 1932 setzten sich Brüning und Braun mit allen Kräften für die Wiederwahl Hindenburgs zum Präsidenten ein, weil sie in ihm die letzte Hoffnung zur Rettung der Republik sahen. Hindenburg gewann vor Hitler, aber der Wahlkampf war gegen seine

politischen und persönlichen Freunde geführt worden, und so entließ er nach der Wiederwahl Brüning und machte Franz von Papen am 1. Juni 1932 zum neuen Reichskanzler.

**AUS DEM AUFRUF DES PREUSSISCHEN
MINISTERPRÄSIDENTEN OTTO BRAUN (SPD)
VOM 10. MÄRZ 1932 FÜR DIE WIEDERWAHL
DES REICHSPRÄSIDENTEN HINDENBURG**

Den Wählern bleibt daher nur eine Alternative: Hindenburg oder Hitler. Zwischen beiden haben die Wähler zu entscheiden. Kann da die Wahl schwerfallen? Man sehe sich die beiden Männer an. Hitler, dieser Prototyp des politischen Abenteurers. [...] Demgegenüber Hindenburg. Die Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreue und hingebender Pflichterfüllung für das Volksganze, dessen Leben klar vor aller Augen liegt, der nicht zuletzt auch durch seine siebenjährige Amtsführung als Reichspräsident bewiesen hat, daß sich alle die auf ihn verlassen können, die Deutschland vor dem Chaos bewahren und in friedlicher, schicksalsverbundener Zusammenarbeit aller Volkskreise aus dem jetzigen Wirtschaftselend wieder aufwärts führen wollen. [...]

Mich trennt in Weltanschauung und politischer Einstellung eine Kluft von Herrn von Hindenburg. Doch hat das Menschliche, das heute in unserm öffentlichen Leben leider kaum noch Geltung hat, eine Brücke über diese Kluft geschlagen, die uns zusammenführt und eint in dem Streben, jeder nach seiner Überzeugung, das Wohl des Volkes zu fördern. Ich habe den Reichspräsidenten kennengelernt als einen Mann, auf dessen Wort man bauen kann, als einen Menschen reinen Willens und abgeklärten Urteils, erfüllt von kantischem Pflichtgefühl, das ihn auch veranlaßt hat, trotz seines hohen Alters und seiner begreiflichen Sehnsucht nach Ruhe erneut sich dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen und die schwere Bürde seines verantwortlichen Amtes auf sich zu nehmen. [...]

Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt und an alle, die darüber hinaus mir und meiner Politik Vertrauen entgegenbringen: Tut desgleichen, schlägt Hitler, wählt Hindenburg.

(„Vorwärts“, Berlin, 10. März 1932. Zit. nach: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929 - 1933. Hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, bearb. von Kurt Gossweiler und Margarete Piesche. Frankfurt/M. 1975, S. 60 f.)

Der „Preußenschlag“ Papens

Papen war Mitglied der Zentrumsfraktion, aber die Parteien der alten Großen Koalition, die Brünings Politik gedeckt hatten, wollten mit ihm nichts zu tun haben. Sein „Kabinett der Barone“ wurde nur von der DNVP unterstützt. Papen setzte auf die Zusammenarbeit mit der

NSDAP, aber Hitler verlangte als Vorleistung den Sturz der preußischen Regierung, die Aufhebung des SA-Verbots und Neuwahlen zum Reichstag.

Der Reichstag wurde schon am 4. Juni durch eine Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst und die Wahl auf den 31. Juli festgelegt. Das SA-Verbot wurde aufgehoben. Um die Forderung nach dem Sturz der preußischen Regierung zu erfüllen und seine Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, ließ Papen den Reichspräsidenten in einer durch die Verfassung nicht gedeckten Notverordnung die preußische Regierung ihres Amtes entheben und sich selber als Reichskommissar für Preußen einsetzen.

Otto Braun, krank und amtsmüde, zog sich Anfang Juni zur Kur nach Bad Gastein und anschließend in die Schweiz nach Ascona zurück. Sein Vertreter war Severing, und der wehrte sich juristisch gegen die Amtsenthebung durch eine Klage beim Staatsgerichtshof, die am 21. Juli eingereicht wurde. Der Reichskommissar

verbot den bisherigen Ministern das weitere Betreten ihrer Amtsräume. Der Staatsgerichtshof verkündete am 24. Oktober ein wachswiehes Urteil, dass die Notverordnung gerechtfertigt sei, aber die Regierung Braun-Severing nicht amtsenthoben werden könne.

Bei der Reichstagswahl am 31. Juli wurde die NSDAP stärkste Partei. Hitler honorierte die Vorleistungen Papens nicht und erzwang so eine zweite Reichstagswahl am 6. November. Dabei spielte Preußen keine Rolle mehr, weil sich Papen bedenkenlos über das Urteil des Staatsgerichtshofs hinwegsetzte. Nach der Novemberwahl war Papen nicht mehr zu halten und wurde durch General von Schleicher ersetzt. Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler mit Papen als Vizekanzler. Für den 5. März wurde eine Neuwahl des Reichstags und des preußischen Landtags festgelegt. In beiden Parlamenten hatte die NSDAP zusammen mit der DNVP die Mehrheit. Am 10. April wurde Hermann Göring zum neuen preußischen Ministerpräsidenten ernannt. Der „Preußenschlag“ Papens hatte die entscheidende Vorarbeit zur Gleichschaltung Preußens geleistet.

AUS DER NOTVERORDNUNG DES REICHSPRÄSIDENTEN ZUR ABSETZUNG DER PREUSSISCHEN REGIERUNG BRAUN/SEVERING VOM 20. JULI 1932

Auf Grund des Art. 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung ordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des Preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der Preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des Preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

(Ebenda, S. 65 f.)

Das Ende Preußens

Die Siegermächte einigten sich in Jalta auf die Aufteilung des besiegten Deutschland in drei (später vier) Besatzungszonen, die durch den Alliierten Kontrollrat gemeinsam regiert werden sollten. Die Gebiete im Osten sollten an Polen übergehen, das dafür seine früheren Ostgebiete an die Sowjetunion abgeben musste. Jede Besatzungsmacht konnte in ihrer Zone Länder einrichten. Damit war klar, dass es Preußen nicht mehr geben würde.

Der Kontrollrat erließ aber 1947 ein eigenes Gesetz, mit dem die Auflösung Preußens verkündet wurde, weil Preußen *seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist*.

Damit wurde die Schuld an der politischen Fehlentwicklung in Deutschland einseitig der preußischen Tradition angelastet. Demgegenüber schrieb Otto Braun in seinen Memoiren: *So sehr mich die Schönheiten der Natur, die mich in meinem Exil umgeben, über manche Bitternis hinwegbringen,*

habe ich doch Sehnsucht nach meiner herben preußischen Heimat, bin stolz, ein Preuße und ein Deutscher zu sein und sehne den Tag herbei, wo jene Nichtpreußen und Talmideutschen, die heute Deutschland beherrschen und durch Untaten schlimmster Art den deutschen Namen schänden, von der politischen Bildfläche verschwunden sein werden. (Otto Braun, von Weimar zu Hitler, 1940, Zitiert nach Kotowski, in: Preußen, S. 147)

Preußen war in der Weimarer Zeit ein Bollwerk der Republik. Ein weiterer Beleg gegen die einseitige Verurteilung der preußischen Tradition ist der militärische Widerstand gegen Hitler, in dem der preußische Militäradel eine herausragende Stellung einnahm und nach dem 20. Juli 1944 den Blutzoll dafür zahlen musste (etwa der „Kreisauer Kreis“ um Peter Graf Yorck von Wartenburg).

GESETZ Nr. 46

Auflösung des Staates Preußen

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

ARTIKEL I

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.

ARTIKEL II

Die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren und die gegenwärtig der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen, sollen die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderen Anordnungen, welche die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung Deutschlands festsetzen sollte.

ARTIKEL III

Staats- und Verwaltungsfunktionen sowie Vermögen und Verbindlichkeiten des früheren Staates Preußen sollen auf die beteiligten Länder übertragen werden, vorbehaltlich etwaiger Abkommen, die sich als notwendig herausstellen sollten und von der Alliierten Kontrollbehörde getroffen werden.

ARTIKEL IV

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 25. Februar 1947.

Die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ (1957)

Preußen lebt heute staatsrechtlich noch in der 1957 durch Bundesgesetz begründeten „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ fort. Zitate zur Geschichte aus der website:

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wurde 1957 in der Bundesrepublik Deutschland gegründet. Hintergrund war die endgültige Auflösung des Staates Preußen zehn Jahre zuvor. Dadurch musste die Frage des Eigentums an dessen bedeutenden öffentlichen Sammlungen neu geregelt werden. Der Stiftung wurden diese Sammlungen durch das Errichtungsgesetz als Eigentum überantwortet. Sie sollte bis zu einer Neuregelung nach der Wiedervereinigung Deutschlands die ihr übertragenen preußischen Kulturgüter bewahren, pflegen und ergänzen. Mit dem Einigungsvertrag von 1990 übernahm die Stiftung auch jene vormals preußischen Bestände, die in DDR-Einrichtungen bewahrt worden waren. ...

Die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland machte die Zusammenführung des preußischen kulturellen Erbes zu einer nationalen Aufgabe. Das 1949 verabschiedete Grundgesetz gab dem Bund die Möglichkeit, Fragen zum Vermögen nicht mehr bestehender Länder bei überwiegendem Interesse des Bundes gesondert zu regeln. Sein Artikel 135 (4) war die rechtliche Grundlage für die Schaffung einer Stiftung "Preußischer Kulturbesitz". ...

Am 25. September 1961 nahm die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ihre Arbeit auf. An diesem Tag traf der Stiftungsrat, ihr politisches Leitungsorgan, erstmals in Berlin zusammen. Zum ersten Präsidenten, der bis 1967 noch Kurator genannt wurde, wählte der Stiftungsrat Hans-Georg Wormit. Mit seinem Amtsantritt im März 1962 wurde die Stiftung voll funktionsfähig. 1974 unterzeichneten die Bundesregierung und die damals elf Bundesländer ein Abkommen über die gemeinsame Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. ...

Die älteste Einrichtung der Stiftung ist das Geheime Staatsarchiv. Die erste Erwähnung eines Vorläufers des Archivs gab es bereits im 13. Jahrhundert. Von einem eigentlichen Archiv der Kurfürsten von Brandenburg kann man allerdings erst ab dem Ende des 16. Jahrhunderts sprechen. Auch die Ursprünge der Staatsbibliothek und der Staatlichen Museen zu Berlin reichen noch in brandenburgische Zeiten zurück. Der Große Kurfürst gründete die Staatsbibliothek 1661 als "Churfürstliche Bibliothek zu Cölln an der Spree". Friedrich der Große setzte in den königlichen Kunstsammlungen im 18. Jahrhundert erste bedeutende Akzente. Die Sammlungen sind seit der Eröffnung des Alten Museums 1830 öffentlich zugänglich. Das Ibero-Amerikanische Institut geht zurück auf Ideen des Preußischen Unterrichtsministeriums in den 1920er Jahren. Den entscheidenden Anstoß zu seiner Gründung gab 1927 die Schenkung einer bedeutenden argentinischen Bibliothek an den preußischen Staat. Das Staatliche Institut für Musikforschung wurde 1935 gegründet. Seine Sammlung historischer Musikinstrumente, die heute im Musikinstrumenten-Museum gezeigt wird, bestand aber bereits seit dem späten 19. Jahrhundert. ...

Ihren enzyklopädischen und organischen Charakter erhielten die Sammlungen unter anderem durch den Einfluss von Wilhelm von Humboldt (1767-1835). Er war Mitverfasser des ersten Statuts der Museen. Das Wirken des Naturforschers Alexander von Humboldt (1769-1859) steht hingegen stellvertretend für den Blick nach außen. Er gilt als geistiger Vater für eine Sammlungstätigkeit, die auf den außereuropäischen Raum gerichtet war. Das Interesse an außereuropäischen Kulturen, Ideen und Traditionen nahm seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu und bestimmte die weitere Sammlungstätigkeit wesentlich mit. Der preußische Staat hat für seine Sammlungen eine Vielzahl architektonisch herausragender Gebäude errichten lassen. In den Jahren 1830 bis 1930 nahm die Museumsinsel mit fünf Häusern ihre bis heute faszinierende Gestalt an. In unmittelbarer Nähe zu der als „Freistätte für Kunst und Wissenschaft“ konzipierten Museumsinsel eröffnete am Boulevard Unter den Linden 1914 das neue Gebäude der Staatsbibliothek. Es war damals das größte Bibliotheksgebäude weltweit.

Preußisches Erbe heute

Die Bestände der öffentlichen Museen, Bibliotheken und Archive Preußens wurden 1957 der Stiftung Preußischer Kulturbesitz übertragen. Die Gründung der Stiftung stellte sicher, dass dieses einzigartige kulturelle Vermächtnis in seinem Zusammenhang gewahrt wurde und erweitert werden kann. Es ist so auch künftigen Generationen zugänglich.

Literatur:

- Otto Braun: Von Weimar zu Hitler. Europa Verlag, Zürich 1940
Carl Severing: Mein Lebensweg. Greven, Köln 1950 (2 Bände)
Preussen – Epochen und Probleme seiner Geschichte. De Gruyter Berlin 1964
(darin S. 145 – 169 Georg Kotowski: Preussen und die Weimarer Republik)
Hans-Peter Ehn: Bollwerk Preussen 1928 – 1932. Neue Gesellschaft Bonn 1975
Hagen Schulze: Otto Braun oder Preussens demokratische Sendung. Ullstein Frankfurt 1977
Hans-Joachim Schoeps: Preussen – Geschichte eines Staates. Ullstein Frankfurt 1981
Albert Grzesinski: *Im Kampf um die deutsche Republik*. Oldenbourg-Verlag 2001
Christopher Clark: Preussen – Aufstieg und Niedergang 1600-1947. Pantheon 2008